



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
20. Juli 2023, Stadthalle Gunzenhausen
Besucheranmeldung mit QR-Code

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

OB-Konferenz in Straubing:

Kommunale Krankenhäuser im Notfallmodus

„Kommunale Krankenhäuser sind das Rückgrat der Gesundheitsversorgung. Städte halten ihre Krankenhäuser auch für das Umland vor. Patientinnen und Patienten kommen zum Beispiel auch aus benachbarten Orten, um sich in einem städtischen Krankenhaus versorgen zu lassen. Es ist eine dramatische Fehlentwicklung, wenn regionale Gesundheitsversorgung aus städtischen Haushalten finanziert werden muss. Hier ist zunächst der Bund gefordert, um eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr. Die aktuelle Lage in vielen Kliniken ist brisant: Die Bayerische Krankenhausgesellschaft prognostiziert für 88 Prozent der Krankenhäuser in Bayern ein Defizit im Jahr 2023.

Pannermayr: „Die kommunalen Krankenhäuser sind im Notfall-Modus. Betroffene Kommunen appellieren vor allem an den Bund, die Krankenhäuser krisenfest aufzustellen. Viele Krankenhäuser sind in einer gefährlichen finanziellen Schieflage. Dies liegt an der Inflation, höheren Kosten für Medikamente, Material, Gerätschaften und steigenden Energiepreisen. Wegen des Personalmangels müssen Stationen schließen, so dass weniger Patientinnen und Patienten aufgenommen werden können.“ Die Kommunen müssen bisweilen hohe Beträge zuschießen, damit die medizinische Versorgung der Menschen sichergestellt wird, sagt Pannermayr: „Kommunen dürfen nicht zu Ausfallbürgen werden, die Defizite ausgleichen müssen.“

sprachspartner, der als ehemaliger Bürgermeister immer ein offenes Ohr für kommunale Belange hat und stets frühzeitig die Kommunen in Entscheidungen einbindet.“

Reformen der Krankenhausfi-



OB Markus Pannermayr.
Bild: Bayerischer Städtetag

Der Bund muss seine Verpflichtungen erfüllen

Die Förderung aus dem Bayerischen Härtefallfonds von 100 Millionen Euro sei ein Schritt in die richtige Richtung, genügt aber nicht. Wenn der Bund seinen Verpflichtungen nicht ausreichend nachkomme, müssen die Kommunen den Freistaat um zusätzliche Unterstützung bitten. Im Vorfeld der Konferenz der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister des Bayerischen Städtetags in Straubing mit Gesundheitsminister Klaus Holetschek lobte Pannermayr den am Dialog orientierten Arbeitsstil: „Gesundheitsminister Holetschek ist ein Ge-

Deutscher Städtetag:

Wärmeplanung first!

Wohllöblich hat sich der Deutsche Städtetag zu den erzielten Vereinbarungen der Ampel-Koalition zum Gebäudeenergiegesetz geäußert. Nach den Worten seines Hauptgeschäftsführers Helmut Dedy ist „Wärmeplanung first“ die richtige Reihenfolge für die Wärmewende. Die Städte unterstützen das Ziel der Bundesregierung, bis 2045 aus dem Heizen mit fossilen Brennstoffen auszusteigen.

Dedy zufolge ist es richtig, „dass die kommunale Wärmeplanung jetzt ausdrücklich zur Grundlage für die Wärmewende in den Städten gemacht wird und das Gebäudeenergiegesetz mit dem Wärmeplanungsgesetz verzahnt werden soll. Denn die Menschen sollten wissen, welche klimaneutrale Heizungsart für ihre Stadt und das eigene Viertel sinnvoll ist und ausgebaut werden soll.“

Die Wärmewende und der Ausbau der Wärmenetze stellen einen Marathon auf dem Weg zu klimaneutralen Städten dar. Die Wärmeplanungen würden in den Städten mit Hochdruck vorangetrieben. Eine deutschlandweite kommunale Wärmeplanung werde bis spätestens 2028 angestrebt, „das scheint machbar“, so der Hauptgeschäftsführer. „Wichtig ist im weiteren Gesetzgebungsverfahren, dass die Fristen gut aufeinander abgestimmt werden und die Rahmenbedingungen auch langfristige Investitionen ermöglichen. Neben der individu-

ellen Förderung für Hauseigentümer sollte auch der Ausbau der kommunalen Wärmenetze gefördert werden“, erläuterte Dedy. Weniger optimistisch blickt er auf das Thema Städtebauförderung. Laut einem dpa-Bericht warnt er hier vor starken Kürzungen: „Wenn die aktuellen Forderungen von Bundesfinanzminister Lindner wahr werden, droht eine Halbierung der bisherigen Mittel von jährlich 790 Millionen Euro“, so Dedy.

Ambulante Versorgung an der Leistungsgrenze

Bei einer Reform muss auf Bundesebene die Sicherung der ambulanten Versorgungsstrukturen im Blick stehen. Die ambulante Versorgung stößt an man-

chen Orten an die Leistungs-

grenze. Darüber hinaus sorgt sich die kommunale Ebene um die haus- und fachärztliche Versorgung: Der Hausarzt am Ort ist der erste Ansprechpartner für die Menschen. Daher muss die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns ihrem Sicherstellungsauftrag gerecht werden und muss attraktive Rahmenbedingungen für die Niederlassung und Wiederbesetzung von Hausarztpraxen schaffen. Kommunen unterstützen dabei im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Strukturen für Pflege vor Ort

Im Gespräch mit dem bayerischen Gesundheitsminister wollen sich die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister auch mit der Zukunft der Pflegeversorgung befassen, sagt Pannermayr: „Früher oder später trifft es jeden von uns. Jeder Mensch ist mit dem Thema Pflege befasst – sei es in der persönlichen Betroffenheit als Pflegefall oder als pflegende Angehörige, die Hilfe und Unterstützung suchen. Eine Voraussetzung sind gute Versorgungsstrukturen in Stadt und Land. Gut funktionierende Pflege vor Ort ist eine immense Dauer-Aufgabe, die uns neben all den vielen weiteren aktuellen Krisen herausfordert.“ Immer mehr ambulante und stationäre Einrichtungen müssen schließen, viele aufgrund Personalmangels. Es braucht hier vor Ort entsprechende Strukturen und Unterstützung. Kommunen benötigen eine adäquate Finanzausstattung und brauchen auch bei diesem Thema finanzielle Unterstützung von Bund und Freistaat.

OB-Barometer 2023:

Flüchtlingshilfe auf Rang eins

Die seit 2022 wieder stark gewachsene Flüchtlingszuwanderung wird von den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern als aktuell drängendste zu bewältigende Aufgabe angesehen. Für die Zukunft nennen die Stadtspitzen die Klimathematik unangefochten als wichtigstes Handlungsfeld. Keine Rolle mehr spielt indes die Corona-Pandemie. Dies ergab die diesjährige Befragung der Stadtspitzen für das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), die im Januar und Februar 2023 stattfand.

„Insgesamt stehen die Kommunen zunehmend vor der Herausforderung, verschiedene Krisen gleichzeitig bewältigen zu müssen“, heißt es in der Studie. Für Städte und Gemeinden sei Krisenbewältigung zu einer Art Dauerzustand geworden.

Nötig sind bessere Rahmenbedingungen

Für 56 Prozent der Stadtspitzen ist das Thema Flüchtlinge ein wichtiges Handlungsfeld, in den beiden Vorjahren spielte es faktisch keine Rolle. Dass zwei Drittel der Städte sich von Ländern, Bund und EU bessere Rahmenbedingungen wünschen, um die Unterbringung und Integration der Geflüchteten zu bewältigen, wird als logische Konsequenz angesichts der aktuellen Situation in den Kommunen gesehen. „Dazu gehört auch, dass fast 80 Prozent der Stadtspitzen steigende Kosten im Sozialbereich als sehr große oder große Herausforderung in ihrer aktuellen Politik nennen.“

Wichtigste Handlungsfelder

Jenseits dieser stark durch die aktuelle Situation in den Kommunen geprägten Bewertung gibt es bei den Oberbürgermeistern eine deutliche Kontinuität bei den „großen Linien“ ihrer Politik. Die Hälfte der befragten Stadtspitzen benennt energie- und klimapolitische Themen als eines der aktuell wichtigsten Handlungsfelder. Künftig werden diese aus ihrer Sicht sogar noch weiter an Bedeutung gewinnen.

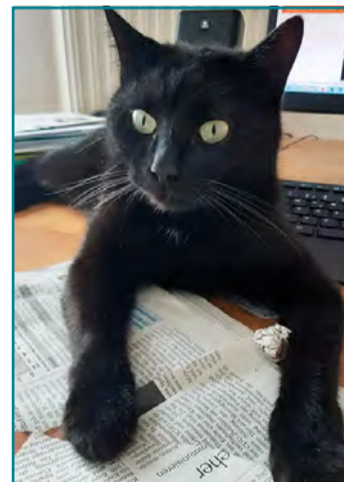
59 Prozent der Oberbürgermeister messen den Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels die mit Abstand höchste Bedeutung bei. Dies korrespondiert mit den Antworten auf die Frage nach den größten Herausforderungen für die Städte infolge der aktuellen krisenhaften Entwicklungen. Der Investi-

tionsbedarf zur Bewältigung des Klimawandels wird – noch vor der Unterbringung von Geflüchteten – als größte aktuelle Herausforderung für Kommunen in den multiplen aktuellen Krisen genannt.

Mobilität im Fokus

Zählt man die Maßnahmen zur Mobilitätswende hinzu, die ebenfalls überwiegend klimapolitisch konnotiert sind, so verstärkt sich die hohe Relevanz des Themas noch einmal. Für mehr als ein Drittel der Stadtspitzen gehören Maßnahmen im Mobilitätsbereich bereits jetzt zu den wichtigsten Handlungsfeldern, in Zukunft wird das Thema noch wichtiger. Der Investitionsbedarf für Maßnahmen der Mobilitätswende wird von 85 Prozent der Rathauschefs als sehr groß oder groß eingeschätzt.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Unser Rathauskater Pino liest natürlich die Gemeindezeitung aber auch die Heimatzeitung und grübelt darüber, warum manche Menschen regelrecht nachrichtenmüde geworden sind. Vielleicht kostet es einfach zu viel Überwindung in diesen Zeiten Nachrichten zu konsumieren? S. 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Frühjahrskonferenz der Justizminister 2
Weniger Geburten und mehr Sterbefälle 2
Heimatvertriebene als Brückenbauer 3

GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Kommunaler Erfolg im neuen CSU-Grundsatzprogramm 3

Landkreis München: Innovativer Klimaschutz 3
Difu-Studie: Kommunale Halbzeitbilanz Agenda 2030 4

Kommunikationstechnik • IT • Arbeitsplatz Kommune . . . 5 - 11
Kommunale Energiethemen 12 - 13
Wasser • Abwasser 14 - 15
Kommunalfahrzeuge • GaLaBau • Friedhof 16 - 17

Aus den bayerischen Kommunen. 18 - 20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Frühjahrskonferenz der Justizminister:

Erfolgreiche bayerische Initiativen

Drängende Fragen der Digitalisierung, der Kriminalitätsbekämpfung und des strafrechtlichen Schutzes von Kindern und Rettungskräften standen im Mittelpunkt der 94. Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister in Berlin. Diese brachte insgesamt 70 rechtspolitische Initiativen für die bundespolitische Gesetzgebung hervor. Sehr erfolgreich war Bayern, hätten doch erneut alle Reformvorschläge aus dem Freistaat eine Mehrheit gefunden, wie Justizminister Georg Eisenreich erläuterte.

Auf Initiative Bayerns setzt sich die Justizministerkonferenz dafür ein, die Frist bei Sexualstraftaten auf jeweils zehn Jahre zu verlängern. Nach geltendem Bundesrecht werden Akten zu eingestellten Ermittlungsverfahren grundsätzlich nur fünf Jahre aufbewahrt, im Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister (ZStV) sogar nur für zwei Jahre gespeichert. Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, das Saarland, Baden-Württemberg, Brandenburg, Berlin, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern sind der Initiative als Mittragsteller beigetreten. Der Grund: Bei Sexualstraftaten steht oft Aussage gegen Aussage. Eisenreich: „Wenn aber mehrere Opfer über einen längeren Zeitraum hinweg unabhängig voneinander Vorwürfe gegen ein- und dieselbe Person erheben, kann das ein Indiz für ihre Glaubwürdigkeit sein. Deshalb müssen unsere Strafverfolger in solchen schweren Fällen auch Zugriff auf ältere Ermittlungsakten zu eingestellten Verfahren bekommen. Es geht hier um den Schutz unserer Kinder.“

Neues Regelwerk für Internetplattformen

Ab Februar 2024 gilt Europas neues Regelwerk für Internetplattformen – der „Digital Services Act“ (DSA) – auch in Deutschland unmittelbar. Die Justizministerkonferenz fordert den Bund auf Initiative Bayerns auf, zu prüfen, ob und wie mögliche Schutzlücken durch neue

bundesgesetzliche Regelungen beseitigt werden können. Berlin, Hessen, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen unterstützten die bayerische Initiative als Mittragsteller. Eisenreich zufolge bringt der DSA insgesamt Fortschritte im weltweiten Kampf gegen Hass und Hetze. Aber gerade beim Melden und Löschen strafbarer Inhalte drohten Rückschritte gegenüber dem deutschen Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Der Bund sollte nach dem Willen der Länderjustiz mögliche durch den DSA belastete Regelungsspielräume nutzen und sich auch auf europäischer Ebene weiter für eine einheitliche Melde- und Löschpraxis einsetzen.

Kriminalität verlagert sich zunehmend ins Internet

Anleitung zu Straftaten, Gewaltdarstellungen, Beleidigungen, Missbrauch von Ausweispapieren: Die Kriminalität verlagert sich im digitalen Zeitalter zunehmend ins Internet. Das Problem: Zahlreiche strafbare Inhalte, die im Ausland online gestellt wurden, werden vom deutschen Strafrecht nicht rechtssicher erfasst. Deshalb fordert die Justizministerkonferenz auf Vorschlag Bayerns, unterstützt von Berlin, dass der Bund eine Gesetzesreform in Angriff nimmt, die insbesondere den § 9 des Strafgesetzbuches („Ort der Tat“) verstärkt in den Blick nimmt, präzisiert und erweitert.

Jeden Tag explodiert in Deutschland durchschnittlich mindestens ein Geldautomat. Die Konferenz schlägt auf Initiative Bayerns gemeinsam mit Hessen ein Drei-Säulen-Konzept im Kampf gegen die Geldautomatensprengungen vor. Laut Minister Eisenreich sind Geldautomatensprengungen die Banküberfälle der Moderne und eine Gefahr für Anwohner und Einsatzkräfte. Das Maßnahmenbündel der bayerischen Initiative setze im Kampf gegen die Bandenkriminellen an mehreren Stellschrauben an.

Reduzierung der Tatanreize

Vorgeschlagen wird eine Reduzierung der Tatanreize, etwa durch den Einsatz von Färbemitteln, die das Geld bei einer Sprengung unbrauchbar machen. Auf der Ebene der Strafverfolgung sollen Täterinnen möglichst bei einer Staatsanwaltschaft konzentriert werden. Dadurch werden eine effektive Verfolgung und angemessene Bestrafung der Täter, die regelmäßig dem Bereich der Organisierten Kriminalität zuzuordnen sind, gewährleistet. Zudem wird der Bundesjustizminister gebeten, eine Strafschärfung zu prüfen. Derzeit liegt das Mindeststrafmaß für Geldautomatensprengungen bei einem Jahr, beim klassischen Bankraub hingegen bei fünf Jahren.

Neuer Gebäudetyp E

Die Wohnungsnot in Deutschland hält an. Auch deshalb bereiten die Länder derzeit die Einführung eines neuen Gebäudetyps E vor. Dabei sollen fachkundige Bauherren von festgelegten technischen Normen abweichen können, soweit Sicherheitsbelange nicht beeinträchtigt werden. Die Justizministerkonferenz dringt darauf,

im Vorfeld mögliche Rechtsunsicherheiten zu beseitigen. „Der Gebäudetyp E wirft eine Reihe komplizierter zivilrechtlicher Fragen, beispielsweise der Haftung auf. Wir brauchen klare Regelungen, damit die Interessen aller Beteiligten geschützt werden – vom Architekt bis zum Auftraggeber, vom Käufer bis zum Mieter. Einfache Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt gibt es dabei nicht. Wir brauchen ein Bündel an Maßnahmen von Kommunen, Land und Bund in verschiedenen Bereichen. Der neue Gebäudetyp könnte dabei ein Baustein sein“, unterstrich Eisenreich. Sachsen-Anhalt, Berlin, Baden-Württemberg und Hessen waren dem Antrag als Mittragsteller beigetreten.

Entlastung ehrenamtlicher Betreuer

Überdies will die Justizministerkonferenz ehrenamtliche Betreuer entlasten. Diese sind seit diesem Jahr verpflichtet, vor der Übernahme des Ehrenamts ein Führungszeugnis und eine Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis vorzulegen. Wie Eisenreich erläuterte, „kostet das Zeit und Nerven, vor allem wenn die Betroffenen keinen Online-Zu-

gang haben. Der Einsatz von Ehrenamtlichen ist in der rechtlichen Betreuung von unschätzbarem Wert. Deshalb müssen bürokratische Hürden abgebaut werden. Wir fordern den Bundesjustizminister auf, hier eine neue, weniger bürokratische Lösung zu schaffen.“ Niedersachsen, Baden-Württemberg und das Saarland waren der bayerischen Initiative beigetreten.

Sichere elektronische Zustellungen

Bereits seit 1. Januar 2022 muss die Zustellung von Dokumenten an Rechtsanwälte im Zivilverfahren elektronisch erfolgen. Die Justizministerkonferenz setzt sich nun auf Initiative Bayerns dafür ein, weitere Personen und Organisationen zu einem sicheren Übermittlungsweg für elektronische Zustellungen zu verpflichten. Eisenreich: „Große Unternehmen wie Fluggesellschaften oder Versicherungen nehmen in Massenverfahren eine Vielzahl von Klageschriften entgegen. Die Zustellung in Papierform sorgt für einen erheblichen Mehraufwand. Deshalb sollten auch sie zur Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr verpflichtet werden.“

„Ich freue mich, dass Bayern wieder viele rechtspolitische Ideen einbringen und unsere Vorschläge überzeugen konnten. Jetzt ist Berlin gefordert“, so die Bilanz des bayerischen Justizministers. DK

Bayerisches Landesamt für Statistik:

Weniger Geburten und mehr Sterbefälle

Fürth. Wie das Expertenteam des Bayerischen Landesamts für Statistik mitteilt, kamen im Jahr 2022 in Bayern 124.897 Babys lebend zur Welt. Geboren wurden 60.897 Mädchen und 64.000 Jungen. Auf 100 weibliche Lebendgeborene kamen damit – wie bereits im Vorjahr – etwa 105 männliche Lebendgeborene.

Nachdem die Geburtenzahlen im Freistaat seit dem Jahr 2011, damals 103.668 Geburten, kontinuierlich stiegen, ist für vergangenes Jahr ein Rückgang im Vergleich zu 2021 mit 134.321 Geburten zu verzeichnen.

Nach Angaben des Fachteams im Bayerischen Landesamt für Statistik gab es im Jahr 2022 bayernweit 9.424 weniger Geburten. Das entspricht einem Rückgang von 7,0 Prozent. Während 2021 – dem Jahr nach Beginn der Corona-Pandemie – außerordentlich viele Kinder geboren wurden, der Geburtenanstieg betrug hier 4,3 Prozent bzw. 5.557 Geburten gegenüber 2020, fiel die Geburtenzahl 2022 niedriger aus als in den Jahren vor der Pandemie. So war ein Rückgang um 3,0 Prozent bzw. 3.867 Geburten gegenüber 2020 festzustellen. Weniger Geburten gab es in Bayern zuletzt im Jahr 2015, als 118.228 Kinder auf die Welt kamen.

Regionaler Schlüssel

Für alle sieben Regierungsbezirke in Bayern wurde eine Abnahme der Geburtenzahlen registriert. Der niedrigste Rückgang ergab sich für den Regierungsbezirk Oberpfalz mit einem relativen Wert von 4,5 Prozent. Die Veränderungsdaten in den sechs weiteren Regierungsbezirken lagen zwischen -5,9 Prozent in Niederbayern und -8,4 Prozent in Mittelfranken.

Auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise war in den Landkreisen Mühldorf am Inn (Oberbayern) und Kronach (Oberfranken) der höchste Geburtenzuwachs mit 5,3 bzw. 3,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten. Eine Zunahme verzeichneten auch die oberbayerischen Landkreise Berchtesgadener Land (2,3 Prozent), Altötting (1,8 Prozent) und

Bad Tölz-Wolfratshausen (0,6 Prozent), die kreisfreie Stadt Ansbach in Mittelfranken (0,9 Prozent) sowie der unterfränkische Landkreis Main-Spessart (0,1 Prozent).

Vielorts wurde das Geburtenniveau des „30-Jahre-Hochs“ aus dem Jahr 2021 nicht erreicht. So nahm die Geburtenzahl gegenüber dem Vorjahr in 89 kreisfreien Städte und Landkreise Bayerns ab, davon in 18 um mehr als zehn Prozent.

Übersterblichkeit im Jahr 2022

Die Zahl der Verstorbenen lag im Freistaat im Jahr 2022 insgesamt bei 152.417 Personen, wobei die Anzahl der Sterbefälle verglichen mit 2021 um 4.433 Personen (+3,0 Prozent) angestiegen ist. Entsprechend verzeichneten sechs Regierungsbezirke in Bayern im Jahr 2022 höhere Sterbefallzahlen als im Vorjahr. Lediglich in Niederbayern sank die Sterbefallzahl um 0,6 Prozent. Mit einer Zunahme um 2,3 Prozent fiel der Anstieg in der Oberpfalz am geringsten aus, in den übrigen Regierungsbezirken lag er zwischen 2,8 Prozent in Schwaben und 4,5 Prozent in Unterfranken.

Geburtenzahlen gleichen Sterbefallzahlen nicht aus

Wie in den Vorjahren konnten auch im Jahr 2022 die Bevölkerungsverluste durch Sterbefälle nicht über die Geburten in Bayern ausgeglichen werden. Dieser Sterbefallüberschuss, der im Freistaat bereits seit dem Jahr 2001 durchgängig zu beobachten ist, fiel im Jahr 2022 mit 27.520 Personen so hoch aus wie noch nie seit Ende des zweiten Weltkrieges. Auch auf Regierungsebene fiel die Bilanz der natürlichen Bevölke-

GZ Akademie GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Bildrechte und DSGVO

Teil 1: 11. Juli 2023, 10:00 - 12:30 Uhr
Teil 2: 11. Juli 2023, 13:30 - 16:00 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de
Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt.



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum

20. Juli 2023, 9:00 - 16:30 Uhr
Stadthalle Gunzenhausen, Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Das Bayerische EnergieForum findet bereits zum 14. Mal statt! In diesem Jahr bündeln wir unsere Kräfte und schließen uns mit unserer Schwester-Veranstaltung, dem Bayerischen WasserkraftForum zusammen. Die Foren finden in zeitlicher Nähe zu den Bayerischen Energietagen statt.

Hauptredner ist Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, der die Bayerische Gemeindezeitung als Unterstützerin der Energiewende in Bayern auszeichnen wird. Das Bayerische EnergieForum und das Bayerische WasserkraftForum sind DIE Fachveranstaltungen für bayerische kommunale Entscheiderinnen und Entscheider, die in ihren Heimatgemeinden und -städten mit Energie- und Klimaschutzthemen betraut sind.

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: Für Kommunalvertreter kostenfrei, Abonnenten 55,- Euro, Wirtschaftsvertreter 95,- Euro (jeweils zzgl. MwSt.)

VORSCHAU

Schwierigkeiten mit Personal meistern

19. September 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Social Media für Kommunen

16. November 2023, 10:00 - 12:30 Uhr

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

rungsentwicklung – Lebendgeborene abzüglich Gestorbene – durchweg negativ aus. In Bayern wurde lediglich in den oberbayerischen kreisfreien Städten München (+3.462), Ingolstadt (+49) und Rosenheim (+14) sowie den Landkreisen Freising (+206), Eichstätt (+73) und Erding (+45) ein Geburtenüberschuss registriert.

Insgesamt nahm die Bevölkerungszahl in Bayern im Jahr 2022 um 192.404 Personen zu,

da der positive Wanderungssaldo gegenüber dem restlichen Bundesgebiet sowie dem Ausland die Verluste in den natürlichen Bevölkerungsbewegungen kompensieren konnte.

Infos im Internet

Einzelheiten zu den Wanderungsbewegungen in Bayern werden in der ersten Juli-Woche unter <https://www.statistik.bayern.de/> veröffentlicht.

Klage gegen Wahlrechtsreform

Ihren Antrag auf Normenkontrolle gegen die mit den Stimmen der Ampelfraktionen beschlossene Wahlrechtsreform reichte die Bayerische Staatsregierung beim Bundesverfassungsgericht ein. Staatsminister Joachim Herrmann: „Die neu geschaffenen Regeln sind verfassungswidrig. Sie verstoßen gegen den Grundsatz der Wahlgleichheit sowie gegen das Demokratie- und Bundestaatsprinzip. Sie missachten den Willen und gefährden dadurch den demokratischen und föderalen Zusammenhalt in Deutschland.“

Das geänderte Bundeswahlrecht sieht insbesondere eine Kappung von Wahlkreismandaten vor, die nicht vom Zweitstimmenanteil der betreffenden Partei gedeckt sind. Herrmann: „Gewählten Abgeordneten ihr Wahlkreismandat zu verwehren, halte ich für völlig inakzeptabel.“ Wäre das neue Wahlrecht bereits bei der Bundestagswahl 2021 zur Anwendung gekommen, wären nach den Worten des Innenministers allein in Bayern 7 von 46 Wahlkreisen „verwaist“ geblieben. „Aber auch in Baden-Württemberg und im Osten Deutschlands wären viele Regionen ohne direkt gewählte Abgeordnete geblieben.“ Durch die zusätzlich erfolgte Abschaffung der Grundmandatsklausel könnte sich dies noch weiter verschärfen. Herrmann: „Würde die CSU deutschlandweit weniger als 5 Prozent der Zweitstimmen erhalten, aber aufgrund ihrer flächendeckenden Verwurzelung weiterhin nahezu alle Wahlkreise gewinnen, bliebe fast ganz Bayern ohne Wahlkreisabgeordnete.“ Bayern würde dann nur durch Abgeordnete repräsentiert, die Parteien entstammen, die hier nicht die Mehrheit haben, während die bayerische Mehrheitspartei im Bundestag fehlt. Es würden in diesem Fall auch insgesamt deutlich weniger Abgeordnete aus Bayern in den Bundestag einziehen, weil den Ländern keine Mindestsitzzahlen entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil mehr zugeteilt werden. „Bayern wäre daher nicht-, falsch- und unterrepräsentiert.“ Herrmann: „Ein solches Wahlrecht ist mit dem Grundgesetz unvereinbar.“

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Edith Lirsch
84371 Triftern
am 23.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Elisabeth Krein
97523 Schwanfeld
am 28.6.

Bürgermeister Peter Schmitt

63916 Amorbach
am 28.6.

Bürgermeister

Bernd Reisenweber
96237 Ebersdorf
am 3.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Landrat Michael Fahmüller
84347 Pfarrkirchen
am 1.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jochen Drechsler
63869 Heigenbrücken
am 1.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Sebastian Hauck
97440 Werneck
am 23.6.

Bürgermeister

Johannes Hellenschmidt
91620 Ohrenbach
am 30.6.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dennis Neßwald
63801 Kleinostheim
am 3.7.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Heimatvertriebene als Brückenbauer

Sudetendeutscher Tag und Heimattag der Siebenbürger Sachsen

Unter dem Motto „Schicksalsgemeinschaft Europa“ fand am Pfingstwochenende in der Donau-Arena Regensburg das traditionelle Treffen der Sudetendeutschen statt. Zeitgleich führten die Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl ihren Heimattag durch. Das Motto: „Miteinander schafft Heimat“.

In ihrer Eröffnungsrede beim Sudetendeutschen Tag betonte Sozialministerin Ulrike Scharf: „Die bayerisch-tschechische Partnerschaft ist tief. Unsere enge Verbundenheit und Freundschaft müssen wir weiter ausbauen und leben. Die Sudetendeutschen sind mit ihrer Geschichte zu Zukunftsgehaltern und -gestaltern geworden. Sie bauen Brücken zwischen Tschechien und Europa aus innerstem Antrieb. Es ist mir wichtig, die Kultur und Geschichte der Heimatvertriebenen lebendig zu halten – die kulturelle Vielfalt, das Geschichtsbewusstsein und die Werte unseres 4. Stammes sind beeindruckend. Gemeinsam arbeiten wir weiter mit ganzer Kraft für ein freies, friedliches und demokratisches Europa.“

Söder: Friedensnobelpreis für Heimatvertriebene

Einen Höhepunkt des Treffens bildete die Hauptkundgebung: Nach der Grußbotschaft von Mikulas Bek, Minister für Bildung, Jugend und Sport der Tschechischen Republik, sprachen Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder als Schirmherr der Sudetendeutschen Volksgruppe. Aus Söders Sicht haben Heimatvertriebene den Friedens-

nobelpreis verdient. Sudetendeutsche und Vertriebene hätten „verzichtet auf Rache, auf Revanche“ und so den Grundstein gelegt für ein neues, modernes Europa. Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bemerkte Söder, die gemeinsame Geschichte habe gezeigt, dass die gewaltsame Verschiebung von Grenzen nicht geduldet werden dürfe. Nur die Freiheit der Ukraine werde auch die Freiheit in Europa erhalten.

Verleihung des Karlspreises an Schmidt und Rouček

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden nach Angaben des Sprechers der Sudetendeutschen Volksgruppen, Bernd Posselt, etwa drei Millionen Sudetendeutsche vertrieben. Gut die Hälfte von ihnen sei nach Bayern gekommen, so Posselt, der auch Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist. Ein weiteres Glanzlicht setzte die Verleihung des Karlspreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft an Christian Schmidt (CSU) und Libor Rouček (CSSD/Sozialdemokratische Partei Tschechiens). Beide Preisräger wurden unter anderem für ihre Arbeit im Deutsch-Tschechischen Gesprächsforum ausgezeichnet. Im Zeichen eines besonderen Jubiläums stand der Heimat-

tag der Siebenbürger Sachsen: Seit 40 Jahren besteht die weltweite Föderation der Siebenbürger Sachsen, und so waren Besucher aus Österreich, der Schweiz, Rumänien, den USA und Kanada angereist.

Botschafter des Friedens

Ministerpräsident Dr. Söder, selbst seit fast 30 Jahren Mitglied der Landsmannschaft, nannte die Siebenbürger Sachsen „wahre Brückenbauer und Botschafter des Friedens“. Sie zeichne ein großartiges Zusammenhalten aus, der Kraft gebe vor allem in schwierigen Zeiten. Söder: „Wir bekennen uns zu Brauchtum, Tradition und Familie. Die Aussiedler und Heimatvertriebenen haben Bayern stark gemacht und sind unsere Landsleute.“

Als Publikumsmagnet kristallisierte sich einmal mehr der Trachtenzug heraus: Rund 100 Gruppen mit weit über 2.000 Mitwirkenden demonstrierten siebenbürgische Tradition und Kultur. Bei der anschließenden Kundgebung vor der Dinkelsbühler Schranne sprachen Rainer Lehni, Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, Natalie Pawlik (SPD), MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, sowie Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes. Tanz- und Sportveranstaltungen, Ausstellungen und Preisverleihungen bildeten weitere Facetten des Heimattages. DK

Landkreis München lädt Kommunen aus ganz Deutschland ein:

Innovativer Klimaschutz

17 Kommunen kommen zum bundesweiten Austausch zusammen
Aktion Zukunft+ als Klimaschutz-Vorzeigeprojekt

Anfang Mai hat der Landkreis München die Aktion Zukunft+ gestartet. Mit dem innovativen Klimaschutzprojekt gehört der Landkreis zu den deutschen Vorreiterkommunen für lokale Klimafonds. In dieser Woche kommen nun auf Einladung des Landkreises München Vertreter von 17 Kommunen aus ganz Deutschland zum ersten bundesweiten Vernetzungstreffen zum Thema Klimafonds zusammen. Ziel ist es, Erfahrungen auszutauschen und anderen Kommunen dabei zu helfen, eigene Klimafonds aufzusetzen.

Die im Landkreis gestartete Aktion Zukunft+ (www.aktion-zukunft-plus.de) ist ein Werkzeug, um den Klimaschutz im Landkreis München und auch weltweit gemeinschaftlich mittels Crowdfunding zu finanzieren: Bürgerinnen und Bürger, ebenso wie Unternehmen, Organisationen und Kommunen, können sich mit einer Spende für Klimaschutzprojekte einsetzen. Mit dem Erwerb von Zukunft+ Zertifikaten unterstützen sie den Klimaschutz und gleichen zudem ihren eigenen CO₂-Fußabdruck ganz oder in Teilen aus.

Aktion Zukunft+

Das bundesweite Vernetzungstreffen richtet der Landkreis gemeinsam mit adelphi im Rahmen des Projekts „Lokale Klimafonds – Gemeinsam für mehr regionalen Klimaschutz“ der Nationalen Klimaschutzinitiative aus.

Die Aktion Zukunft+ ist einer der ersten Klimafonds in Deutschland. Und auch, wenn sich die bisher bestehenden Klimafonds in den jeweiligen Kommunen in Teilen unterscheiden, gibt es vor allem Gemeinsamkeiten: Als Klimafonds werden Projekte bezeichnet, bei denen eine Kommune einen Fonds aufsetzt, der finanzielle Mittel für die Umsetzung von Klimaprojekten vor Ort erschließt und bereitstellt. Klimafonds ermöglichen nicht nur mehr lokale Klimaschutzprojekte, sondern sorgen auch dafür, dass alle Akteure einer

Kommune aktiv am Klimaschutz teilhaben können. Das bundesweite Vernetzungstreffen startete, mit einem gemeinsamen Ausflug zu einem der Projekte der Aktion Zukunft+, bei dem im Landkreis München Humus von einem landwirtschaftlichen Betrieb aufgebaut wird. Humus bindet zusätzliches CO₂ und trägt so zum Klimaschutz bei.

Erfahrungswerte sammeln

Es folgten dann unter anderem Impulsvorträge und Diskussionsrunden zu Themen wie Fundraising-Strategien, Kommunikation und Projektförderung. Vertreten sind dabei neben dem Landkreis München Kommunen, in denen es bereits lokale Klimafonds gibt – wie zum Beispiel Karlsruhe oder Hamburg –, viele andere wollen hingegen ein solches Projekt initiieren und von den Erfahrungswerten der Vorreiterkommunen profitieren, darunter Städte wie Ludwigsburg, Lübeck oder Bottrop. „Wir freuen uns, dass so viele Kommunen zu uns in den Landkreis kommen, um gemeinsam an mehr Klimafonds für Deutschland zu arbeiten. Durch das große Interesse hier im Landkreis, aber eben auch aus ganz Deutschland spüren wir deutlich, dass wir mit unserer Aktion Zukunft+ den Nerv der Zeit treffen“ sagt Phillip Dafe, Projektleiter für die Aktion Zukunft+. Durch die Veranstaltung soll ein Netzwerk mit Klimafondspraktikern aus

ganz Deutschland etabliert und die Vernetzung verstetigt werden. Damit wird die Grundlage geschaffen, um künftig mit vielen weiteren Klimafonds in ganz Deutschland den lokalen Klimaschutz vor Ort zu stärken, die dabei von den Erfahrungswerten aus Projekten wie der Aktion Zukunft+ profitieren können.

Die Aktion Zukunft+ ist eine Initiative des Landkreises München im Rahmen der 29++ Klima. Energie. Initiative. In Zusammenarbeit mit der Energieagentur Ebersberg-München. Ausführliche Informationen zur Aktion Zukunft+, häufige Fragen und Antworten sowie der Online-Shop zum Erwerb der Zukunft+

Zertifikate unter: www.aktion-zukunft-plus.de. □

Als „Botschafter Bayerns“ ins Auslandsjahr

Ein Jahr lang in einem anderen Land zur Schule gehen, eine andere Kultur kennenlernen und unvergessliche Erfahrungen sammeln – ein Auslandsjahr ist für Jugendliche ein echtes Abenteuer. Schülerinnen und Schüler aus Bayern können sich ab sofort für das Programm im Schuljahr 2024/25 bewerben und haben dabei die Chance auf ein „Botschafter Bayerns“-Stipendium, das vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus vergeben wird.

Die Jugendlichen leben ein Jahr lang in einer Gastfamilie und besuchen die Schule vor Ort. So erfahren sie nicht nur, wie der Alltag in anderen Ländern aussieht, sondern sammeln auch interkulturelle Erfahrungen. Zur Wahl stehen 11 Länder: Brasilien, Bulgarien, China, Frankreich, Indien, Irland, Polen, Rumänien, Südafrika, Tschechien und Ungarn. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus und die Stiftung Jugendaustausch Bayern vergeben dafür im Rahmen des „Botschafter Bayerns“-Programms 30 Stipendien, die einen großen Teil der Kosten abdecken. Für die Stipendien bewerben können sich Jugendliche, die zwischen dem 1. Juli 2006 und dem 31. Juli 2009 geboren sind, in Bayern leben und eine bayerische Schule besuchen. Außerdem sollten sie aufgeschlossen und anpassungsfähig sein.

Organisiert wird das Auslandsjahr von der gemeinnützigen Organisation Youth For Understanding (YFU), dem Kooperationspartner des Bayerischen Kultusministeriums. Über die Vergabe der Teilstipendien entscheidet das Kultusministerium. Weitere Informationen zu den Stipendien und zum Bewerbungsablauf gibt es unter www.yfu.de/botschafter-bayerns. □

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Das neue Grundsatzprogramm der CSU kann sich sehen lassen! Es beinhaltet ein klares Bekenntnis zur kommunalen Ebene sowie einen starken Rückhalt für die Arbeit unserer bayerischen Kommunalpolitiker. Es ist ein Erfolg unserer KPVI!

Unter dem Motto „Für neues Miteinander“ stand der Beteiligungsprozess zum neuen Grundsatzprogramm, der von den beiden Vorsitzenden der Grundsatzkommission Frau Dr. Anja Weisgerber, MdB und Herrn Dr. Gerhard Hopp, MdL exzellent geleitet wurde.



Kommunaler Erfolg im neuen CSU-Grundsatzprogramm

Die CSU-Grundsatzkommission hat den Beteiligungsprozess sehr offen gestaltet und ist aktiv auf die Mitglieder und Verbände sowie auf die Arbeitsgemeinschaften wie die KPVI zugegangen. Unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben sich unter Leitung der KPVI proaktiv daran beteiligt.

Die Basis für den kommunalpolitischen Kern im neuen Grundsatzprogramm hat der Landes-

vorstand und Hauptausschuss der bayerischen KPVI gelegt. Dort wurden zehn kommunale Leitplanken mit Formulierungsvorschlägen für das neue Grundsatzprogramm der CSU ausgearbeitet, diskutiert und beschlossen. Diese wurden dann frühzeitig in den offenen Beteiligungsprozess eingespeist und mit den Vorsitzenden der Grundsatzkommission diskutiert. Als Landesvorsitzender der KPVI in Bayern war ich auch ein fester Bestandteil der erweiterten CSU-Grundsatzkommission und konnte so während des Prozesses unsere kommunalpolitischen Interessen positionieren.

Wir finden das Ergebnis kann sich sehen lassen. Das neue Grundsatzprogramm ist ein starkes Statement der CSU zur bayerischen Kommunalpolitik und so können wir stolz auf die aktive Beteiligung der KPVI und den erfolgreichen Beteiligungsprozess zum neuen Grundsatzprogramm blicken und der CSU zu diesem Erfolg gratulieren.

Die Kommunalpolitik sowie die Frauen und Männer, die ehren- und hauptamtlich Mandate vor Ort ausüben, sind und bleiben eine tragende Säule unserer Politik. Das sollte sich auch in unseren Grundsatzprogrammen wiederfinden. Der CSU ist dies erfolgreich gelungen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPVI Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

20 Jahre Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL)

Agrarministerin Kaniber sieht LfL als wesentlichen Taktgeber und interdisziplinäre Zukunftswerkstatt

Die Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) ist nicht nur für Politik und Verwaltung ein bedeutendes Wissens- und Dienstleistungszentrum. Sie unterstützt zum Beispiel auch bayerische Landwirtinnen und Landwirte durch anwendungsorientierte Forschung und Systementwicklung bei ihrer Arbeit. Diese ist von großen Herausforderungen wie dem Klimawandel, gesellschaftlichen Entwicklungen und technologischen Quantensprüngen geprägt. Jetzt feiert die LfL 20-jähriges Bestehen.

„Ob Biodiversität, Klimawandel oder Tierwohl – die LfL ist mit den Themen der Zukunft befasst und prägt damit Landwirtschaft und Kulturlandschaft im Freistaat entscheidend. Als Problemlöser und interdisziplinäre Zukunftswerkstatt ist sie nicht mehr wegzudenken. Sie ist heute unglaublich gefragt, weil die Liste an Herausforderungen von morgen immer länger wird“, so Staatsministerin Michaela Kaniber anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeit im Rahmen ihrer Festrede.

Zehn LfL-Institute zusammengefasst

Im Januar 2003 wurde die LfL als Zentrum für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige Landwirtschaft und Nahrungs-

mittelproduktion gegründet. Die bis dahin weitgehend selbstständigen sechs Landesanstalten für Bodenkultur und Pflanzenbau, für Tierzucht, für Ernährung, für Betriebswirtschaft und Agrarstruktur, für Landtechnik sowie für Fischerei, aber auch die drei selbstständigen Versuchsgüter-Verwaltungen Achselshwang, Grub und Freising wurden damals in zehn LfL-Instituten zusammengefasst.

Hauptstandorte Freising und Grub-Poing

Die beiden Hauptstandorte der LfL sind bis heute Freising und Grub-Poing. Es gibt zudem diverse Zweigstellen – unter anderem in Ruhstorf an der Rott

nahe Pocking in Niederbayern. An der Spitze der Landesanstalt steht seit Ende 2020 als Präsident Stephan Sedlmayer.

Transformationsprozess

„Die Landwirtschaft steckt mitten in einem enormen Transformationsprozess. Auch die Folgen des Klimawandels mit häufigeren Trockenperioden zeigen uns, dass Veränderungen notwendig sind, um als Landwirte weiterhin erfolgreich arbeiten zu können. Damit das gelingt und um bestenfalls sogar von den rasanten Entwicklungen profitieren zu können, braucht es breitgefächertes Wissen, Orientierung, Beratung und Erfahrungsaustausch. All das bietet die LfL an den unterschiedlichen Standorten“, so Ministerin Kaniber. In Kooperation mit Betrieben und anderen Organisationen, aber auch durch die Zusammenarbeit am Agrarcampus Weihenstephan und durch Projekte im Stall und auf den Feldern entstünden an der LfL Wissen und Lösungswege nah dran an der Praxis. „Damit leistet die Landesanstalt bereits seit 20 Jahren einen wesentlichen Beitrag dafür, dass Bayern auch Taktgeber einer zukunftsgerichteten nachhaltigen Agrarpolitik ist und bleiben kann.“ □



Festabend anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der LfL. V.l.: Stephan Sedlmayer (LfL-Präsident), Dr. Annette Freibauer (LfL-Vizepräsidentin), Josef Miller (StM a. D.), Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber sowie Jakob Opperer (LfL-Präsident a. D.).

Bild: Judith Schmidhuber / StMELF

Difu-Studie:

Kommunale Halbzeitbilanz Agenda 2030

Die vor rund acht Jahren verabschiedete Agenda 2030 der Vereinten Nationen bildet den globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung. Aus den Kernbotschaften Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft wurden 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) entwickelt, deren Einhaltung wichtig für den Erfolg sind. Wie weit die Kommunen hierzulande bei der Umsetzung der Agenda 2030 sind, zeigt eine Studie, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erarbeitet hat. Vorgestellt wurde die Halbzeitbilanz im Rahmen des Kommunalkongresses 2023 „Nachhaltigkeit aktiv gestalten – die Kommunen gehen voran“ in Potsdam.

Grundsätzlich spielen die Kommunen eine entscheidende Rolle für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele. Die Ergebnisse der Halbzeitbilanz zeigen, dass sie bei der Umsetzung einzelner Nachhaltigkeitsziele zwar Fortschritte gemacht haben, aber noch nicht am Ziel sind.

Kommunen müssen deutlich schneller werden

Eine erhebliche Weiterentwicklung ist in den Bereichen Armutsbekämpfung, bezahlbare und saubere Energie, menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, Industrie, Innovation und Infrastruktur sowie Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen festzustellen. Zudem messen die Kommunen den Zielen hochwertige Bildung, bezahlbare und saubere Energie sowie Maßnahmen zum Klimaschutz besonders hohe Relevanz bei.

Allerdings müssen die Kommunen deutlich schneller werden, um die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu

erreichen, da die Zeit drängt. Die Difu-Untersuchung identifiziert jedoch auch negative Langzeitrends wie Schulabbrecherquoten und eine übermäßige Flächeninanspruchnahme. Daher schlägt das Difu-Forschungsteam konkrete Maßnahmen vor, um die Nachhaltigkeitsziele in den Kommunen schneller zu erreichen. Dazu zählen eine Ressourcenwende für mehr Klimaschutz, eine deutliche Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme zur Erhaltung der Biodiversität, sowie eine verstärkte soziale Gesellschaftswende.

Nachhaltige Entwicklung

Auch die Kommunen bewerten das Thema nachhaltige Entwicklung als sehr wichtig, sind jedoch laut Studie selbst unzufrieden mit den Fortschritten der vergangenen Jahre. In ihrem Zwischenfazit weisen die Spitzenverbände darauf hin, dass allein das Bemühen um Nachhaltigkeit vielfach nicht hinreichend sein werde. Hinzutreten

müsse ein stärkeres Bewusstsein für die begrenzten natürlichen Ressourcen, für den Klimawandel und den drohenden Artenverlust sowie entsprechende Wechselwirkungen. Bund, Länder und Kommunen müssten Rahmenbedingungen, Anreize und Impulse setzen für ein ressourcenschonendes Leben und den Erhalt der Lebensqualität.

Herausfordernde Rahmenbedingungen

„Die Rahmenbedingungen sind für alle Ebenen eine enorme Herausforderung“, so Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und DStGB. Die Flächenneuinanspruchnahme und der Ressourcenverbrauch und die dabei entstehenden Emissionen belasteten die Umwelt, hohe Schulden gefährdeten die Fähigkeit zum sozialen Ausgleich und Zukunftsinvestitionen. Damit müsse das Thema Kreislaufwirtschaft höchste Priorität für die (regionale und kommunale) Wirtschaftspolitik erhalten.

Nachhaltiges Bauen

Als weiterer Schwerpunkt wird „die forcierte Förderung des nachhaltigen Bauens und der Modernisierung im Bestand sowie die Nachverdichtung im Innenbereich statt Flächeninanspruchnahme im Außenbereich“ identifiziert. Zugleich müsse der Erhalt von Grün-

Freiflächen in den verdichteten Räumen noch stärker in den Fokus rücken. Wichtig sei dabei die Orientierung nicht primär an quantitativen, sondern an qualitativen Kriterien.

Vielfältig nutzbare Grün- und Freiflächen im Innen- und Außenbereich seien für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Hitze- und Starkregenvorsorge), den Erhalt der Biodiversität (v.a. Biotopverbund) ebenso wie für die Lebensqualität in den Kommunen von großer Bedeutung. Insofern brauche es eine Ausweitung hochwertiger Grün- und Freiflächen. Hierzu sollten planungsrechtliche Instrumente verstärkt eingesetzt werden. Hilfreich sei hierfür auch eine Fortschreibung der SDG-Unterziele sowie der zu ihrer Messung erforderlichen Indikatoren.

Globale Gerechtigkeit

Immer drängender werden aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände auch Fragen der

globalen Gerechtigkeit. Trotz positiver Entwicklungen müsse das Engagement auf allen Ebenen und in allen Landesteilen gleichermaßen weiter ausgebaut werden, um tatsächlich zu gewährleisten, dass niemand zurückgelassen wird. „Der demografische Wandel mit seinen komplexen Auswirkungen zwingt uns dazu, alle Potenziale, die in der Gesellschaft vorhanden sind, auf ihrem jeweiligen Niveau zu fördern. Dies betrifft vor allem die weitere Stärkung von Bildungsangeboten und wichtige Ausweitung der Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, Älteren sowie Menschen mit Handicap oder Migrationshintergrund“, heißt es.

Angesichts dieser großen Herausforderungen und der Kürze der verbleibenden Zeit bestehe eine hohe Dringlichkeit, die Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene voranzutreiben. Dabei sollten Kommunen schon jetzt in die Gestaltung der Post-Agenda 2030 einbezogen werden. **DK**

KOMMUNALE 2023:

Gemeinsam gestalten wir Zukunft

Schon jetzt verzeichnet die KOMMUNALE 2023, die vom 18. bis 19. Oktober 2023 in den Nürnberger Messehallen stattfindet, einen Rekord: Die Standflächen sind ausgebucht. Deutschlands größte Fachmesse für den kommunalen Bedarf zeigt Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Beschaffungsentscheidenden die Zukunftstrends in Landkreisen, Städten und Gemeinden. Mit dem Transformationsthema Digitalisierung setzt sie einen wichtigen Schwerpunkt und stellt die zukunftsfähige Entwicklung von Kommunen noch gezielter in den Fokus. Das neue Kooperationsprojekt der KOMMUNALE und KommDigitale schafft ein erweitertes Spielfeld für kommunale Themen – und das ab sofort jedes Jahr. Der Ticketshop für interessierte Fachbesucherinnen und -besucher ist ab sofort online: www.kommunale.de/de/besucher/tickets **DK**

Bürgerbegehrensbericht 2023:

Bayern ist Spitzenreiter bei direkter Demokratie

Knapp 40 Prozent aller direktdemokratischen Verfahren bundesweit fanden 2022 in Bayern statt. Damit ist der Freistaat unangefochtenen Spitzenreiter, wie der vom Verein Mehr Demokratie veröffentlichte Bürgerbegehrensbericht 2023 ausweist. Der alle zwei Jahre erscheinende Report wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung an der Bergischen Universität Wuppertal erstellt.

Obwohl besonders der Beginn des vergangenen Jahres noch von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt und dadurch das Sammeln von Unterschriften eingeschränkt war, haben die Bürger in Bayern 94 direkt demokratische Verfahren neu eingeleitet. Diese setzten sich laut Bericht aus 64 Bürgerbegehren und 30 Ratsbegehren zusammen.

Insgesamt fanden seit Einführung von Bürger- und Ratsbegehren im Jahr 1995 in Bayern 3.485 direktdemokratische Verfahren statt, darunter 2.805 Bürgerbegehren und 680 Ratsbegehren. Seit 1995 kam es zudem zu 2.161 Bürgerentscheiden im Freistaat.

Laut Andrea Beck vom Landesvorstand Mehr Demokratie Bayern „lässt sich die hohe Anzahl an direktdemokratischen Verfahren mit den guten Regelungen für Bürgerbe-

gehren und Bürgerentscheide im Freistaat erklären. Es gibt kaum kommunale Themen, die nicht Gegenstand eines Bürgerbegehrens werden können. Außerdem herrschen in Bayern moderate Quoren, was die Zulässigkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden erleichtert.“

Die Orte mit den meisten direktdemokratischen Verfahren sind Augsburg (37 Verfahren), München (35) und Landshut (25). Die häufigsten Bürgerentscheide fanden deutschlandweit in Landsberg am Lech statt (16).

Inhaltlich zeigte sich im Freistaat ein klarer Fokus bei den direktdemokratischen Verfahren auf den Klimaschutz, hieß es weiter. Zwischen 2013 und 2022 fanden den Angaben zufolge 153 klimabezogene Verfahren statt, das sind 13,1 Prozent aller direktdemokratischen Verfahren in Bayern in dem Zeitraum.

Anders als vielfach behauptet belege die Auswertung nicht, dass die direktdemokratischen Verfahren genutzt würden, um den Klimaschutz auszubremsen: 67,3 Prozent (103) hatten eine positive Zielrichtung, nur 32 Prozent (49) eine bremsende. Die meisten Verfahren bezogen sich auf Windräder (37) Mobilität und Verkehr (27), Photovoltaik-Freiflächen (25) sowie Fuß- und Radentscheide (11). **DK**

Flüchtlingshilfe auf Rang eins ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Unverändert weit oben auf der Agenda der aktuell und auch künftig wichtigsten Handlungsfelder bleibt die Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Dies korrespondiert mit dem seit Jahren von den Kommunen formulierten Wunsch, dass für diese große Aufgabe bessere Rahmenbedingungen vor allem durch den Bund geschaffen werden, um den Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt besser begegnen zu können.

Wieder mehr Sorge bereitet den Kommunen ihre Finanzsituation, nachdem sich das Problem in den vergangenen Jahren etwas entspannt zu haben schien. Die Situation der Kommunalfinanzen ist im Jahr 2023 das viertwichtigste Thema bei den aktuellen Herausforderungen (37 Prozent). „Hier spielen sicher auch die zusätzlichen Kosten durch die Unterbringung der Geflüchteten eine Rolle. Auch für die Zukunft wird das Finanzthema dieses Mal stärker problematisiert als in den Vorjahren. Es wird von mehr als einem Drittel der Stadtspitzen als eines der künftig wichtigsten Handlungsfelder genannt“, heißt es.

Weniger Interesse an Stadtentwicklung

Dagegen verliert das Thema Stadtentwicklung bei den aktuell und den zukünftig wichtigsten Handlungsfeldern mit nur noch 15 bzw. 12 Prozent der Oberbürgermeister, die das Thema nennen, gegenüber den beiden Vorjahren deutlich an Bedeutung. „Das hat vermutlich damit zu tun, dass die Verunsicherung darüber, was die Corona-Pandemie für die Entwicklung der Innenstädte bedeutet, gewichen ist. Sicher haben auch die verschiedenen Förderprogramme von Bund und Ländern zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie in den In-

nenstädten Impulse und finanzielle Unterstützung gegeben. Allerdings ist die Transformation der Innenstädte eine Daueraufgabe, die nicht unterschätzt werden sollte, wie aktuell die erneute Welle der Schließung von Warenhäusern und die gegenwärtig allort geführten Diskussionen um die Gestaltung von attraktiven und zukunftsfähigen Innenstädten zeigen.“

Überraschend ist laut Difu, dass das Zukunftsthema Digitalisierung stark an Bedeutung verloren hat. Während im Jahr 2019 die Digitalisierung für mehr als die Hälfte der Stadtspitzen das mit Abstand wichtigste Handlungsfeld der nächsten Jahre war, in den Folgejahren auch immer noch für deutlich mehr als ein Drittel, sind es in der aktuellen Befragung nur noch 16 Prozent.

Fortschritte bei der Digitalisierung

„Eine Erklärung könnte sein, dass die Kommunen inzwischen große Fortschritte bei der Digitalisierung erzielt haben, so dass die Herausforderungen in der Zukunft nicht mehr als so groß angesehen werden. Auch von Bund oder Ländern wird – im Gegensatz zu den vergangenen Jahren – keine besondere Unterstützung im Handlungsfeld Digitalisierung mehr eingefordert. Dazu kann die Corona-Pandemie beigetragen haben, die die Städte – wie viele andere Teile der Gesellschaft – dazu gezwungen hat, digitale Lösungen zu erarbeiten, beschleunigt bereitzustellen und umzusetzen. Allerdings thematisieren die Kommunen weiterhin einen hohen Investitionsbedarf für die Digitalisierung als sehr große oder große Herausforderung.“

Das Thema „Fachkräfte gewinnen und halten“ erreicht bei den kommunalpolitischen The-

men mit zunehmender Bedeutung mit 20 Prozent zwar den höchsten Wert seit Bestehen des OB-Barometers, gehört aber nicht zu den aktuell wichtigsten Handlungsfeldern in der Wahrnehmung der Stadtspitzen. Dies steht in deutlichem Widerspruch zur aktuellen Diskussion zum Arbeitsmarkt, die vom Fachkräftemangel und seinen Konsequenzen dominiert wird.

„Angesichts der Beschäftigtenentwicklung in Deutschland und der bereits bestehenden Probleme in bestimmten Bereichen der Verwaltung, geeignete Beschäftigte zu finden, wird dieses Thema in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen“, prognostiziert Difu. In Konkurrenz zu anderen potenziellen Arbeitgebern müssten Kommunen ihre Anstrengungen intensivieren, um interessante und attraktive Arbeitgeber zu sein.

Bildung und soziale Gerechtigkeit

Nimmt man die Wichtigkeit, die dem Thema in vielen Diskussionen eingeräumt wird, als Maßstab, scheint das Thema Bildung auf den ersten Blick eine erstaunlich geringe Bedeutung zu haben. Bringt man jedoch die Nennungen der Stadtspitzen zu Themen wie frühkindliche Bildung, Schulentwicklung, Inklusion zusammen, gewinnt das Thema zumindest bei den Zukunftsfragen an Bedeutung.

Soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden werden von den Stadtspitzen immer wieder genannt, allerdings schafften es diese Themen bisher nicht auf die vorderen Plätze der dringenden Aufgaben. In diesem Jahr bewerteten jedoch vor allem die Oberbürgermeister ostdeutscher Städte die sozialen Themen als künftig wichtiger werdendes Handlungsfeld, das eine deutlich höhere Aufmerksamkeit benötige. **DK**

Wiedergutmachung von NS-Unrecht

Vereinbarung über ein großangelegtes Projekt zur Digitalisierung historischer Quellen über die Wiedergutmachung von NS-Unrecht

Den Opfern von NS-Unrecht Wiedergutmachung zu leisten oder das wenigstens zu versuchen, gehört zum Grundverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Im Vollzug der Entschädigungs- und Rückerstattungsgesetze entstanden dabei nach 1945 auch in Bayern hunderttausende Akten, die das Grauen der NS-Verbrechen im Einzelfall ebenso dokumentieren wie den Umgang des demokratischen Rechtsstaats mit diesem schweren Erbe.

Um der aus dem NS-Unrecht resultierenden Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland auch über das Ableben der letzten direkt Betroffenen hinaus weiterhin gerecht zu werden, fördert das Bundesministerium der Finanzen in enger Zusammenarbeit mit den Archivverwaltungen des Bundes und der Länder die Einrichtung eines „Themenportals Wiedergutmachung“, um dort einschlägige Archivbestände in digitalisierter Form für Forschung und Öffentlichkeit komfortabel zugänglich zu machen.

Rahmenvereinbarung

Die dazu notwendige Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern wurde am 1. Juni 2022 auf dem Petersberg bei Bonn auch von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns unterzeichnet. Mit der am 19. April 2023 geschlossenen weiterführenden Vereinbarung sichert das Bundesfinanzministerium nun die Finanzierung eines großangelegten Projekts, in dem über ei-

nen Zeitraum von sieben Jahren wichtige Inhalte für das Themenportal aufbereitet werden sollen: Über 52.000 Akten aus den Beständen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Staatsarchivs München werden intensiv erschlossen, digitalisiert und für die spätere Onlineverfügung gemacht. Die Bandbreite reicht dabei von Dokumenten über die Mitwirkung Bayerns an der Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Wiedergutmachung im Nachkriegsdeutschland bis hin zu individuellen Entschädigungs- und Rückerstattungsfällen. Das Vorhaben versteht sich als Pilotprojekt, langfristig soll die gesamte einschlägige Überlieferung der Staatlichen Archive Bayerns auf diese Weise erschlossen werden.

Provenienzforschung fördern

Der Generaldirektor der Staatlichen Archive Dr. Bernhard Grau freut sich über den Abschluss der Vereinbarung: „Das Erschließungs- und Digitalisierungsprojekt wird den Zu-

gang der wissenschaftlichen Forschung zur Wiedergutmachungsforschung erheblich verbessern, die zahlreichen Vorhaben der Provenienzforschung befördern, aber auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Erinnerungskultur leisten.“ Frau Ministerialdirigentin Eva-Maria Meyer, zuständige Unterabteilungsleiterin im Bundesministerium der Finanzen, betont die Bedeutung dieses Schrittes für das gesamte Vorhaben: „Das Themenportal Wiedergutmachung nimmt nun zunehmend Gestalt an. Mit dieser Plattform erhalten die Familien und Nachkommen der Überlebenden in den folgenden Jahrzehnten eine Anlaufstelle für Informationen über das Verfolgungsschicksal ihrer Angehörigen, und auch darüber, was nach 1945 im Austausch mit deutschen Behörden geschah.“

Darüber hinaus wird das Themenportal sowohl für Forschung und Wissenschaft, Bildungsprojekte, aber auch für die internationale Vernetzung mit unseren Partnern von großem Nutzen sein.“

Das Themenportal Wiedergutmachung, in dem die bayerischen Bestände künftig zugänglich sein sollen, ist online erreichbar unter: <https://www.archivportal-d.de/themenportale/wiedergutmachung>. **DK**



Deutsche
Glasfaser

STANDARD IST MAN NICHT. STANDARDS SETZT MAN.



Sie möchten den Glasfaser-Ausbau in Ihrer Region vorantreiben? Dann setzen Sie auf einen Partner, der **seit über 10 Jahren** als Pionier der Branche tätig ist. **1,7 Millionen** verlegte Glasfaser-Anschlüsse im minimalinvasiven Ausbaurverfahren sind die Basis des **DIN-Entwurfs 18220** – und sollen damit bald zum Branchenstandard werden. Ihre Kommune profitiert schon heute davon. Werden Sie mit uns zum Schrittmacher der Digitalisierung in Ihrer Region: deutsche-glasfaser.de/kommunen

Gemeinsam Großes gestalten.



Glasfaser für Lauingen a. d. Donau

Die Deutsche Telekom wird eigenwirtschaftlich in der Stadt Lauingen, sowie den Ortsteilen Faimingen, Veitriedhausen und Frauenriedhausen ein Glasfasernetz für 6.155 Haushalte in den Jahren 2025-2026 ausbauen. Dabei werden mehr als 85 Kilometer Glasfaserkabel bis in die Häuser verlegt und 65 neue Netzverteiler aufgestellt. Hierzu wurde jetzt eine gemeinsame Erklärung zwischen der Stadt Lauingen und der Telekom Deutschland GmbH unterzeichnet.

Der Glasfaserhausanschluss ist für die Eigentümer kostenfrei. Das neue Netz ermöglicht Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (Gbit/s).



Andreas Schnelle (Telekom Deutschland GmbH) und Katja Müller (1. Bürgermeisterin Stadt Lauingen).

Bild: Antje Kling (Stadt Lauingen)

Lauingens Erste Bürgermeisterin Katja Müller zeigt sich erfreut über den eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau der Telekom und hebt die Bedeutung von

sowohl schnellen als auch stabilen Internetverbindungen hervor: „Glasfaser ist die Technologie, mit der die zukünftig benötigten Datenmengen ohne Probleme transportiert werden können. Ein Glasfaseranschluss in der eigenen Wohnung, im eigenen Haus oder im eigenen Betrieb ist in der heutigen Zeit genauso wichtig wie ein Anschluss an Strom, Wasser oder Gas. Und natürlich stärken wir die heimische Wirtschaft dadurch ebenfalls und sind für die digitale Zukunft gerüstet.“

„Die Anwohner im Ausbaubereich von Lauingen und den Ortsteilen Faimingen, Veitriedhausen und Frauenriedhausen haben jetzt die Chance auf einen Glasfaseranschluss. Ein wichtiger Punkt dabei: Er kommt nicht von allein. Dafür brauchen wir das Einverständnis der Grundstückseigentümer. Denn um den Glasfaseranschluss zu legen, müssen wir privaten Grund betreten“, so Andreas Schnelle, Regionalmanager der Telekom. □

Kooperationsvertrag zum Glasfaserausbau in Aschau am Inn

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen LEONET wird Aschau am Inn im Landkreis Mühldorf mit gigabitfähiger Glasfaser versorgen. Dazu haben Bürgermeister Christian Weyrich und LEONET Geschäftsführer Martin Naber im Rathaus einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Insgesamt wird auf einer Länge von 29 Kilometern eine Trasse für Glasfaserkabel gegraben, über die LEONET künftig Internetanschlüsse mit einer Download-Geschwindigkeit von 1.000 Mbit/s bereitstellen kann – bei Bedarf auch mehr.

Die errechnete Wirtschaftlichkeitslücke des Projektes fördert der Freistaat mit seiner Gigabitrichtlinie. Das Netz soll fast 500 Haushalte in der 3.400-Einwohner-Gemeinde versorgen können. Für die nutznießenden Eigentümer ist der Hausanschluss kostenlos, sie müssen nur die Bauarbeiten auf ihrem Grundstück gestatten. Die Bauarbeiten sollen laut Vertrag im Herbst 2024 abgeschlossen sein. Verantwortlich für den Tiefbau wird ein Unternehmen aus der Region sein.

Bei Bürgermeister Christian Weyrich und seiner Verwaltung stößt das Projekt auf viel Wohlwollen. Der Bürgermeister verweist auf die bisher gut verlaufende Zusammenarbeit. Wey-

rich sagt: „Wir sind froh, mit der Leonet einen seriösen Partner für den geförderten Ausbau eines zukunftssicheren Glasfasernetzes gefunden zu haben.“

Die Gemeinde wird Leonet bei der anstehenden Vorvermarktung nach ihren Möglichkeiten unterstützen. „Ich kann nur jedem empfehlen, sich wenigstens einen Hausanschluss legen zu lassen“, sagt der Bürgermeister.

Leonet plant darüber hinaus einen eigenwirtschaftlich finanzierten Glasfaserausbau fast aller übrigen Gebiete der Gemeinde. Leonet-Geschäftsführer Martin Naber sagt: „Wir sind an der nachhaltigen und raschen Versorgung von Aschau am Inn mit Glasfaser interessiert.“ □

Siegel für Kommunale IT-Sicherheit verlängert

Der Markt Ergolding konnte 2023 sein Siegel für Kommunale IT-Sicherheit wieder erfolgreich verlängern. Erster Bürgermeister Andreas Strauß nahm es stellvertretend für die Gemeinde entgegen.

Das 2021 eingeführte Informationssicherheits- und Datenschutzkonzept der Firma Actago GmbH hat sich in den letzten Jahren als sehr erfolgreich bewährt, und wird in Zusammenarbeit mit Michael Staudacher, von Actago und Michael Wissinger, IT-Administrator Markt Ergolding, stetig weiterentwickelt und verbessert.

„Inzwischen hat sich im Bereich Datenschutz und Informationssicherheit, eine erfolgreiche Routine eingespielt, die von allen Mitarbeitern positiv angenommen wurde“, so Michael Wissinger, IT-Administrator Markt Ergolding. Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik bestätigt mit dem Siegel, dass

der Markt Ergolding erfolgreich ein gesetzeskonformes Informationssicherheitskonzept eingeführt hat, zum Schutz der gemeinsam gespeicherten Daten, der Bürger, Mitarbeiter und Unternehmen.

Im Besonderen ist hervorzuheben, dass das Informationssicherheitskonzept nicht nur das Rathaus umfasst, sondern auch viele weitere Einrichtungen der Marktgemeinde z.B., den Bauhof, die Bücherei, die Horte Ergolding und Piflas, die Kindertagesstätten Am Bründl, Kleine Strolche und Wurzelstübchen, als auch die Kinderkrippe Lindenbäumchen sowie die VHS-Außenstelle Ergolding. □



V.l. sitzend: Bürgermeister Rudolf Schopper (Püchersreuth), Bürgermeister Markus Ludwig (Störnstein), Rainer Spiegel (Telekom). Hinten stehend: Eduard Maier (Breitbandberatung Bayern).

Bild: Telekom

Schnelles Internet für Püchersreuth und Störnstein

Telekom erhält Zuschlag für Netzausbau

Die Telekom hat die öffentliche Ausschreibung für den Internet-Ausbau in Püchersreuth und Störnstein mit der Ortsteilen Ilsenbach, Kotzenbach, Lanz, Mitteldorf, Pfaffenreuth, Oberndorf, Rastenhof und Wurz gewonnen. Ab Fertigstellung können rund 430 Haushalte Anschlüsse mit einem Tempo von bis zu 1 Gbit/s nutzen. Die Gemeinden Püchersreuth und Störnstein und die Telekom haben dazu jetzt einen Vertrag unterschrieben.

Die Telekom wird rund 95 Kilometer Glasfaser verlegen und sieben Verteiler aufstellen. Das neue Netz ist so leistungsfähig, dass Arbeiten und Lernen zuhause, Video-Konferenzen, Surfen und Streamen gleichzeitig möglich sind.

Starker Partner

„Die Ansprüche der Bürger an ihren Internet-Anschluss steigen ständig. Bandbreite ist heute so wichtig wie Gas, Wasser und Strom“, betont Markus Ludwig, Bürgermeister von Störnstein. „Wir haben mit der Telekom einen starken Partner an unserer Seite. So sichern sich unsere Gemeinden einen digitalen Standortvorteil und wird als Wohn- und Arbeitsplatz noch attraktiver“, ergänzt Rudolf Schop-

per, Bürgermeister von Püchersreuth.

„Wir danken den Gemeinden Püchersreuth und Störnstein für das Vertrauen und setzen die Projekte zügig um“, sagt Rainer Spiegel, Regionalmanager der Deutschen Telekom. „Das Bauen und Betreiben von Netzen ist die Kernkompetenz der Telekom.“

Die Telekom steigt nun in die Feinplanung für den Ausbau ein. Als Erstes wird eine Tiefbau-Firma ausgewählt und Material bestellt. Parallel dazu werden Baugenehmigungen eingeholt. Sobald alle Leitungen verlegt und alle Verteiler aufgestellt sind, erfolgt die Anbindung ans Netz der Telekom. Anschließend können die Kunden die neuen Anschlüsse buchen. □

Landkreis Rottal-Inn:

Eröffnung des grenzüberschreitenden Gründerzentrums GreG

Aiwanger: „Digitalisierung und Existenzgründung auch im ländlichen Raum!“

In Pfarrkirchen wurden die neuen Räumlichkeiten des digitalen Gründerzentrums GreG Rottal-Inn offiziell eröffnet. GreG steht für grenzüberschreitendes Gründerzentrum und gestaltet mit dem im März eingeweihten Standort in Freyung-Grafenau ein lebendiges Gründer-Ökosystem in Niederbayern, Österreich und Tschechien.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwwanger bei der Eröffnung: „Wir wollen Digitalisierung und Gründung auch im ländlichen Raum. Unser Erfolgsrezept für Start-ups besteht aus kurzen Wegen, Gründungsexpertise, digitaler Kompetenz und einem starken Netzwerk. Mittlerweile beheimatet das Gründerland Bayern 19 digitale Gründerzentren an 28 Standorten. Diese Strategie zahlt sich aus! Bei den pro-Kopf-Gründungen haben wir in München sogar Berlin überholt.“ 2022 wurden laut startuptdetector in München 14,5 Start-ups und in Berlin 13,6 Start-ups pro 100 000 Einwohner gegründet.

„Start-ups treiben unsere heimische Wirtschaft an. Sie sind nicht nur unsere Mittelständler von morgen und sichern wertvolle Arbeitsplätze. Mit inno-

vativen Ideen, zum Beispiel in Schlüsselbereichen wie Künstlicher Intelligenz, setzen sie wichtige Impulse für bestehende Unternehmen“, betont der Minister die Bedeutung des Start-up-Ökosystems für die Region.

Starkes Netzwerk

Für die Infrastruktur erhält das GreG Rottal-Inn eine Förderung von 829.000 Euro. Neben den Räumlichkeiten profitieren Gründerinnen und Gründer vor allem von dem bayernweiten, starken Netzwerk der digitalen Gründerzentren (Förderung 338.000 Euro). Beide GreG-Standorte bilden mit den weiteren digitalen Gründerzentren LINK in Landshut, ITC1 in Deggendorf und INN.KUBATOR in Passau ein starkes niederbayerisches Netzwerk. □

Drei European Digital Innovation Hubs für Bayern

Aiwanger: „Großer Erfolg für Bayern und seinen Mittelstand“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwwanger hat die Entscheidung der EU-Kommission begrüßt, drei European Digital Innovation Hubs (EDIHs) in Bayern aufzubauen. „Das ist ein großer Erfolg für den Freistaat und seinen Mittelstand. Über 4 Mio. Euro EU-Fördergelder gehen zur Unterstützung der digitalen Transformation bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) nach Bayern“, so Aiwwanger.

Nach seinen Worten ist die Digitalisierung eine der großen Herausforderungen. „Hier werden wir jetzt neue, zusätzliche Netzwerke etablieren können, die dem Mittelstand zur Seite stehen.“

1. Niederbayern und Oberpfalz

Der EDIH Digital Innovation Ostbayern (DInO) mit den Partnern TH Deggendorf, OTH Regensburg, R-Tech GmbH und der Bayerischen KI-Agentur konzentriert sich auf die Unterstützung der Digitalisierung der KMUs speziell im ländlichen Raum. Die inhaltlichen Schwerpunkte reichen vom Wissenstransfer zu Themen wie KI, Cybersicherheit über Angebote zu Testplattformen für Unternehmen bis hin zu Kooperationen mit benachbarten europäischen Regionen. Die Vernetzung von Start-ups mit KMUs aus dem Handwerk runden das Hub ideal ab.

2. Metropolregion Nürnberg

Der EDIH DIGICARE mit den Partnern Medical Valley EMN e. V., Forum MedTech Pharma e. V. und Bayern Innovativ zielt darauf ab, die Zeit bis zur Markteinführung von Produkten zu verkürzen. Darüber hinaus bietet das Zentrum unterstützende Dienstleistungen an, die individuell auf die Bedürfnisse von Gesundheitsversorgern sowie Patientinnen und Patienten zugeschnitten sind. Die besonders effiziente Healthcare-Infrastruktur der Region mit starken Partnern aus Versorgung, Industrie und Forschung bietet hierfür optimale Bedingungen.

3. Bayern Innovativ

Mit dem Hub „Digitale Innovationen für die Industrie in Bayern (EDIH-DIBI)“ der Projektpartner Bayern Innovativ GmbH, Fraunhofer IIS in Nürnberg, Digitales Zentrum Schwaben, Fraunhofer IGCV, TH in Augs-

burg sowie appliedAI, fortiss und UnternehmerTUM in München werden vorwiegend kleine und mittlere Industrieunternehmen und Startups unterstützt, um deren Existenz- und Wettbewerbsfähigkeit in Transformationsprozessen der Industrie 4.0 zu steigern.

Zentren mit bewährten Partnern

Aiwanger: „Alle drei Zentren haben bewährte Partner aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und können dadurch eine Schlüsselfunktion einnehmen, um unsere Unternehmen bei der digitalen Transformation erfolgreich zu begleiten. Hier machen sich jetzt auch die Investitionen in der High-Tech Agenda für den Mittelstand bezahlt.“ Zudem erfahren die neuen Netzwerke über Förderungen des Wirtschaftsministeriums oder durch eine Förderung des Wissenschaftsministeriums aus EFRE-Mitteln eine Unterstützung.

Hintergrund: Die EU-Kommission will ein europaweites Netzwerk von europäischen digitalen Innovationszentren (European Digital Innovation Hubs/ EDIHs) als Teil des „Digital Europe Programms“ aufbauen. Ziel ist es, europäische Unternehmen – insbesondere KMUs – bei der digitalen Transformation in den Themenfeldern High Performance Computing, Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Digitalisierungskompetenzen zu unterstützen. Die in die lokale und regionale Wirtschaft eingebetteten EDIHs fungieren dabei als Vermittler und Matchmaker zwischen den Bedürfnissen der Unterstützung suchenden Unternehmen und Institutionen und möglichen Anbietern. □



V.l.: Prof. Dr. Erich Bauer (Vorstandsvorsitzender LUCE Stiftung), Dr. Peter Deml (2. Vorstand Akademie Ostbayern-Böhmen) und Josef Schönhammer (1. Vorsitzender Akademie Ostbayern-Böhmen) unterzeichnen die Absichtserklärung.

Bild: Sebastian Gmeiner, LUCE Stiftung.

KI im Fokus der Zusammenarbeit

Die Lars und Christian Engel (LUCE) Stiftung und die Akademie Ostbayern-Böhmen wollen im Themengebiet der Künstlichen Intelligenz (KI) zusammenwirken. Die Absichtserklärung im Rahmen einer privilegierten Partnerschaft unterschrieben Prof. Dr. Erich Bauer, Vorstandsvorsitzender LUCE Stiftung, und Josef Schönhammer, 1. Vorsitzender der Akademie Ostbayern-Böhmen.

„Wir werden in Zukunft gemeinsam an KI-bezogenen Projekten wie z.B. der DENKWELT Oberpfalz arbeiten und an Use Cases für Anwendungsgebiete der KI forschen“, freut sich Erich Bauer über die Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden fachspezifische Workshops und Veranstaltungen stattfinden.

„Die Akademie Ostbayern-

Böhmen freut auf die Zusammenarbeit mit der LUCE Stiftung. Das Patronat durch die Stiftung ist für die Arbeit der Akademie wichtig und stärkt auch deren Ziele, zu einer Wissens-, Wirtschafts-, und Kulturregion im ostbayerischen Raum beizutragen“, so Josef Schönhammer, 1. Vorsitzender der Akademie Ostbayern-Böhmen. □

Staatsministerin Gerlach:

Rückenwind für die Digitalisierung

Bayern und Schleswig-Holstein bringen die Verwaltungs-Digitalisierung voran: In einer einmaligen Nord-Süd-Kooperation zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in den Kommunen arbeiten die beiden Bundesländer eng zusammen, um das Ausrollen von OZG-Leistungen zu beschleunigen. Dabei kommen modernste Cloud-Technologien zum Einsatz.

Kommunale Verwaltungen können mit Hilfe einer in Schleswig-Holstein entwickelten Software (OZG-Cloud) online gestellte Anträge und Anfragen von Bürgern und Unternehmen besser bündeln und anschließend digital schneller bearbeiten. Dieses System zur besseren Bürgerkommunikation soll künftig auch in Bayern eingesetzt und gemeinsam weiterentwickelt werden. Die OZG-Cloud ist eine cloudbasierte fachunabhängige Infrastrukturkomponente/Plattformlösung, die es ermöglichen soll, alle Schritte - vom Antrag bis zur Genehmigung eines Verwaltungsverfahrens - digital abwickeln zu können. Und das nicht nur von Seiten der Bürger, sondern auch „im Backoffice“ von Seiten der Verwaltung.

Kommunikation mit OZG-Cloud verbessern

Nach den Worten von Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach „müssen wir in Deutschland endlich Schluss machen mit der Zettelwirtschaft. Deshalb ist wichtig, dass wir alle Kräfte bündeln, um die Digitalisierung der Verwaltungen gerade auch in den Kommunen voranzubringen. Mit der OZG-Cloud wollen wir gemeinsam mit Schleswig-Holstein die Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Kommune

verbessern, beispielsweise über die Bayern-ID. So geht moderner Staat.“

Gerlach zufolge „werden wir in Bayern jetzt die bisherigen Funktionen der OZG-Cloud einbinden und dann gemeinsam weitere Anwendungen entwickeln. Dabei sind auch andere Bundesländer als Partner herzlich willkommen. Die Verwaltungsdigitalisierung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die alle betrifft – Bund, Länder und Kommunen: Bayern und Schleswig-Holstein gehen hier gerne voran.“

Verlängerte Nutzung der Elster-Technologie

Als „Sieg der Vernunft“ hat die Ministerin die von der Bundesregierung beschlossene Verlängerung für die Nutzung der Elster-Technologie zur Identifizierung bei digitalen Behördengängen bezeichnet. Mit dem Beschluss können Bürger das sichere und einfache Elster-Verfahren für weitere drei Jahre bis zum 30. Juni 2026 auch für Verwaltungsleistungen außerhalb der Steuer nutzen. Bayern hatte diese Verlängerung mit einem Entschließungsantrag im Bundesrat gefordert, dem andere Bundesländer zugestimmt hatten.

Laut Gerlach ist ein niedrigschwelliger Zugang zur digitalen Verwaltung vonnöten. Behörden-

gänge müssen künftig so schnell und einfach wie Online-Shopping sein. „Dafür brauchen wir eine einfache Möglichkeit, sich digital auszuweisen. Die in Bayern entwickelte Elster-Technologie ist hier eine bewährte Lösung, die vorerst auch weiter genutzt werden kann.“

Erfolgreicher bayerischer Entschließungsantrag

Die Bundesregierung hatte zunächst geplant, die Nutzung von Elster für Verwaltungsleistungen außerhalb der Steuer am 30. Juni 2023 auslaufen zu lassen. Stattdessen sollte nur noch auf den elektronischen Personalausweis (nPA) gesetzt werden. Dieser ist allerdings nur unzureichend akzeptiert. Bayern hatte sich deshalb im März mit einem jetzt erfolgreichen Entschließungsantrag im Bundesrat dafür eingesetzt, dass das Elster-Verfahren für Bürgerkonten bis mindestens Juni 2026 genutzt werden kann. Es solle zumindest als Übergangstechnologie verfügbar bleiben, bis eine breit akzeptierte, praktische Lösung entwickelt ist. Für das bundesweit einheitliche Unternehmenskonto gilt eine fünfjährige Befristung von Elster.

Neues Open Data Portal

Datenmodellen gehört die Zukunft. Wie Gerlach zudem mitteilt, stellt das Bayerische Digitalministerium auf einer frei zugänglichen digitalen Plattform ab sofort Bürgern und Unternehmen kostenlos öffentliche Daten von Staat und Behörden zur Verfügung, die

die Grundlage für neue Services in den Kommunen und innovative Geschäftsmodelle in der Wirtschaft schaffen sollen. Ziel von Open Data Bayern ist, das Portal zur zentralen Plattform für offene Daten der Bayerischen Staatsregierung auszubauen. Öffentliche Daten sollen genutzt werden, um neues Wirtschaftswachstum und wissenschaftliche Forschung zu ermöglichen.

Über 700 Datensätze

Zunächst geht die Plattform mit über 700 Datensätzen online, darunter Geodaten und Daten aus Kommunen. So finden sich dort beispielsweise Standorte bayerischer Brauereigasthöfe, Geodaten von E-Ladestationen in einzelnen Städten und Gemeinden sowie hochauflösende 3D-Modelle bayerischer Schlösser. Weitere Daten sollen sukzessive hinzukommen.

Die Datensätze liegen für die Nutzer frei verfügbar und in bekannten Standardformaten im Portal vor, so dass sie direkt in bestehende Systeme importiert werden können. Dabei werden erstmals Informationen von Staat und Behörden gebündelt, die sonst überall dezentral im Netz verteilt sind.

Das neue Open Data Portal entwickelt das Digitalministerium in Zusammenarbeit mit der von ihr gegründeten Digitalagentur byte. Künftig will diese auch vernetzte Daten darstellen. Das ermöglicht komplexe Analysen und neue Anwendungsfälle. Zum Beispiel können Verkehrsdaten aus Würzburg mit Wetterdaten aus Würzburg kombiniert werden und lassen sich durch die Standardisierung auch weltweit mit anderen Daten etwa aus wissenschaftlichen Bibliotheken verknüpfen. **DK**

Bezirk Unterfranken setzt auf künstliche Intelligenz

Künstliche Intelligenz ist drauf und dran, unsere Arbeitswelt grundlegend zu verändern. Darin sind sich die Fachleute längst einig. Besonders groß dürften die Möglichkeiten von KI in der öffentlichen Verwaltung sein. Seit kurzem verarbeitet beim Bezirk Unterfranken eine KI-gestützte Software einen großen Teil der eingehenden Post. Zuvor hatte „KIRA“ – der Name steht für „Künstliche Intelligenz Registratur Assistenz“ – viel trainiert und viel dazugelernt. Offensichtlich mit großem Erfolg, denn der Echt-Betrieb lief von Anfang an ohne Probleme. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mit ihrem KI-Kollegen zufrieden.

Schon jetzt ist KIRA in der Lage, die Post-Eingänge mehr als 400 verschiedenen Dokumentenbezeichnungen zuzuordnen. Dabei ist sie durchaus lernfähig: je häufiger sie einzelne Dokumente schon einmal gesehen hat, desto sicherer ist sie in ihrer Einschätzung. Wenn sich KIRA einmal unschlüssig ist, stehen nach wie vor Bezirks-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Fleisch und Blut bereit, um dem „Kollegen Computer“ unter die Arme zu greifen.

Neue technische Möglichkeiten

KIRA erkennt das Datum des Poststempels und setzt dieses als Dokumentendatum ein, sie sortiert leere Seiten aus und ordnet einzelne Dokumente direkt bestimmten Kategorien zu. Zahlreiche Dokumente werden automatisch mit einem Suchbegriff versehen, um das spätere Wiederfinden zu erleichtern. Bei diffizilen Nachrichten an den Bezirk werden automatisch die dafür zuständigen leitenden Bezirks-Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen verständigt. Das gilt zum Beispiel bei Widersprüchen

zu Bescheiden oder Rechtsstreitigkeiten.

Begeistert von den neuen technologischen Möglichkeiten sind nicht zuletzt Bezirks-Direktor Dr. Gernot Janke und Bezirksstagspräsident Erwin Dotzel. „Wenn alles nach Plan läuft, sollte KIRA nach einer entsprechenden Anlernphase von etwa einem halben Jahr 75 bis 90 Prozent der eingehenden Poststücke selbstständig verarbeiten“, betonte Dr. Janke bei der KIRA-Inbetriebnahme. „Wenn KIRA ihren Job gut macht, wollen wir sie auch für andere Arbeiten einsetzen, etwa für die Verteilung zentral eingehender E-Mails sowie das Ausrollen der Software auf weitere Bereiche der Bezirksverwaltung“, ergänzte Dotzel.

In diesem Zusammenhang wies der Bezirkstagspräsident darauf hin, dass Unterfranken als erster Bezirk in Bayern erst vor wenigen Wochen als „Digitales Amt“ ausgezeichnet worden war. Der Bezirk habe die Vorzüge der Digitalisierung bereits frühzeitig erkannt. So habe man zum Beispiel schon vor geraumer Zeit die elektronische Akte eingeführt, betonte Dotzel. **□**



T Erleben, was verbindet.

T GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

Jetzt #dabei sein und mit Glasfaser verbinden

www.telekom.de/glasfaser



Gigabit-Studie von Dialog Consult und VATM:

Beschleunigter Glasfaser-Ausbau

Der Ausbau mit sehr schnellem und stabilem Festnetz-Internet nimmt Fahrt auf. Laut einer Studie von Dialog Consult im Auftrag des Internetbranchenverbands VATM werden deutschlandweit Ende Juni 15,1 Millionen Haushalte über reine Glasfaserkabel verfügen können. Das sind 2,1 Millionen mehr als zu Beginn des Jahres.

„Diese Entwicklung ist erfreulich“, erläuterte VATM-Geschäftsführer Dr. Frederic Ufer. „Wir wissen aber auch, dass die Wettbewerber im Markt vorsichtiger agieren. Gleichzeitig basieren auch Mitte 2023 noch zwei Drittel der von den Kunden genutzten Breitbandanschlüsse auf dem Kupferdoppelader-Anschlussnetz der Telekom Deutschland. Eine durchaus schwierige Gemengelage.“

„Der Glasfaserausbau findet zu einem großen Teil im ländlichen Bereich statt, dort wo es keine anderen gigabitfähigen (HFC-) Netze gibt“, ergänzte Andreas Walter, Geschäftsführer der Dialog Consult GmbH. Insgesamt klettert im ersten Halbjahr 2023 der Anteil der Haushalte und KMU, die einen gigabitfähigen Anschluss beziehen können, um 2,7 Prozentpunkte auf 71,1 Prozent. „Wir sehen auch, dass im städtischen Bereich der Infrastrukturwettbewerb zunimmt. 8,2 Millionen Haushalte können zwischen einem FTTH/H-Netz und einem DOCSIS-Kabelnetz wählen.“

Laut Studie wird im ersten Halbjahr 2023 weiterhin der Löwenanteil der gigabitfähigen Anschlüsse (84 Prozent) von den Wettbewerbern angeboten. Mehr als 92 Prozent der Nutzer beziehen ihren Gigabit-Anschluss von einem Wettbewerbsunternehmen. Ähnlich ist die Entwicklung im FTTH/H-Markt: Rund 8,6 Millionen der Glasfaseranschlüsse wurden und werden von den Wettbewerbern insgesamt bis Ende des ersten Halbjahres 2023 gebaut. Damit entfallen von den verfügbaren FTTH/H-Anschlüssen 57 Prozent auf die Wettbewerber. Betrachtet man den gesamten Breitbandmarkt, kann die Telekom aufgrund der deutlichen Zuwächse im DSL-Markt seit 2020 sogar Marktanteile hinzugewinnen.

Mehr als 25 Prozent der insgesamt 15,1 Millionen Glasfaseranschlüsse werden von den Endkunden genutzt. „Erfreulich hoch ist die Take-up-Rate der Wettbewerber, die mit knapp 34 Prozent deutlich über der Deutschen Telekom von weniger als 14 Prozent liegt“, betonte Walter. Insgesamt habe die Telekom im ersten Halbjahr ihren Glasfaserausbau deutlich gesteigert. Mit einem Zuwachs von 1,2 Millionen Anschlüssen

sei sie allerdings noch weit von dem versprochenen Wachstum von 3 Millionen Anschlüssen im Jahr 2023 entfernt.

Weiterhin ungestillt ist der Hunger nach Datenvolumen. Das über gigabitfähige Anschlüsse erzeugte Datenvolumen pro Anschluss und Monat ist allein im ersten Halbjahr um gut 7 Prozent gewachsen und liegt bei durchschnittlich 411 Gigabyte. „Auch die Nachfrage nach hochbitratigen Anschlüssen nimmt weiter zu“, führte Walter aus. Knapp die Hälfte der Kunden der Wettbewerber fragt Bandbreiten von 250 Mbit/s und mehr nach. „Gerade auch das Produkt ‚Gigabit-Bandbreite‘ ist offensichtlich ‚sexy‘ und übt einen besonderen Reiz auf Kunden aus.“

Im Geschäftskundenmarkt fragen zwei Drittel der Kunden der Wettbewerber Bandbreiten von 250 Mbit/s und mehr nach, bei Bandbreiten von 500 Mbit/s und mehr ist es über ein Drittel.

Spiegelbild der schwierigen Gesamtsituation

„Die Studie ist aber gleichzeitig auch Spiegelbild einer schwierigen Gesamtsituation in Deutschland für ausbauende Unternehmen und Investoren“, stellte Ufer fest. „Steigende Zins- und Baukosten sind Parameter, die den Ausbau erheblich verteuern. Allem voran müssen daher jetzt die politischen Rahmenbedingungen stimmen, sonst geben die Investoren kein Votum mehr.“ Nur bei anhaltend hohen Investitionen in den FTTH/H-Ausbau und ohne einen „Glasfaser-Überbau“, so die Prognose von Dialog Consult, könne das Ziel der Gigabit-Strategie des Bundesdigitalministeriums erfüllt werden, bis Ende 2025 eine FTTH/H-Versorgungsquote von 50 Prozent zu erreichen. Fazit des Geschäftsführers nach einem Jahr Gigabitstrategie: „Wir brauchen eine bessere Förderpriorisierung, eine sinnvolle Verknüpfung zwischen eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau, Stichwort Super-Fast-Lane, und natürlich vor allem ein Gegensteuern bei strategischem Überbau, den Bürgermeister und Wettbewerber gleichermaßen kritisieren.“

„Wenn der Businessplan der Investoren zerstört wird, werden sie sich eben nicht mit den

angekündigten über 50 Milliarden Euro am Glasfaserausbau in unserem Land beteiligen können.“ Dies habe die vom Bundesdigitalministerium beauftragte Studie des WIK eindrucksvoll belegt. „Die Versorgungszahlen der neu angeschlossenen Bürger werden einbrechen“, so Ufer, „wenn wir für diesen Markt die gleichen Wettbewerbsmaßstäbe anlegen wie für den Bau von mehreren Supermärkten oder Bäckereien in einer Ortschaft.“

Komplett-Ausbau und reine Glasfaser im Visier

Die Studienergebnisse zeigten klar, dass es die Wettbewerber sind, die auf Komplett-Ausbau und auf reine Glasfaser setzen. „Bei der Deutschen Telekom sehen wir Handtuchwerfen und möglichst viele Rosinen picken. Diese Rosinenpickerei kann sich nur die Telekom leisten, denn sie allein kann außerhalb solcher kleinen Ausbaugebiete ihre Kunden weiterhin mit Vectoring abspeisen. Als marktmächtiges Unternehmen kann sie ihre Karten hier voll ausspielen.“ Damit

Techniktage 2023 von AKDB und LivingData

Mit rund 500 Teilnehmern, verteilt über drei Tage, waren die Techniktage von AKDB und ihrer Systemhaustochter LivingData dieses Jahr sehr gut besucht. Im Mittelpunkt standen die Themen IT-Outsourcing, Cloud Computing und Internet of Things in bayerischen Kommunen.

Der Fachkräftemangel macht auch vor den IT-Abteilungen bayerischer Kommunen nicht halt. Das war eine der meist gehörten Klagen auf den Techniktage, die mittlerweile zum festen Frühjahrs-Treffen für kommunale IT-Verantwortliche in Bayern geworden sind. Dieses Jahr standen sie unter dem Motto „Mit Sicherheit zu smarten Lösungen“ und fanden in München, Fürth und online statt.

„Es ist bekannt, dass das Management der kommunalen IT immer zeitintensiver wird. Und dass bei immer größeren Nachwuchsproblemen“, so Bernd Schaps, Bereichsleiter Plattform & Cloud Services bei der AKDB. „Hinzu kommen immer öfter massive Cyberattacken, wie erst kürzlich in Potsdam und im Rhein-Pfalz-Kreis.“

Deshalb weckte die Frage, wie öffentliche IT-Dienstleister Kommunen unterstützen können, besonderes Interesse. „Wir verzeichnen einen Anstieg von 65 Prozent gegenüber dem Vor-

entwickle sich Vectoring hinsichtlich der Take-up-Rate zum weiteren Hemmschuh und werde zu einer Fragmentierung des Marktes und der Netze führen. „Genau das können die Bürger und Bürgermeister gerade nicht brauchen: einen hervorragend mit Glasfaser versorgten Markt, aber im Rest der Kommune weiterhin nur Vectoring.“

Eine große Gefahr für den flächendeckenden Ausbau droht Ufer zufolge unter anderem durch das neue Förderkonzept der Bundesregierung. Statt wie versprochen den schnellen eigenwirtschaftlichen Ausbau besser mit dem geförderten zu verzahnen, stehe zu befürchten, dass die Bagger meist für lange Jahre aus dem Dorf rollen, ohne die Anschlüsse gebaut zu haben, die einer Förderung bedürft hätten.

„Der Grund ist so simpel wie überraschend“, führte Ufer aus. „Gerade dort, wo der eigenwirtschaftliche Ausbau gut klappt und nur wenige Anschlüsse in die Förderung müssten, bekommen diese beim neuen ‚Scoring‘ nicht die erforderlichen Punkte, um auf die sogenannte Fast Lane bei der Förderung zu kommen.“ Deutschland brauche eine Super Fast Lane, wenn es nicht immer weiter zurückfallen wolle. DK

jahr bei Anfragen nach Managed Services vonseiten der Kommunen“, so Peter Sedlmayr, Geschäftsführer der LivingData. „Es geht dabei um die Unterstützung der IT-Verantwortlichen in den Kommunen und um die Verlagerung von zeitfressenden Routineaufgaben - etwa das Einspielen von Patches oder Backup und Recovery. Unsere Experten betreuen bei Bedarf sogar die gesamte IT-Sicherheitsinfrastruktur.“

Thema Nachhaltigkeit

Auf den Techniktage ging es auch um das Thema Nachhaltigkeit und wie digitale Lösungen dazu beitragen können. Etwa mithilfe von „KI-veredelten“ Daten in Smart-City-Lösungen und digitalen Zwillingen. „Durch den Einsatz von Internet-of-Things-Lösungen versetzen wir heute Kommunen in die Lage, datenbasiert schnellere Entscheidungen zu treffen“, so Ralf Pichl, Geschäftsführer der roosi GmbH, die Teil der AKDB-Unternehmensgruppe ist. „Das optimiert Prozesse und spart Ressourcen. Die Automatisierung von Vorgängen unterstützt Kommunen angesichts des Fachkräftemangels. Ich denke zum Beispiel an KI-gestützte Kamerasysteme, die Verkehrsflüsse erfassen. Dabei achten wir darauf, dass persönliche Daten nicht gespeichert werden – etwa Nummernschilder oder Gesichter. Die Daten werden anonymisiert an die Smart Data Services weitergeleitet und dann in einem Dashboard visualisiert.“

Wie IT-Verantwortliche ihre Mitarbeitenden für Innovationen begeistern können, verriet der Rennsport-Manager und ehemalige Williams-CEO Jost Capito in seiner Keynote: Nie aufhören zu kommunizieren, laute seine Empfehlung. Und keine Angst vorm Scheitern haben.

Vorträge, Fotos und Downloads von den Techniktage 2023 unter: www.akdb.de/techniktag



Der Technische Geschäftsführer von M-net, Dr. Hermann Rodler, Augsburgs Wirtschaftsreferent Dr. Wolfgang Hübschle und swa Geschäftsführer Alfred Müllner (v.l.) starteten 2022 den Glasfaserausbau von weiteren 4.000 Haushalten in 600 Gebäuden.

Bild: swa/Thomas Hosemann

Stadtwerke Augsburg und M-net:

Erschließung von mehr als 200 weiteren Gebäuden mit Glasfaser

Das Glasfasernetz in Augsburg wird immer dichter. Die Stadtwerke Augsburg (swa) und ihre Telekommunikationstochter M-net haben im vergangenen Jahr über 200 weitere Gebäude an ihr zukunftsicheres Glasfasernetz angeschlossen. 2023 kommen weitere 200 Gebäude hinzu, unter anderem in der Innenstadt, im Bismarckviertel und im Hochfeld. Davon profitieren rund 1.400 Haushalte in den neu erschlossenen Objekten. Nutzerinnen und Nutzer können bei M-net schnelle und stabile Internet-, Telefon- und HD-TV-Anschlüsse mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von bis zu 1 Gigabit pro Sekunde buchen.

2020 begannen die swa und M-net mit der zweiten Stufe des Glasfaserausbau in Augsburg. Seit 2006 hatten die beiden Unternehmen bereits 21.500 private Haushalte und Gewerbeeinheiten im Stadtgebiet über die leistungsstarken Lichtwellenleiter angeschlossen. Im Rahmen der zweiten Stufe kommen nun bis 2027 weitere 16.000 Wohneinheiten hinzu. Mit Abschluss der zweiten Stufe werden also über 37.000 Wohn- und Büroeinheiten in Augsburg über leistungsstarke FTTH/H-Glasfaseranschlüsse mit Geschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (= 1.000 Megabit pro Sekunde) verfügen.

Wo gebaut wird

Im Jahr 2022 wurden neue Glasfaserleitungen über eine Länge von knapp 60 Kilometer in der Innenstadt, im Bismarckviertel und im Hochfeld verlegt. Die Bauarbeiten in diesen Stadtvierteln werden 2023 fortgesetzt. Darüber hinaus beginnen nun auch die Erschließungsarbeiten in Pfersee, Oberhausen und im Antonsviertel.

Der Ausbau findet zunächst in der FTTH-Variante statt (= Fiber-to-the-Building). Dabei werden die Glasfaserkabel bis in die einzelnen Gebäudekeller verlegt.

Über einen optisch-elektrischen Wandler werden die Datensignale dann über die bestehenden Telefonleitungen im Haus in die Wohnungen weitergeleitet. Darüber hinaus bietet M-net den Eigentümern auch einen kostenlosen FTTH-Ausbau (= Fiber-to-the-Home) an. Dabei werden im Haus neue Glasfaserleitungen bis in die einzelnen Wohnungen verlegt. FTTH bietet die leistungsstärksten und schnellsten Anschlüsse, da die durchgängige Übertragung mittels Lichtwellen eine Signalverbreitung ohne technische Qualitätsverluste ermöglicht. Um die künftige Glasfasererschließung zu erleichtern, verlegen die swa vor allem in Neubaugebieten beim Anschluss an Strom oder Fernwärme im Vorfeld zusätzliche Leerrohre. Darin kann später Glasfaser verlegt werden, sobald der Anschluss verfügbar ist.

„Wir liegen im Plan und kommen mit dem Ausbau gut voran“, erklärt swa Geschäftsführer Alfred Müllner. „Mehr denn je ist der Glasfaserausbau heu-

te auch eine Frage der kommunalen Daseinsvorsorge. Es geht also nicht nur darum, ein bisschen schneller surfen zu können, sondern die Infrastruktur und Immobilien unserer Stadt zukunftssicher zu machen“, so Müllner.

Angebote von M-net

Nach dem Aufbau des passiven Glasfasernetzes durch die swa übernimmt Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net die Installation der aktiven Netztechnik und den Netzbetrieb. Kundinnen und Kunden können dann Internetanschlüsse mit Gigabit-Geschwindigkeit buchen und von weiteren Zusatzdiensten profitieren. Speziell für Geschäftskunden stehen noch schnellere Leitungen bereit, darüber hinaus können sie bei M-net smarte Telefonie-, Server- und Vernetzungslösungen buchen. Privatkunden steht unter anderem mit TVplus ein hochwertiger IP-TV-Anschluss mit über 100 Sendern zur Verfügung, von denen viele bereits in HD eingespeist werden. Zusätzlich bietet TVplus zeitversetztes Fernsehen, einen Cloud-Rekorder und zusätzlich spezielle Sprach- und Themenpakete.

„M-net ist seit über 25 Jahren ein verlässlicher und engagierter Anbieter aus der Region für die Region“, sagt Nelson Killius, Sprecher der M-net Geschäftsführung. „So profitieren unsere Kundinnen und Kunden nicht nur von hilfsbereiten Ansprechpartnern vor Ort, sondern können dank der überlegenen Glasfaser-technologie zugleich die schnellsten, sichersten und klimafreundlichsten Internetanschlüsse nutzen, die es derzeit gibt.“

Warum Glasfaser?

Rasante Up- und Downloads, Surfen ohne Wartezeiten beim Seitenaufbau oder unterbrechungsfreies Videostreaming sind nur einige der vielen Vorteile, die ein leistungsfähiger Internetanschluss mit sich bringt. Zukunftssichere Glasfaseranschlüsse bieten hohe und stabile Datenübertragungsgeschwindigkeiten und sind daher besonders für datenintensive Anwendungen geeignet. Darüber hinaus sind Glasfaseranschlüsse besonders energieeffizient und schonen dadurch das Klima. □

M-net

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune.

breitbandausbau@m-net.de



Verleihung des Zertifikates und des Prüfnachweises BSI Grundschutz auf der Bühne des IT-Sicherheitsclusters e.V. beim CISIS12-Kundentag.
Bild: IT-Sicherheitscluster e.V.

Deutsche Glasfaser in Möhrendorf:

Schnelle Ausbaurverfahren beim Glasfaser-Praxistag

Der Baupartner von Deutsche Glasfaser hat bei einem Praxistag Hausanschlüsse in Möhrendorf (Landkreis Erlangen-Höchstadt) den Teilnehmenden aus Politik, Wirtschaft sowie interessierten Anwohnerinnen und Anwohnern moderne Verfahren zum Verlegen der Glasfaserkabel und die professionelle Montage von Hausanschlüssen vorgeführt. Deutsche Glasfaser sorgt auch in Möhrendorf dafür, dass immer mehr Haushalte an das leistungsstarke Glasfaser-Netz der Zukunft angeschlossen werden.

Die rund 50 Teilnehmenden bekamen an drei verschiedenen Baustellen unterschiedliche Phasen der Glasfaserverlegung präsentiert. Vorgeführt wurde unter anderem der Einsatz einer hochleistungsfähigen Fräse. Statt Gehweg und Asphaltdecke großflächig zu öffnen und anschließend auszuheben, wird nur ein schmaler Schlitz in die Oberfläche gefräst. Die Röhre für die Glasfaser werden darin verlegt und der schmale Einschnitt ist schnell wieder verschlossen.

Glasfasertechnologie ist Investition in die Zukunft

Ebenfalls demonstriert wurde der Einsatz einer Erdkracke bei einer Gartenbohrung zur Vorbereitung eines Hausanschlusses. Bei diesem minimalinvasiven Bauverfahren gräbt sich der sogenannte Bodenverdrängungshammer in kürzester Zeit zielgenau unter der Gartenfläche hindurch und bringt das leistungsstarke Glasfaser-Kabel bis an die Hauswand.

In seiner Begrüßungsansprache sagte Albert Füracker, Baye-

rischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat: „Wer in Glasfaser investiert, investiert in die Zukunft – der Freistaat spielt dabei eine Vorreiterrolle! Seit 2014 investieren wir in den flächendeckenden Breitbandausbau mit mehr als 2,1 Milliarden Euro Fördergeldern und damit mehr als jedes andere Bundesland. Die Erfolgsbilanz seit Förderbeginn kann sich sehen lassen: Über 80.000 Kilometer Glasfaserkabel werden verlegt – das ist mehr als zwei Mal um die Erde! Damit sind 98 Prozent der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet versorgt. Die Deutsche Glasfaser ist beim Breitbandausbau wichtiger Partner für Freistaat und Kommunen. Wir freuen uns, dass die Deutsche Glasfaser auf alternative, moderne Verlegeverfahren auch in geringerer Tiefe setzt – das spart Zeit und Kosten. Vielen Dank an alle, die am Ausbau hochmoderner Infrastruktur für Bayern arbeiten!“

Manfred Bachmayer, stellvertretender Landrat des Kreises Erlangen-Höchstadt, sagte: „Der Glasfaserausbau ist ein wichtiger Schritt für die digitale Zukunft un-

seres Landkreises. Durch den stabilen Ausbau in den Kommunen schaffen wir eine zukunftssichere Infrastruktur, die sowohl für Unternehmen als auch für private Haushalte ein entscheidendes Kriterium der Standortwahl ist.“

Bald modernste Technologie im Ort

Thomas Fischer, Bürgermeister der Gemeinde Möhrendorf, freute sich über die positive Perspektive, bald modernste Technologie im Ort zur Verfügung zu haben: „Ich bin sehr glücklich, dass wir die Deutsche Glasfaser zur Gründungszeit für den eigenwirtschaftlichen Ausbau des FTTH-Netzes in der Gemeinde Möhrendorf finden konnten. Eine so große Infrastrukturmaßnahme bedarf sehr vieler Absprachen, damit am Ende alle mit der Umsetzung zufrieden sind. Zum aktuellen Zeitpunkt bin ich mit der Kommunikation sowohl mit Deutsche Glasfaser als auch zu deren ausführenden Firmen sehr zufrieden und bin auch mit der ausgeführten Leistung sehr zufrieden.“

Digitalisierung braucht Glasfaser

Andreas Pfisterer, CEO von Deutsche Glasfaser, richtete den Blick von Möhrendorf auf das gesamte Land: „Digitalisierung braucht Glasfaser. Ohne Digitalisierung gibt es keine langfristig erfolgreiche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Regionen, in ganz Deutschland. Für uns bei Deutsche Glasfaser ist darum klar: Nur mit einem flächendeckenden und sicheren Glasfasernetz kann Deutschland vorankommen. Deutsche Glasfaser hat in Bayern bereits fast 150.000 Haushalte mit Glasfaser erschlossen. Etwa 50.000 weitere Anschlüsse befinden sich derzeit im Bau. Zudem versorgt das Unternehmen in Bayern heute mehr als 130 Kommunen und über 45 Gewerbegebiete.“

Moderne Bauverfahren

Die Experten von Deutsche Glasfaser beantworteten alle Fragen der Anwesenden. In Möhrendorf ist der Netzausbau mit Hilfe moderner Bauverfahren und Verlegung in Glasfasertiefe seit dem Baustart Mitte Juli 2022 gut vorangekommen: 19 von insgesamt 27 Kilometer Tiefbau sind bereits geschafft. Das Ziel von Deutsche Glasfaser ist es, bis September mit dem Tiefbau fertig zu sein. Wären herkömmliche Bauverfahren zum Einsatz gekommen, hätten die Bauarbeiten für die 27 Kilometer doppelt so lange gedauert.

Alle Informationen über Deutsche Glasfaser und die buchbaren Produkte sind außerdem online unter www.deutsche-glasfaser.de verfügbar.

Geförderte Umsetzung der Informationssicherheit

CISIS12 und BSI Grundschutz Kommunalprofil in Kombination

Von Ralf Turban, Mein-Datenschutzberater

Der Markt Burgheim, der Markt Titting und die Stadt Hilpoltstein sind die ersten Verwaltungen, die sich dem Zertifizierungsaudit des Informationssicherheitsmanagements (ISMS) mit der Norm CISIS12 in Kombination mit gleichzeitigem Prüfnachweis des „BSI IT-Grundschutz-Profil: Basis-Absicherung Kommunalverwaltung“ unterzogen haben. CISIS12 ist die aktuelle Version des etablierten ISIS12 und erweitert die Funktionen um die Themen Compliance, Prozesse und Notfallthematiken. Der Name steht für Compliance-Informationssicherheits-Management-System in 12 Schritten.

Die Erlangung des Prüfnachweises für das „BSI IT-Grundschutz-Profil für Kommunalverwaltungen“ erfordert eine Teilmenge der Umsetzungsschritte von CISIS12 und einige wenige weitere Maßnahmen. Damit werden nachgewiesenermaßen die Forderungen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes erfüllt. Ebenso wird gegenüber allen Aufsichtsbehörden, wie dem BayLfD oder dem Prüfer des LRA auf Landkreisebene sowie bei Kommunen ab 5000 Einwohnern dem BKPV, somit die Umsetzung der Informationssicherheits-Anforderungen sicher belegt.

Gemäß den Vorgaben des Bayerischen Digitalisierungsgesetzes (BayDiG) Art. 43 müssen bekanntermaßen alle Bayerischen Behörden bezüglich der Sicherheit der informationstechnischen Systeme angemessene technische und organisatorische Maßnahmen im Sinn von Art. 32 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und Art. 32 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) treffen und die hierzu erforderlichen Informa-

tionssicherheitskonzepte erstellen. Um hier den Bayerischen Verwaltungen unter die Arme zu greifen, hat das BayStMI eine aktuell laufende Fördermaßnahme aufgelegt, die bis zu 80 Prozent der entstehenden Beratungs- / Schulungs- und Zertifizierungskosten erstattet.

Die drei genannten Verwaltungen haben schnell erkannt, dass die Informationssicherheit kein starrer Zustand ist und ständiger Änderung und Aktualisierung unterliegt. Somit wird aus dem geforderten InformationssicherheitsKONZEPT und der ständigen Rechenschaftspflicht der Verwaltungsleitung aus der DSGVO ein InformationssicherheitsMANAGEMENT. Aus der Nachweisbarkeit leitet sich der Anspruch der Verwaltungsleitung der regelmäßigen Überwachung durch einen Dritten (Zertifizierung / Prüfnachweis) ab.

Die Koordination der Bearbeitung der Informationssicherheitskonzeption über alle drei Verwaltungen (Burgheim, Titting und Hilpoltstein) hinweg wurde mit der Fachfirma „Mein-Datenschutzberater“ vorgenommen. „Mein-Datenschutzberater.de“ verfügt nach

langjähriger ISMS-Erfahrung im kommunalen Umfeld über die passende Expertise, um bayerische Verwaltungsstrukturen „im Rahmen der Verhältnismäßigkeit“ auf dem Weg zur geförderten Umsetzung zu begleiten.

Für den Erhalt des Zertifikates mussten bei einem zweitägigen Audit die Umsetzung der 12 Schritte des CISIS12 und die Anforderungen des Prüfnachweises für das „BSI IT-Grundschutz-Profil für Kommunalverwaltungen“ den Auditoren dargestellt werden. Im Rahmen der Umsetzung wurde gemeinsam mit den BeraterInnen von „Mein-Datenschutzberater“ einiges an Dokumentationen, angefangen von der Informationssicherheitsleitlinie, dem IT-Betriebshandbuch sowie Inhalte für die Risikobehandlung gemäß BSI-Gefährdungslagen bis hin zum IT-Notfallhandbuch, erstellt.

Unterstützt wurde die Umsetzung der Informationssicherheit mit dem Programm M24S (www.m24s.info), welches die Einteilung der Tätigkeiten und den strukturierten Aufbau der zu bearbeiteten Punkte passend unterstützt. Die Variabilität des M24S im Hinblick auf die verschiedenen Kommunalstrukturen wurde bei jeder der Zertifizierungen deutlich. So sind z.B. in Burgheim, Titting und der Stadt Hilpoltstein neben den Anforderungen von CISIS12 und des „BSI IT-Grundschutz-Profiles für Kommunalverwaltungen“ auch viele individuelle Themen der Kommunalstrukturen mit eingeflossen.

LEONET.DE



LEONET



GLASFASERAUSBAU UNTER PARTNERN

Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur mit offenem Zugang ist für Kommunen in ländlich geprägten Regionen die Lösung, um zukunftsfest gegenüber den Ballungsräumen attraktiv zu bleiben.

GIGABITFÄHIGES INTERNET FÜR IHRE VERWALTUNG. FÜR IHRE BÜRGER*INNEN. FÜR IHRE UNTERNEHMEN.

Das Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.

Adrian Richter
Leiter Kommunalbetreuung

Tel.: +49 (0)151 18815692

E-Mail: adrian.richter@leonet.de



Zahlen oder nicht zahlen?

Bei Ransomware-Angriffen gibt es kein Pauschalrezept

Angriffe mit Ransomware werden insbesondere im Gesundheitsbereich zum schrecklichen Alltag. Von 2020 bis 2021 stieg die Zahl der Lösegeldpressungen um fast 650 Prozent. Bei der aktuellen Sitzung des eHealth-Hub im Cyber-Sicherheitsrat Deutschland e.V. stand daher der Umgang mit Ransomware im Fokus.

„Wir erleben skrupellose Hacker, die aus persönlicher Profitgier und zum Teil geduldet durch feindlich gesinnte Staaten die kritische Infrastruktur in Deutschland angreifen. Globale Konflikte werden heute auch in der IT-Infrastruktur des örtlichen Stadtkrankenhauses ausgetragen“, beschrieb Hans-Wilhelm Dünn, Präsident des CSR e.V., die aktuelle Lage.

„Krisenmanagement umfasst mehr als ein IT-Notfallkonzept. Die explizite Vorbereitung auf ein Worst-Case-Szenario spart im Zweifel Geld und Nerven“, so Oliver Schneider, Managing Director bei RiskWorkers. „Das Zahlen von Lösegeld kann unter Umständen die bestmögliche Option sein, sollte jedoch niemals ohne professionelle Verhandlungen erfolgen – denn auch kriminelle Hacker haben Schmerzpunkte.“

Jan Arfwedson, Leiter des eHealth-Hub, verwies darauf, dass in vielen Krankenhausgeschäftsführungen das Thema Cybersicherheit noch immer nicht priorisiert wird: „Jedes Krankenhaus braucht ei-

ne Sicherheitsorganisation, die sich dem Thema annimmt, Risiken bewertet und die Umsetzung angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen initiiert und deren wirksame Umsetzung kontrolliert.“ Häufig wird darunter die Funktion des Informationssicherheitsbeauftragten (ISB) verstanden, der der KH-Leitung unterstellt ist und an diese berichtet. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Arbeitshilfe des CSR e.V. „Der Informationssicherheitsbeauftragte im Krankenhaus“.

Der Cyber-Sicherheitsrat Deutschland e.V. wurde im August 2012 von namhaften Persönlichkeiten gegründet. Der in Berlin ansässige Verein ist politisch neutral und berät Unternehmen, Behörden und politische Entscheidungsträger im Bereich Cyber-Sicherheit. Zu den Mitgliedern des Vereins zählen große und mittelständische Unternehmen, Betreiber kritischer Infrastrukturen sowie Bundesländer und Bundesinstitutionen, Experten und politische Entscheider mit Bezug zum Thema Cyber-Sicherheit.

Drei Kommunen auf dem Weg zur Smart City und Smart Region

Der Glasfaserausbau schreitet voran und damit auch die Digitalisierung von Angeboten und Prozessen in Gemeinden und Regionen. Um die digitalen Infrastrukturen sinnvoll und erfolgreich nutzen zu können benötigen Kommunen jedoch individuelle Digitalisierungsstrategien. Viele Kreise, Gemeinden und Städte setzen auf Beteiligungsverfahren wie Bürgerdialoge, um gemeinsam praxisorientierte Ideen für Smart Cities und Smart Regions zu erarbeiten. Hierfür benötigen sie Ressourcen in Form von Zeit, Geld und Personal.

„Für die Strategieentwicklung sind das Projektmanagement und der Einsatz innovativer Methoden entscheidend“, so Claire Piqueret Rose, Leiterin des Teams Smart Regions der atene KOM GmbH. Kommunen sollten kooperieren, um Ressourcen gezielt zu nutzen und Kosten zu teilen. Der Bund bietet Fördermöglichkeiten für den Ausbau der digitalen Infrastruktur, ebenso für den Aufbau von Smart Cities oder Smart Regions. Zusätzlich können externe Berater Kommunen bei ihren Plänen unterstützen. Rose rät Kommunen zu Beginn festzulegen, wer die Digitalisierungsstrategie begleitet und politische Vertreter in den Prozess zu integrieren: „Ihre Unterstützung ist wichtig, um Verwaltung und Bürger bei neuen digitalen Lösungen einzubeziehen. Politischer Rückhalt ist entscheidend für die kooperative Gestaltung der Maßnahmen.“

Smart City Modellprojekt im Ilzer Land

Um die Digitalisierung voranzutreiben, haben sich zum Beispiel elf Gemeinden im bayerischen Ilzer Land zusammengeschlossen. Ihre Digitalisierungsstrategie, die „SmartesLand Strategie“, zielt auf eine integrierte, gemeinwohlorientierte und nachhaltige Regionalentwicklung. Unter dem Motto „Hand in Hand im Ilzer Land: Gemeinsam digital werden und analog bleiben“ nehmen sie kommunale Innovationsfelder in den Blick und erarbeiten gemeinsam mit den Gemeinden, der atene KOM GmbH, Experten vor Ort und der Bevölkerung Lösungen. Das Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen unterstützt sie dabei. In der ländlich geprägten Region im Bayerischen Wald sollen digitale Lösungen die Gemeinschaft vor Ort fördern, z. B. durch

hybride Dorfzentren und die Online-Beteiligungsplattform MITREDEN. Der Gemeindeverbund plant auch den Aufbau eines regionalen Datenraums, um das Potenzial verschiedener Daten aus den Gemeinden zu nutzen.

Mobilitätswende in München

Auch München hat sich ambitionierte Ziele für die Digitalisierung gesetzt und arbeitet parallel an zahlreichen Projekten. So ist die Kommune beispielsweise Teil des Modellprojekts „Smart Cities Smart Regions – Kommunale Digitalisierungsstrategien für Städtebau und Mobilität der Zukunft“ des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Ver-



Claire Piqueret Rose.

Bild: atene KOM GmbH

kehr. Dadurch erhält die Stadtverwaltung Unterstützung bei der Erarbeitung von digitalen Entwicklungskonzepten und kann so die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Digitalisierung einbinden. Auch im Bereich Mobilität der Zukunft setzt München auf die Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern und ist Testfeld für einen Pilotversuch von urbanem automatisiertem Straßenverkehr im Rahmen des Förderprojekts TEMPUS. Die atene KOM GmbH koordiniert und be-

gleitet das Projekt. Ziel der Stadt ist es mit innovativen Projekten wie diesem die Abgasemissionen bis 2025 um 80 Prozent zu reduzieren und den öffentlichen Nahverkehr zu verbessern.

Am Anfang des Weges: Landkreis Meißen

Der sächsische Landkreis Meißen befindet sich dagegen noch am Anfang der Transformation. Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH und im Auftrag des Landratsamtes wird derzeit eine Digitalisierungsstrategie im Rahmen des Modellvorhabens „Smarte.Land. Regionen“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erstellt. Unterstützt werden die Akteure von der atene KOM und dem Daten-Kompetenzzentrum Städte und Regionen. Und auch hier hat die Beteiligung der Bevölkerung und der Akteure vor Ort Priorität: In einem Ideenworkshop wurden Zukunftsbilder der Digitalisierung entwickelt und Ansätze für Daseinsvorsorge, Wirtschaftsförderung und Verwaltung erarbeitet. Der Landkreis nutzt eine Online-Beteiligungsplattform, um weitere Anregungen der Bürger:innen sowie von Expert:innen einzuholen. Für den Erfolg des Prozesses ist es wichtig, den Mehrwert der Digitalisierung deutlich zu machen, um die Akteure und Bürger vor Ort einzubeziehen.

Rose betont: „Insbesondere bei der Entwicklung von Digitalstrategien auf Gemeindeverbund-Ebene ist es zentral eine Akteursanalyse durchzuführen, um alle Gruppen ausgewogen einzubeziehen“. Das Ilzer Land, München und der Landkreis Meißen gehen unterschiedliche Wege, um ihre digitale Infrastruktur zu nutzen. Für wirksame und umsetzbare Maßnahmen werden die Ideen aufeinander abgestimmt und in einem Fahrplan für die digitale Transformation der gesamten Region zusammengeführt. So entsteht eine individuelle Digitalisierungsstrategie, die regionale Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft einbindet und den Weg bereitet für eine nachhaltige Digitalisierung des ganzen Landes. □

Digitaler Bauantrag:

Bayernweit 50 Städte und Landratsämter dabei

Seit 1. Juni dieses Jahres können am Landratsamt Berchtesgadener Land sowie in den Städten Erding, Fürth, Nördlingen und Straubing Bauanträge auch digital eingereicht werden. Damit bieten 50 Städte und Landratsämter in Bayern den digitalen Bauantrag an.

Laut Bauminister Christian Bernreiter läuft bei 47 weiteren der Probetrieb. Zusammen sind das bereits mehr als zwei Drittel aller bayerischen Bauaufsichtsbehörden. Die Erfahrungen seien rundum positiv: „Insgesamt sind an den bislang teilnehmenden Ämtern schon über 6.000 digitale Anträge eingereicht worden.“

Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr ermöglicht es der digitale Bauantrag, Bauanträge über ein Online-Formular direkt beim zuständigen Landratsamt, der kreisfreien Stadt, Großen Kreisstadt oder Delegationsgemeinde einzureichen. Auch die am Computer entworfenen Pläne könnten unmittelbar dem Online-Antrag angehängt werden.

Beim Ausfüllen würden zahlreiche Hilfestellungen gegeben, zum Beispiel auf erforderliche Bauvorlagen hingewiesen. Dadurch würden Bauanträge vollständiger und die Bearbeitungszeiten reduziert. Für die Beratung von Bauherrn oder Planern seien weiterhin die Gemeinden erste Ansprechpartner. Diese würden auch im Genehmigungsprozess miteinbezogen. Außerdem bleibe die bisherige analoge Antragstellung in Papierform möglich.

Wie Digitalministerin Judith Gerlach hervorhob, würden mit diesem zeitgemäßen digitalen Bürgerservice Barrieren für die Antragsteller abgebaut und die Bearbeitung der Anträge modernisiert. Dies sei fortschrittlicher Dienst am Kunden. „Hier ist die kommunale Ebene gefordert, entsprechende Angebote zu machen, so dass hoffentlich bald die Beantragung dieser äußerst wichtigen Leistung in ganz Bayern möglich ist.“ DK

SBR-net Consulting-Studie zum deutschen Mobilfunkmarkt:

Enorme Wettbewerbsdefizite

Mit den Wettbewerbsverhältnissen auf dem deutschen Mobilfunkmarkt hat sich eine aktuelle Studie im Auftrag des Bundesverbandes Breitbandkommunikation (BREKO) und der 1&1 Mobilfunk GmbH befasst. Im Ergebnis stellen die mit der Studie beauftragten Telekommunikationsexperten von SBR-net Consulting dabei erhebliche Wettbewerbsdefizite fest.

Eine große Anzahl von Vertriebspartnern und Submarken erweckt den Anschein von Wettbewerb. Tatsächlich aber gibt es der Studie zufolge kaum Konkurrenz um innovative Dienste und Tarifmodelle. Im 5G-Netz schirmen die etablierten Netzbetreiber Telekom, Vodafone und Telefónica den Wettbewerb besonders restriktiv ab und verzögern das Angebot von 5G-Tarifen als Mobilfunkvorleistung. Wettbewerbern ohne eigenes Mobilfunknetz ist es deshalb nicht möglich, eigene Angebote auf 5G-Basis anzubieten. „Dies geht zu Lasten der Verbraucher, die vielerorts mit der in die Jahre gekommenen 4G-Technologie versorgt werden müssen“, heißt es. Ebenso fehlten den alternativen Glasfasernetzbetreibern, spricht den Wettbewerbern der Telekom, die die maßgeblichen Treiber des Glasfaserausbau in Deutschland sind, marktgerechte Vorleistungsangebote von den etablierten Mobilfunknetzbetreibern, um wettbewerbsfähige Bündelprodukte anzubieten.

Marktbefragung unter 132 Glasfasernetzbetreibern

Eine im Rahmen der Studie erfolgte Marktbefragung unter 132 Glasfasernetzbetreibern zeigt: Rund 90 Prozent sprechen sich für eine MVNO- und Diensteanbieterpflichtung aus, die den marktgerechten Zugang zu Vorleistungen der etablierten Netzbetreiber absichert und erwarten zudem verbesserte Wettbewerbsbedingungen durch den Markteintritt des vierten Netzbetreibers.

Das Auslaufen der aktuellen Frequenzuteilungen in den Bereichen 800 MHz, 1.800 MHz und 2,6 GHz zum 31. Dezember 2025 bietet bis zur übernächsten Frequenzvergabe ab 2034 die letzte Chance, den Wettbewerb auf dem deutschen Mobilfunkmarkt zu beleben. Hier sieht die Studie die Regulie-

rungsbehörde in der Pflicht, wettbewerbsfördernde Bedingungen zu schaffen, um die Weichen für die Zukunft im deutschen Telekommunikationsmarkt zu diesem entscheidenden Zeitpunkt richtig zu stellen – zur Wahrung der Verbraucherinteressen, um Innovationspotenzial auszuschöpfen und den Glasfaserausbau in Deutschland zu unterstützen.

Die derzeitigen Frequenzvergabebedingungen sehen vor, dass ohne das Recht auf faire Angebote die etablierten Mobilfunknetzbetreiber mit anderen Mobilfunk- und Festnetzbetreibern und Mobilfunkdiensteanbietern zu Vorleistungen verhandeln müssen. Dieses Verhandlungsgebot habe sich, so die Untersuchung, als unwirksam erwiesen und müsse durch eine sogenannte MVNO- und Diensteanbieterpflichtung gestärkt werden. Letztere stelle sicher, dass die alternativen Netzbetreiber einen fairen Zugang zu marktgerechten Vorleistungen der etablierten Mobilfunknetzbetreiber erhalten können.

Der Markteintritt des vierten Mobilfunknetzbetreibers könne den Wettbewerb auf allen Ebenen verbessern, sowohl durch das direkte Angebot von Diensten an Endkunden als auch durch das Angebot von Vorleistungen für Diensteanbieter und alternative Netzbetreiber. Da der Neueinsteiger aber erst ein flächendeckendes Netz aufbauen muss, sei neben einem fairen Anteil am Mobilfunkspektrum auch ein diskriminierungsfreies National Roaming inklusive des Zugangs zum Marktstandard 5G erforderlich. Denn nur so könne ein Neueinsteiger in der Aufbauphase seines eigenen Netzes bundesweit wettbewerbsfähige Mobilfunkprodukte anbieten. Und nur unter dieser Voraussetzung sei der vierte Netzbetreiber in der Lage, marktfähige Produkte zur Weitervermarktung bereitzustellen. DK

Die GKDS informiert:

Fünf Jahre DSGVO

Am 25. Mai 2018 trat die DSGVO in Kraft. Große Erwartungen, aber auch Befürchtungen, waren mit ihrer Einführung verbunden. Was hat die DSGVO bewirkt und wie geht es weiter?

Während es vor der DSGVO nur wenige Möglichkeiten gab, Datenschutzverstöße zu sanktionieren, änderte sich das bei ihrer Einführung rapide. Der Bußgeldrahmen wurde drastisch erhöht. Damit sollten vor allem die großen Technologie-Konzerne zu datenschutzgerechtem Verhalten gebracht werden – und die Erwartungen an eine wirksame Sanktionierung erfüllten sich.

Bußgelder greifen

Viele Firmen wurden zur Zahlung von Bußgeldern aufgefordert. Im Januar dieses Jahres verlangte die französische Aufsichtsbehörde CNIL (Commission Nationale de l'Informatique et des Libertés) 5 Mio Euro von den Betreibern der Social-Media-Plattform TikTok. Der Grund: datensammelnde Cookies konnten zwar mit einem Klick akzeptiert werden, ihre Ablehnung war aber für die Nutzerinnen und Nutzer sehr schwierig durchzuführen. Außerdem verhängte die irische Datenschutzbehörde DPC (Data Protection Commission) gegen den Konzern Meta, ehemals Facebook, ein Bußgeld in Höhe von 1,2 Milliarden Euro wegen unzulässiger Datenübermittlungen in die USA.

Die Befürchtung, dass die Einführung der DSGVO eine große Abmahnwelle auslösen würde, trat nicht ein. Ebenso war der bürokratische Aufwand bei der Umsetzung der DSGVO durch Unternehmen, Behörden und Kommunen geringer als erwartet. Denn schnell standen Dienstleister wie die GKDS bereit, die dabei unterstützten.

ePrivacy-Verordnung verzögert sich

Mit der DSGVO sollte auch die ePrivacy-Verordnung zur europaweiten Regelung der elektronischen Kommunikation in Kraft treten und unter anderem Direktwerbung verbieten. Die ePrivacy-Verordnung gibt es immer noch nicht. Die Europäische Union, die EU-Kommission und das Europaparlament haben zwar die Verhandlungen dazu wiederaufgenommen, die Einführung der ePrivacy-Verordnung verzögert sich aber weiter.

Geplante Änderungen zu grenzüberschreitenden Datenverarbeitungen

Inzwischen plant die EU-Kommission einige Änderungen an der DSGVO, die im Wesentlichen die grenzüberschreitenden Datenverarbeitungen betreffen. Nachdem vor allem die irische Aufsichtsbehörde Datenschutzbeschwerden gegen große Technologieunternehmen schleppend bearbeitete, ist nun geplant, verbindliche Bearbeitungsfristen einzuführen. Auch sollen die Beschwerdeverfahren harmonisiert und damit die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Aufsichtsbehörden beschleunigt werden.

Die DSGVO ist fünf Jahre alt geworden und den Kinderschuhen entwachsen. Sie wird akzeptiert, umgesetzt und hat ihren anfänglichen Schrecken längst verloren. □

Personenbezogene Daten auf Weltreise

Prof. Dr. Thomas Petri, Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz, veröffentlicht neue Orientierungshilfe zu Internationalen Datentransfers

Die Welt der Datenschutz-Grundverordnung hat leider Grenzen. Außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums gibt es selten mehr, meistens erheblich weniger Datenschutz.

Gleichwohl nutzen auch bayerische öffentliche Stellen transfereignete Betriebsmittel aus Drittländern, oder sie legen auf andere Weise solche Daten einem Empfänger „von außen“ offen. Die Datenschutz-Grundverordnung möchte personenbezogene Daten aus ihrem Geltungsbereich möglichst auch über dessen Grenzen hinaus schützen und hält dafür ein recht komplexes Regelwerk bereit. Das bereitet nicht nur Verantwortlichen, sondern auch Datenschutz-Aufsichtsbehörden einiges Kopfzerbrechen. Die Diskussion über dieses Regelwerk ist seit einigen Jahren im Fluss und noch nicht an einem Ende angelangt.

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, legt nun eine neue Orientierungshilfe „Internationale Datentransfers“ vor, die den aktuellen Stand der Rechtsentwicklung nachzeichnet und daraus Hinweise für die

Verwaltungspraxis der bayerischen öffentlichen Stellen ableitet. Die nach der „Schrems



Prof. Dr. Thomas Petri. Bild: BayLfD

II“-Entscheidung entstandenen Wegweisungen des Europäischen Datenschutzausschusses sind ebenso berücksichtigt wie

einschlägige Verlautbarungen der Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder sowie der geplante Beschluss nach Art. 45 Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Kommission zu Datentransfers in die USA.

Petri: „Drittlandtransfers sind auch im Alltag der bayerischen Staatsbehörden und Kommunen ein wiederkehrendes Thema, stammen doch die gängigen Produkte für IT-Dienstleistungen oftmals aus dem Nicht-EU-Ausland. Sobald personenbezogene Daten im Spiel sind, führen Drittlandbezüge häufig zu rechtlichen Komplikationen. Verantwortliche sollten gleichwohl nicht ‚den Kopf in den Sand stecken‘, sondern sich den Herausforderungen stellen. Dabei möchte die neue Orientierungshilfe Unterstützung bieten. Auch bei Drittstaatentransfers gilt: Mit genügend Wissen werden viele Probleme beherrschbar.“

Näheres unter <https://www.datenschutz-bayern.de>, Rubrik „Datenschutzreform 2018“. □

Altersvorsorge für weibliche Beschäftigte von Kommunen

Ein Gastbeitrag von Eva Kaiser, Abteilungsleiterin freiwillige Versicherung, BVK Zusatzversorgung

Der Arbeitsplatz Kommune ist mehrheitlich weiblich. Laut dbb – Beamtenbund und Tarifunion sind fast zwei Drittel der gut 1,6 Mio. Beschäftigten bei den deutschen Kommunen weiblich. Um genau zu sein: 62,5 Prozent sind Frauen und 37,5 Prozent Männer. Das Thema, dass Frauen in Deutschland ein deutlich geringeres Alterseinkommen erzielen als Männer, ist deshalb für die kommunalen Arbeitgeber von besonderer Bedeutung.

Ein angemessenes Leben im Alter führen zu können, ist selbstverständlich ein Ziel, das für Männer und Frauen gleichermaßen bedeutend ist. Wie sich zeigt, ist eine zusätzliche Altersversorgung für Frauen aber noch wichtiger als für Männer. Die Frage ist: Wie können die Kommunen ihre weiblichen Beschäftigten darin unterstützen, den Unterschied beim Alterseinkommen zu verringern?

Das ist gar nicht so einfach. Denn es tut sich eine noch deutlichere Lücke in der Altersversorgung der Frauen auf: Die durchschnittliche monatliche gesetzliche Rente lag 2021 für Männer bei rund 1.369 Euro brutto und für Frauen bei rund 909 Euro brutto. Frauen erhielten also rund 34 Prozent weniger Bruttorente. Hiervon gehen noch Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge ab, und sie muss in der Regel auch versteuert werden. Bei der durchschnittlichen Betriebsrente für die kommunalen Beschäftigten der BVK Zusatzversorgung liegt der Unterschied bei ca. 40 Prozent – in absoluten Zahlen erhalten hier die Männer monatlich durchschnittlich 471 Euro brutto und die Frauen 279 Euro brutto.

Auch, wenn staatliche Leistungen einen Teil auffangen können, müssen viele Frauen im Ruhestand einen erheblichen Rückgang ihres Lebensstandards in Kauf nehmen. Gerade deshalb ist es für Mitarbeiterinnen von größter Bedeutung, über die Altersversorgung der ersten Säule hinaus gute Altersvorsorge zu betreiben. Ein Auftrag nicht nur für die weiblichen Beschäftigten, sondern auch für die Personalpolitik der Kommunen.

Der „Care Gap“ wird zum „Pension Gap“

Ursachen für diese Unterschiede gibt es vielfältige, ins Auge sticht ein wiederkehrender Grund: Wer weniger in die Altersversorgung einzahlt, bekommt grundsätzlich auch weniger heraus. So einfach ist es. Erfreulicherweise liegt laut der Bundesagentur für Arbeit die Erwerbstätigenquote der Frauen bei guten 73,1 Prozent (Männer 80,6 Prozent) und nimmt damit Rang 7 in der EU ein. In Teilzeit arbeitet die Hälfte der Arbeitnehmerinnen, jedoch nur 12 Prozent der Arbeitnehmer. Die Unterschiede in der Rentenhöhe ergeben sich insbesondere aus den unterschiedlichen Erwerbsbiographien. In der sog. „Care Arbeit“, also in der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen, engagieren sich typischerweise Frauen stärker. Gemäß dem Statistischen Bundesamt sind rund 40 Prozent der Mütter von Kindern unter drei Jahren erwerbstätig. Bei den Vätern sind es rund 90 Prozent. So ist der Gehaltsunterschied und damit die Einzahlung in die Gesetzliche Rentenversicherung in jüngeren Jahren zwischen Männern und Frauen in gleichen Berufen wenig spürbar, er vergrößert sich im Laufe des Erwerbslebens jedoch enorm und ist im Alter folgenswer.

Die Kommunen leisten bereits heute mit der Betriebsrente durch die Zusatzversorgung einen wichtigen Beitrag zur Altersversorgung ihrer Beschäftigten. Auch beweisen sie sich schon lang als attraktive Arbeitgeber insbesondere für Frauen, etwa mit attraktiven Arbeitszeitmodellen und Angeboten an Plätzen in

kommunalen Kinderbetreuungs-einrichtungen. Damit können sie sich als verantwortungsbewusster Arbeitgeber präsentieren und Vorbildfunktion einnehmen. Weiter können Kommunen auch an dieser Stelle dem Fachkräftemangel begegnen, indem sie es ermöglichen, dass Mitarbeiterinnen ihre Erwerbstätigkeit erhöhen und die stärkere Übernahme von Care Arbeit durch Mitarbeiter selbstverständlicher wird. Das würde nahezu automatisch die Altersvorsorge der Mitarbeiterinnen verbessern.

Die Kommunen können ihre Mitarbeiterinnen unterstützen, ihre Altersversorgung zu verbessern, ja geradezu zu optimieren. Sie können aktive Aufklärungsarbeit leisten und die Mitarbeiterinnen für das Thema sensibilisieren. Sie können durch Informationen helfen, zunächst einmal ein Bewusstsein für das Thema und die Notwendigkeit zusätzlicher eigener Vorsorge zu schaffen. Ein weiterer Schritt besteht darin, Frauen dabei zu unterstützen, tatsächlich zusätzlich etwas für ihre Altersvorsorge tun.

Verwaltungen und Firmen, die sich für die Frauen bei der eigenen Altersvorsorge einsetzen, stärken ihr Image als attraktiver und fürsorgender Arbeitgeber. Kommunale Beamte, Angestellte und Arbeiter leisten hervorragende Arbeit. Sie sollten demzufolge einen Anspruch auf einen gesicherten Ruhestand haben. Indem Arbeitgeber sich über das Normalmaß für die Altersvorsorge ihrer Beschäftigten und im Besonderen ihrer weiblichen Mitarbeiterinnen engagieren, übernehmen sie nicht nur unternehmerische, sondern auch gesellschaftspolitische Verantwortung. Und letztlich zahlt dieses Engagement auch auf das personalpolitische Instrument der Mitarbeitergewinnung und -bindung ein. Gering(er) verdienende Frauen bedürfen besonders einer Unterstützung hinsichtlich der Möglichkeiten zum Aufbau einer zusätzlichen Alterssicherung.

Der Aspekt, dass sich jemand kümmert und auch an ihre Ansprüche denkt, wird sie den Mehrwert eines soliden Arbeitgebers erkennen lassen und ihr Commitment steigern. Es geht den kommunalen Arbeitgebern nicht nur um einen außenwirksamen Imageerfolg, es geht um tatsächliche Fürsorge und Übernahme von Verantwortung. Das schafft nachhaltig Vertrauen. Mit der BVK Zusatzversorgung haben die bayerischen kommunalen Arbeitgeber eine Versorgungseinrichtung an ihrer Seite, die das Thema Altersvorsorge für Frauen schon seit Längerem adressiert.

Die BVK Zusatzversorgung als Partner der Kommunen

Die BVK Zusatzversorgung ist in Sachen Altersvorsorge der wichtigste Partner der bayerischen Kommunen. Sie setzt für deren Beschäftigte die betriebliche Altersversorgung auf der Grundlage des Altersvorsorgetarifvertrag-Kommunal (ATV-K) um. Diesen Partner können die bayerischen Kommunen auch in Sachen zusätzliche Altersvorsorge für Frauen in Anspruch nehmen. Hilfreich ist dabei, dass die tarifvertraglich verankerte freiwillige Versicherung (PlusPunkt-Rente) der BVK Zusatzversorgung in Hinblick auf eine zusätzliche Absicherung (nicht nur) von

Frauen mehrere Vorteile aufweist.

Für viele Versicherte ist beim Vertragsabschluss der Gesichtspunkt der verlässlichen, lebenslangen Altersabsicherung von großer Bedeutung. Unter diesem Gesichtspunkt ist die PlusPunkt-Rente der BVK Zusatzversorgung ein absolutes Premium-Produkt: Sie bietet eine im Marktvergleich kaum zu überbietende garantierte lebenslange Altersrente. Die Versicherten können eigenverantwortlich über die Altersvorsorge entscheiden: Vertragsabschluss, Beitragshöhe und Fördervariante liegen in ihrem Ermessen. Kommunale Arbeitgeber können ihre weiblichen Beschäftigten deshalb guten Gewissens dazu ermutigen, sich eigenständig fürs Alter abzusichern und sich dabei beraten zu lassen.

Fachkundige und neutrale Beratung

Die BVK Zusatzversorgung berät fundiert zur betrieblichen Altersversorgung und deren staatlicher Förderung, darüber hinaus auch zu Fragen zur gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beraterinnen und Berater der BVK Zusatzversorgung agieren in jeder Hinsicht neutral, da sie keine Provisionen für den Abschluss von Verträgen erhalten. Ein Vorteil, den viele unserer Kunden schätzen. Viele Mitglieder der BVK Zusatzversorgung nutzen bereits unsere Angebote. Alle übrigen sind ebenfalls herzlich eingeladen, sich wegen Informationsveranstaltungen und Beratungstagen für ihre Beschäftigten dorthin zu wenden.



In Kooperation mit DATEV eG

ABC Arbeitsplatz Kommune: Grundsteuerreform

Veränderungen für Kommunen in Bezug auf die Digitalisierung

Die Messbescheidaten werden von den Finanzbehörden nun ausschließlich in elektronischer Form via ELSTER-Portal zur Verfügung gestellt. Papierbasierte Prozesse werden damit abgelöst.

Speziell für Kommunen, Kammern, Universitäten, Landschaftsverbände, Banken, Behörden, Anstalten oder Service-Provider steht im ELSTER-Portal das Verfahren ELSTER-Transfer bereit. Darüber lassen sich bestimmte Daten – wie eben die Messbescheidaten für die Grundsteuer – elektronisch mit der Finanzverwaltung austauschen sowie Dokumente in die Postfächer von Anwendern einstellen. Da die Rechenzentren der Partner der Finanzverwaltung bei Datenabholverfahren aber ausschließlich Rohdaten zur Verfügung stellen, bedarf es nun zwingend einer Software, in der diese aufbereitet und weiterverarbeitet werden. Städte und Gemeinden, die im Umfeld der Grundsteuer noch mit papierbehafteten Prozessen gearbeitet haben, sollten sich also schnell ein digitales System für die Bearbeitung ihrer Abgabensinformationen anschaffen.

Geprüfte Datenqualität durch Teilautomatisierung

Ein solches Programm, das den ELSTER-Transfer zuverlässig unterstützt, ist DATEV Kommunale Abgabe. Die elektronisch übermittelten Messbescheidaten lassen sich darin sowohl für die Grundsteuer als auch für die Gewerbesteuer einfach einlesen. Im Zuge des Imports werden neue

Finanzamtsaktenzeichen oder Steuernummern automatisiert im Bestand angelegt und neue Abgaben gebildet. Ist für das importierte Finanzamtsaktenzeichen oder die Steuernummer bereits eine Abgabe im System vorhanden, erzeugt der Import auf Basis des dahinterliegenden Sachverhaltes eine entsprechende Korrekturversion. Die durchgeführten Aktionen werden in einem Ergebnisprotokoll dokumentiert. Sollten sich seitens der Finanzverwaltung Änderungen am Satzaufbau der Importdateien ergeben, werden diese zeitnah in der Importschnittstelle angepasst.

Vor dem ersten Import ist es sinnvoll, die Datenqualität des zuständigen Finanzamtsaktenzeichen- und Steuernummernbestands zu prüfen. Das eindeutige Zuordnungskriterium für die elektronische Verarbeitung ist das Finanzamtsaktenzeichen bzw. die Steuernummer. Ein Import ist nur möglich, wenn diese mit dem Aufbau von den Finanzbehörden geführten Finanzamtsaktenzeichen und Steuernummern übereinstimmen. Im Hinblick auf die Umsetzung der Grundsteuerreform empfiehlt es sich, den Datenbestand zu bereinigen. Zu beachten ist, dass die Finanzamtsaktenzeichen und Steuernummern in den Importdateien rein numerisch übermittelt werden und deswegen weder Sonderzeichen noch Trennstriche enthalten dürfen. Mit Hilfe künstlicher Intelligenz unterstützt ein DATEV-Tool dabei, den Datenbestand zu analysieren und für die Bereinigung vorzubereiten.

Weitere Informationen:

www.datev.de/public-sector



Zudem bietet die BVK Zusatzversorgung nicht nur Beratungen vor Ort, sondern auch telefonische Online-Beratungen durch ihr Kundencenter an. Dabei kann als Beratungsschwerpunkt die „Beratung Altersvorsorge für Frauen“ ausgewählt werden, die speziell auf die Bedürfnisse von weiblichen Versicherten der BVK Zusatzversorgung zugeschnitten ist. Hier erhalten Frauen fundierte Informationen, wie sie ihre Altersvorsorge frühzeitig und vorausschauend planen können – inklusive passender Modellberechnungen. Termine für die „Beratung Altersvorsorge für Frauen“ können über das Online-Terminbuchungstool auf der Internetseite der BVK Zusatzversorgung <https://www.bvk-zusatzversorgung.de/terminbuchung> direkt gebucht werden.



Aufs Amt gehe ich, wenn ich Beratung brauche.

Schon heute hat die AKDB rund 500 Online-Dienste im Repertoire. Schnell, einfach und sicher. Für Standard-Anliegen muss keiner mehr aufs Amt. Das entlastet Bürger wie Verwaltungsmitarbeiter.

www.akdb.de

AKDB

Jahrestagung Wasserkraft in Bayern:

„Kleine“ Wasserkraft und große Politik

Die diesjährige Mitgliederversammlung und Jahrestagung Wasserkraft in Bayern der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) im Mai glänzte mit großer Politikprominenz. Nicht nur rund 200 VWB-Mitglieder konnte Fritz Schweiger, 1. Vorsitzender der VWB im Münchner Augustiner Schützengarten der Königlich Privilegierten Hauptschützengesellschaft München von 1406 begrüßen, sondern auch starke politische Unterstützer der bayerischen Wasserkraft.

Den Auftakt machte Dr. Florian Herrmann (MdL), Leiter der bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien. Herrmann betonte, dass die Wasserkraft in Bayern für eine zuverlässige und planbare Stromversorgung unverzichtbar ist. Sie ist mit knapp 30 Prozent Anteil an den Erneuerbaren in Bayern noch vor der Photovoltaik die wichtigste Quelle für CO₂-freien Strom. Die rund um die Uhr verfügbare Wasserkraft trägt mit 14 Prozent zur gesamten Stromerzeugung im Freistaat bei. Deshalb forderte Herrmann, dass auch Berlin die Belange der Wasserkraft gleichwertig gegenüber den anderen Formen der Erneuerbaren Energien anerkennen müsse. Daher war und ist es auch ein zentrales Anliegen Bayerns, sich für die Zukunft der Wasserkraft und deren Speicherung in Pumpspeicherkraftwerken konsequent einzusetzen, so der Staatsminister. Deshalb solle bis 2030 die bayerische Wasserkraft jährlich um rund eine Milliarde Kilowattstunden gesteigert werden. Bayern solle bei den Erneuerbaren

Wasserkraft, Biomasse und Photovoltaik Platz 1 einnehmen. Um den Ausbau-Turbo zu zünden, müsste man mehr Mut zur Lücke bei den Genehmigungsverfahren zeigen. Dass sich ein starkes Engagement für die Wasserkraft lohnt, habe Bayern bei der letzten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sehr erfolgreich bewiesen, so Herrmann und fuhr fort: „Gemeinsam mit der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern konnten wir eine geplante Diskriminierung der Wasserkraft durch die Bundesregierung verhindern. Modernisierungen und Leistungssteigerungen bieten erhebliche Potentiale, die wir im Freistaat gerne heben wollen.“

Wasserkraft ist unverzichtbar

Einen weiteren starken Verbündeten in Sachen Wasserkraft fand die VWB in Christian Dürr (MdB), Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Er wies mit Nachdruck auf den wachsenden Stellenwert der Wasserkraft in der aktuel-

len energiepolitischen Lage in Deutschland hin. Wasserkraft ist für Deutschlands und insbesondere Bayerns Stromversorgung unverzichtbar, denn sie ist sauber, grundlastfähig, leistungsstark und hat eine hohe Jahresnutzung. Dürr versprach, dass die FDP sich auf Bundesebene besonderes einsetzen wird, dieser Form der Strom-



Dr. Florian Herrmann (Mitte), Leiter Bayerische Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien, hielt die Eröffnungsrede; Altlandrat und MdL a.D. Hermann Steinmaßl (li.), 2. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. (VWB), und Fritz Schweiger (re.), 1. Vorsitzender der VWB, dankten mit einem „Flusskiesel“ für die Wasserkraftunterstützung. Bild: VWB 2023

erzeugung in Deutschland eine dauerhafte Zukunft zu sichern. So habe gerade auch die FDP bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes darauf gedrungen, dass die Wasserkraft genau wie andere Erneuerbare Energien im überragenden öffentlichen Interesse steht und somit bei den Planungs- und Genehmigungsverfahren priorisiert werden muss. Dürr sprach sich auch dafür aus, die finanzielle Förderung der Wasserkraft sicherzustellen, um Nachteile gegenüber anderen regenerativen Energieformen zu verhindern. Leider klaffen Realität und Vision weit auseinander.

Der Bundestagsabgeordnete Christian Dürr plädierte daher nachdrücklich dafür, Naturschutzbelange pragmatischer zu betrachten und in der Energiepolitik mehr Rationalität Raum zu geben. Dann ließen sich auch vorhandene Wasserkraftpotenziale erschließen und neue Wasserkraftwerke bauen.

Nutzung von vorhandenen Querbauwerken

Wie groß die Potenziale für die bayerische Wasserkraft sind, stellte Stefan Thums, Ministerialrat des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, vor. Sein Ministerium hat in einer Studie die mögliche energetische Nutzung von Querbauwerken in Bayerns Gewässern analysiert. Dabei wurde zwischen Standorten mit einem Leistungspotenzial von mehr als 100 Kilowatt und solchen zwischen 50 und 99 Kilowatt unterschieden. Thums betonte, dass die Potenzialanalyse keine Festlegung von Standorten ist, sondern vor allem eine Unterstützung darstellt, geeignete Standorte mit einer rechnerisch mittleren Kraftwerksleistung von mindestens 50 Kilowatt identifizieren, dort Akzeptanzinstrumente zu schaffen und Ausbauehemmnisse zu minimieren. Natürlich ist für jeden Standort bei Planung einer Wasserkraftnutzung eine wasserrechtliche Genehmigung zu beantragen. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erfolgt dann eine ergebnisoffene Einzelfallprüfung. Schließlich liegen Wasserkraftanlagen nun im überragenden öffentlichen Interesse und die-

nen der öffentlichen Sicherheit. Daher muss es neben der Modernisierung und Nachrüstung (Stichwort: Repowering) vor allem auch einen weiteren Wasserkraftzubau geben, um den Belangen des Gemeinwohls gerecht zu werden und sich den angestrebten Klimaziele anzunähern, so Thums weiter. Die Ergebnisse der Potenzialanalyse sind im Internet auf den Seiten des Energieatlas Bayern ausführlich dargestellt.

Wasserkraft ist Heimatenergie

Fritz Schweiger, 1. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e. V. (VWB) appellierte an die anwesenden VWB-Mitglieder, in der positiven Darstellung der Wasserkraft als Heimatenergie für Bayern nicht nachzulassen, nachdem durch das reformierte EEG die Wasserkraftnutzung eine unverhoffte politische und rechtliche Stärkung erfahren hat. Schweiger betonte, dass Bayern einmal mehr auf die heimische, klima- und ressourcenschonende Wasserkraft setzen muss, denn sie weist im Gegensatz zu den schwankenden Energieträgern Wind und Sonne eine sichere und zuverlässige Stromerzeugung auf und bietet eine gute, weil systemstabilisierende Ergänzung zur Photovoltaik- und Windkrafttechnologie. Der Erzeugungsmix macht; jede regenerative Energieerzeugung wird gebraucht, um von den Fossilien soweit wie möglich wegzukommen bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Netzstabilität, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energiewende, so Fritz Schweiger. JK

Genehmigung und Wasserkraft:

Immer noch ein ungleiches Paar

Das überragende öffentliche Interesse beim Ausbau der Wasserkraft als wichtigem Bestandteil im erneuerbaren Energie-Mix in Deutschland ist trotz entsprechender Gesetzeslage (Stichwort Osterpaket) noch nicht überall in der Genehmigungspraxis angekommen.

Im Juli letzten Jahres ist das reformierte Erneuerbare Energiegesetz 2023 in Kraft getreten. Zum 1. Januar 2023 trat flankierend die neue Fassung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes in Kraft, das die Bedeutung der erneuerbaren Energien nun auch im Landesrecht betont.

So soll angesichts Ukrainekrieg, Energie- und Klimakrise, Atom- und Kohle-/Gasausstieg den Erneuerbaren Energien die Hochgeschwindigkeits-Überholspur auf dem Ausbau-Highway freiräumen, darunter auch der lange von der Politik wenig geschätzten Wasserkraft. Ob Wind, Sonne, Wasser, Biomasse, Geothermie oder Wasserstoff – all deren Ausbau ist per Gesetz nun gleichberechtigt von überragendem öffentlichen Interesse, denn ohne den erhofften beschleunigten, diskriminierungsfreien Ausbau regenerativer Energien droht es eng zu werden mit der Versorgungssicherheit in Deutschland 4.0. Sich blauäugig auf Ersatzlieferungen von Import-Energien zu verlassen, wenn es in Deutschland knapp wird, wurde durch das ausbleibende Russlandgas seit dem Ukrainekrieg drastisch vor Augen geführt.

Sieben Jahre (plus X)

Dennoch ist die neue Rechtslage vor allem für die Wasserkraft in Bayern bei den mit den Genehmigungen befassten Behörden und Ämtern in der Praxis noch nicht ganz angekommen. Die Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. (VWB) und der Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke eG (LVBW) fordern daher, dem geltenden Recht nun endlich das notwendige

Gewicht einzuräumen und in der Praxis umzusetzen. Die Genehmigungsverfahren und Verwaltungsentscheidungen beim Ausbau unter anderem von Wasserkraftanlagen als wichtigste grundlastfähige Stromerzeugungstechnik bei den Erneuerbaren Energien muss beschleunigt werden, um dem überragenden öffentlichen Interesse von Erneuerbaren Energie-Anlagen gemäß Rechtlage Rechnung zu tragen. Schützenhilfe erwarten VWB und LVBW von den zuständigen bayerischen Umwelt- und Wirtschaftsministerien, denn an deren Weisungen sind die Beamten in den unterstellten Behörden gebunden. Dr. Martin Schröder, Vorstandsmitglied der VWB, sieht in der Verwaltungspraxis erhebliche Defizite und beanstandet die lange Genehmigungsdauer von durchschnittlich sieben Jahren (plus X) vor allem bei Wasserkraftanlagen. Ohne eine Veränderung des derzeitigen behördlichen Genehmigungsdenkens kann die Energiewende nicht wirklich Tempo aufnehmen und vor allem das Potenzial der grundlastfähigen klimaschonenden (kleinen) Wasserkraft zur Sicherung der Energieversorgung ausschöpfen.

Ermutigende Dienstanweisung

Am 24. Februar 2023 sandte das Bayerische Umweltministerium als Lichtstreifen am Horizont der Wasserkraft eine schriftliche Dienstanweisung an die Bezirksregierungen, Landratsämter, Wasserwirtschaftsämter und das Bayerische Landesamt für Umwelt mit der Aufforderung, bei Verwaltungsentscheidungen der besonderen Bedeutung (der

erneuerbaren Energien) beim Klimaschutz – wann immer und soweit wie möglich – Rechnung zu tragen.

Die besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes sind bei allem staatlichen Handeln zu berücksichtigen, soweit im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben Entscheidungsspielräume bestehen. Das kann in Form einer Abwägung, Beurteilung oder Ermessensausübung sein.

Darüber hinaus ist der Bedeutung von Energiewende und Klimaschutz auch bei unbestimmten und auslegungsbefürhtigen Rechtsbegriffen sowie Verhältnismäßigkeitsabwägungen Rechnung zu tragen.

Daneben ist dem überragenden öffentlichen Interesse an erneuerbaren Energien und der Berücksichtigung des Klimaschutzes auch im nicht rechtlich normierten Bereich zu entsprechen, z.B. bei der Priorisierung der Bearbeitung in Genehmigungsverfahren, der Arbeitsorganisation oder im Rahmen des Personaleinsatzes.

An Klarheit lässt die Dienstanweisung nichts zu wünschen übrig. Allein bei der Umsetzung ist gerade in den Landratsämtern und den Wasserwirtschaftsämtern noch Luft nach oben. VWB und LVBW sehen die bayerischen Ministerien weiter in der Pflicht. So wäre für die Wasserkraft auch eine Dienstanweisung des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nötig, da dieses für die Fischerei und Fischereifachberater der Bezirke zuständig ist. Ergänzend sollte sich zudem das bayerische Innenministerium um eine gesetzeskonforme Umsetzung des Vorrangs kümmern, da erneuerbare Energien Kraft ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung der öffentlichen Sicherheit dienen. Ohne eine ausreichend sichere Energieversorgung sind die Existenz des Staates, die öffentliche Ordnung und jeder Einzelne gefährdet. Die Wasserkraft insbesondere in Bayern leistet einen immer wichtigeren und wertvollen Beitrag für eine sichere Stromversorgung. JK

Die Wärmewende aus der Theorie in die Praxis holen

Sozialverträgliche Wärmeversorgung und Klimaschutz als Gemeinschaftsprojekt

Für eine erfolgreiche Wärmewende bis zur Klimaneutralität 2045 braucht es eine Vielzahl an Maßnahmen und eine flächendeckende Kommunale Wärmeplanung. Der ROUNDTABLE WÄRMEWENDE, an dem Unternehmen der Energiewirtschaft und der Wohnungswirtschaft teilgenommen haben, sieht die Kommunale Wärmeplanung als Leitfaden für eine Energieleitplanung, in der Wärmenetze mit Erneuerbaren Energien und unvermeidbarer Abwärme eine zentrale Rolle spielen müssen.

Um das Ziel der Klimaneutralität im Gebäudesektor bis 2045 zu erreichen, müssen möglichst frühzeitig die richtigen Schritte und Grundlagen gelegt werden. Dabei braucht es vor allem ein Zusammenwirken der Energie- und Wohnungswirtschaft, um die Transformation des Gebäudesektors effizient und sozialverträglich zu gestalten.

Im Rahmen eines halbjährigen Dialogprozesses haben sich die Mitglieder des ROUNDTABLES WÄRMEWENDE (Stadtwerke München GmbH, Hamburger Energiewerke GmbH, Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH,

EWS Elektrizitätswerke SchönaueG, GP Joule GmbH, Vonovia SE, jenawohnen GmbH, Märkische Scholle eG und B&O Gruppe) zu Best-Practice Beispielen aus ihren Unternehmen und den notwendigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wärmewende ausgetauscht.

Einer der zentralen Übereinstimmungspunkte aller beteiligten Unternehmen ist die besondere Rolle der Kommunalen Wärmeplanung, deren zentrale Bedeutung von den momentan geführten Debatten zu technologischen Lösungen der Wärmewende überschattet wird.

Goldene Regel der kommunalen Wärmewende

Eine Kommunale Wärmeplanung, als Energieleitplanung etabliert, kann klare Vorgaben treffen, welche Technologien zur Wärmeerzeugung vorrangig zur Anwendung kommen sollen und damit die größte Kosten- und Energieeffizienz besitzen. Dabei sieht der ROUNDTABLE WÄRMEWENDE folgende Goldene Regel der kommunalen Wärmewende als leitend an:

Wärmenetze mit Erneuerbaren Energien und unvermeidbarer Abwärme wo möglich, Einzelhauslösungen mit Luftwärmepumpe wo nötig und unter Berücksichtigung der Kapazitäten des Stromnetzes möglich.

Bei einer Betrachtung der Kommunalen Wärmeplanung als Kerninstrument der Wärmewende hilft es, sektorenübergreifend zu denken. Förderung und Effizienzstandards müssen weniger an einzelnen Technologien und Maßnahmen ausgerichtet sein, sondern sollen geringinvestive und geringinvasive Maßnahmen mit guter Umsetzbarkeit und einem guten Kosten-Energieeinsparungsverhältnis besonders fokussieren.

Verlässlichkeit und Vertrauen sind wichtig, um private und öffentliche Investitionen in Wärmewende und Klimaschutz zu ermöglichen. Schaffung einer eigenen gesetzlichen Grundlage für die BEW-Bundesförderung für effiziente Wärmenetze, steuerliche Sonderabschreibungen bzw. Investitionszulagen für Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor sowie bessere Rahmenbedingungen für die Geothermie sind einige der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Weitere Informationen zum ROUNDTABLE WÄRMEWENDE unter <https://www.jk-kom.de/waermewende/>. □

Bayerische Energietage vom 14. bis 16. Juli:

Energiewende. Hier. Jetzt

Im Rahmen der Bayerischen Energietage bieten unter dem Motto „Energiewende. Hier. Jetzt.“ zahlreiche Akteure in ganz Bayern Aktionen und Veranstaltungen an – vor Ort und digital.

Die Bayerischen Energietage werden vom Team Energiewende Bayern organisiert, das 2020 vom Bayerischen Wirtschaftsministerium gegründet wurde. Das Team Energiewende Bayern steht für eine objektive und vertrauenswürdige Orientierungshilfe in der Energiewende. Die Bayerischen Energietage bieten den Akteuren und Projekten der Energiewende eine große Bühne und machen die vielen Positivbeispiele in Bayern sichtbar. Besucherinnen und Besuchern können sich bayernweit zu Energiethemata informieren und an unterschiedlichen Aktionen und Veranstaltungen teilnehmen und so die Energiewende vor Ort erleben. Mehr Informationen und alle Aktivitäten finden Sie unter www.energietage.bayern.

Das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) beteiligt sich:

- 14.07.: Führung durch ein Passivhaus in 86343 Königsbrunn Anmeldung erbeten unter https://www.lfu.bayern.de/veranstaltungen/termin_detail.htm?id=510
- 13.07.: Energie-Atlas Bayern, Online-Sprechstunde, 13-15 Uhr Anmeldung https://www.lfu.bayern.de/veranstaltungen/termin_detail.htm?id=506 □

Bayerns Energieplan 2040 mit dem Mut zur ungewollten Lücke

GZ-Interview mit Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des VBEW Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

Bayerns Energie- und Klimaschutzpläne bis 2040 sind im Politdeutsch höchst ambitioniert (die GZ berichtete in ihrer Ausgabe 11 vom 2. Juni 2023). Wie die damit verbundenen Herausforderungen in den verbleibenden 17 Jahren zu stemmen sind, soll eine Studie zeigen, die von der VBEW Dienstleistungsgesellschaft mbH beauftragt und Ende April 2023 veröffentlicht wurde (<https://bayernplan-energie.ffe.de/#menue>). Wie aus der Studien-Theorie eine reale Umsetzung werden soll, dazu befragten wir Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer des VBEW.

GZ: Wie soll Bayern bis 2040 klimaneutral werden?

Detlef Fischer: Das ist die Gretchenfrage und wird ganz schön heftig werden. Beispielsweise müssten bereits seit 2019 jede Woche über 50 Fußballfelder mit Photovoltaik (PV)-Anlagen entstehen und rund 2.700 Hausdächer mit jeweils 10-Kilowatt(kW)-Solarstromanlagen belegt werden. Dann bräuhete es noch Woche für Woche zwei Windkraftanlagen mit jeweils 5.500 kW. Außerdem müssten jede Woche 1.000 Wohngebäude energie-sparend saniert und 5.700 PKW mit klimaneutralen Antrieben zugelassen werden. Zudem benötigen wir jede Woche zur Was-

Fischer: Da wir dem Computer und den Wissenschaftlern der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) Glauben schenken, ist ein klimaneutrales Bayern bis 2040 möglich. Die FfE hat das in ihrer Studie „Bayernplan Energie 2040“ in vier Szenarien nachvollziehbar berechnet. Wir alle müssen es allerdings auch wollen, denn die dafür zu bewältigenden Aufgaben sind in jedem Szenario nicht nur herausfordernd sondern in der Tat epochal. Wir müssten dafür ab sofort viel nachhaltiger wirtschaften und leben. Und natürlich, so ehrlich muss man sein, würde es dabei auch zu unangenehmen Begleiterscheinungen kommen, wie der Verlust von Arbeitsplätzen z.B. in der Chemie-

verheißt da nichts Gutes. Je länger wir mit der unweigerlich notwendigen Transformation warten, desto schwieriger wird es für die heutige Gesellschaft und die uns nachfolgenden Generationen. Wir müssten schon im Vorschulalter beginnen, mit einem Fach „Transformation“ über die Wege und Ziele der Klimaneutralität zu lehren. Denn schon ein altes deutsches Sprichwort bringt es auf den Punkt: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr. Und dann haben wir ganz schlechte Karten, klimaneutral zu werden.

GZ: Was erwarten Sie von der Bundespolitik?

Fischer: Die Fokussierung der amtierenden Bundesregierung auf die Klimapolitik wird von weiten Teilen der Energiewirtschaft im Grundsatz unterstützt. Auch wir wollen eine klimaneutrale Energieversorgung erreichen.

Paragrafen-Tsunami

Aber: Die Bundespolitik überschüttet unseren Wirtschaftszweig derzeit mit einem Paragrafen-Tsunami. Wir sind durch die wechselnden, teilweise widersprüchlichen administrativen Anforderungen zur Energiewende im Dauerkrisenmodus. Es muss ein zielführenderer Weg zum gewünschten nachhaltigen Wirtschaften gefunden werden, ohne dass für jede Detailregelung der politische Zank in Bundestag und Bundesrat befeuert wird, um dann nach kurzer Zeit wieder eine Rolle rückwärts hinzulegen. Wir benötigen weniger und nicht mehr Paragrafen. Wo sind praktikable Vorschläge? Warum lässt man zum Beispiel nicht einfach mal den CO₂-Preis richtig wirken? Von unseren Top-Volkswirtschaftlern wird permanent nur rumgemotzt, statt konstruktive Vorschläge zu machen. Wir brauchen ein System, welches von sich heraus zu Nachhaltigkeit führt. Das haben die Bundesregierung und leider auch viele Lobbyisten noch nicht mal ansatzweise begriffen.

GZ: Was erwarten Sie von der Landespolitik?

Fischer: Bayern hat seine CO₂-arme Pole-Position unter den Bundesländern in der Stromversorgung mit dem Ausstieg aus der Kernkraft weitestgehend verloren. Der Wegfall der russischen Erdgaslieferungen tat ein Übriges. Die vielen Photovoltaik-Anlagen sind zwar irgendwie putzig, helfen uns im Winter, wenn es darauf ankommt, aber überhaupt nicht weiter. Aus diesem Grund wäre die Staatsregierung gut beraten bestmöglich und konstruktiv in Berlin mitzugestalten, auch wenn das gegen das „Mia san Mia-Gefühl“ geht.

Vielmehr müssten die eigenen Anstrengungen für eine stabile Energieversorgung spürbar erhöht werden. Gefühlt läuft das schon seit dem 24.02.2022 besser. Schließlich wird jetzt jede neue Windkraftanlage und jede neue Umspannanlage von mindestens einem Minister oder dem Ministerpräsidenten persönlich eingeweiht. Auch der Spatenstichspaten ist allzeit bereit immer im Kofferraum. Die Staatsregierung ist bei gleichem Personal wie ausgewechselt. Plötzlich sind sogar Stromtrassen und Pumpspeicherkraftwerke sexy, und man kann gar nicht genug davon bekommen.

GZ: Was erwarten Sie von der Kommunalpolitik?

Fischer: Jeder politisch Verantwortliche muss der Bevölkerung klarmachen, dass eine Windkraftanlage, eine Photovoltaikanlage,

eine Strom- oder Wasserstoffleitung, ein Speicher, ein Umspannwerk, ein Elektrolyseur tatsächlich ein Segen für die Kommune ist. Mit dem Ausbau der Energieinfrastruktur wird ein Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung vor Ort und für die ganze Region und damit auch für die benachbarte Großstadt geleistet. Was nützt der Gemeinde der nächste Supermarkt, das nächste Gewerbegebiet, wenn für den Betrieb die Energie fehlt. Die Politiktreibenden in den Großstädten sollten Demut und Dankbarkeit den Kommunalpolitikern auf dem Lande zollen, wenn diese sich standfest für die Energiewende einsetzen.

Die Kommunalpolitik muss die Personen vor Ort stärken, die sich für die Transformation einsetzen. Denn mit der bisherigen Strategie „Wir nehmen Jeden mit“ wird man nicht ans Ziel kommen; so traurig es ist, aber nicht jeder will mitgenommen werden.

GZ: Was passiert mit Gemeinden, die sich der Energiewende verweigern?

Fischer: Die Energie kommt zukünftig vor allem aus der Region. Das ist das Kernelement einer dezentralen Energieversorgung, nach der alle gerufen haben. Jetzt ist sie da! Jede Gemeinde muss mitmachen und ihre eigenen Potentiale heben. Wer nicht mitmacht, stellt die kommunale Familie vor die Zerreißprobe. Den hoffentlich sehr wenigen Gemeinden, die sich der Energiewende verweigern wollen, wird man daher voraussichtlich die kommunale Planungshoheit nehmen müssen. Schließlich wird zukünftig vor allem das Land die Stadt mit Energie versorgen. Was das real bedeutet, ist noch nicht bei allen politisch Verantwortlichen angekommen.

Stilllegung von Erdgasnetzen

GZ: Was passiert mit den Erdgasnetzen?

Fischer: Klar ist, dass Erdgas bis 2040 aus der Energieversorgung in Bayern ausscheiden muss. So will es schon das Bayerische Klimaschutzgesetz. Klar ist auch, dass wir im Bereich der Gaswirtschaft dann vor allem auf Wasserstoff setzen. Im Idealfall werden aus den Erdgasnetzen also Wasserstoff- oder zum Teil auch Biomethanetze. Ob aber jeder Erdgasanschluss in einem klimaneutralen Bayern weiterhin benötigt wird, ist fraglich. Es wird also vermutlich zu Stilllegungen von Erdgasnetzen kommen. Dadurch entsteht für unsere Volkswirtschaft zweifelsfrei ein Schaden. Aber das ist ja nichts Neues. Wir haben es in Bayern auch geschafft, fünf voll funktionsfähige Kernkraftwerke vorzeitig aus dem Leistungsbetrieb (Wiederbeschaffungswert mindestens 25 Milliarden Euro) zu nehmen. Andererseits entschädigen wir jeden Tag Photovoltaik- und Windkraftan-



Gute Vorbilder finden Nachahmer: Detlef Fischer geht mit gutem Beispiel voran.

Bild: D. Fischer

lagen für nicht erzeugten Strom und bezahlen andernorts unter anderem für das Hochfahren konventioneller Kraftwerke, damit das Netz stabil bleibt. Lange nachdenken darf man über einen solchen Irrsinn natürlich nicht.

Kernfusion ist keine Option

GZ: Sehen Sie nach dem Komplettausstieg aus der Kernenergie realistische Chancen für die Kernfusion?

Fischer: Die Kernfusion ist bis 2040 sicher keine ernstzunehmende Option. Bis dahin wollen wir ja in Bayern schon klimaneutral sein. Wer die Kernfusion ins Spiel bringt, gaukelt der Bevölkerung den nächsten Heilsbringer vor, den es zumindest für die Lösung unserer aktuellen Probleme schlicht nicht gibt.

Umso mehr bedauere ich, dass wir viel zu früh aus der Kernkraft ausgestiegen sind. Leider wurde vor allem mit Hilfe der Medien die CO₂-freie Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Kernkraft zugunsten einer wählerstimmenorientierten und ideologiegetriebenen Politik gegeneinander ausgespielt. Spätestens nach Fukushima 2011 sind so auch die konservativen Parteien auf diesen Zug aufgesprungen. Kurz vor dem endgültigen Kernkraft-Aus ist die Wählerstimmung wieder gekippt und viele Leute meinten nun, die Kernkraft solle weiterbetrieben werden. Unsere Politik tickt so simpel, dass man vor ihr Angst bekommen muss. Sie ist parteiübergreifend einfach nicht in der Lage (oder willens), die epochalen Herausforderungen unserer Zeit der Bevölkerung zu vermitteln. Gesellschaft und Politik scheitern am Willen, die Mühsal der komplexen Problemlösungen auf sich zu nehmen. Energiewirtschaft ist nicht

wechselhafter Mainstream, sondern bedeutet Generationenpolitik. Das passt aber nicht in unsere schnellebige Zeit.

GZ: Was machen Sie privat für die Energiewende?

Fischer: Unsere Familie versucht einen einigermaßen klimaschonenden Lebensstil an den Tag zu legen. Zu Hause betreiben wir maximal mögliche Solarstromanlagen. Und wir fahren mit dem „schwarzgebrannten“ Strom aus der eigenen Photovoltaik-Anlage elektrisch.

Wir versuchen so klimaneutral wie möglich den Alltag zu bewältigen und gegen den Frust anzukämpfen, von Teilen der Gesellschaft ob dieser Bemühungen ausgelacht zu werden. Zu viele Menschen machen einfach so weiter, als ob es den Klimawandel nicht gibt und denken sich „Nach mir die Sintflut“.

GZ: Das klingt, als hätten Sie nicht mehr viele Freunde?

Fischer: So ist es. Ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft verweigert sich der tausendmal wissenschaftlich belegten Wahrheit, dass es eine katastrophale Klimaveränderung gibt. Er flüchtet sich lieber in Scheinwelten, Selbstüberhöhung sowie Doppelmoral und hat daher natürlich mit mir ein extremes Problem. Mit der Definition von weltverbessernden Zielen sind wir wirklich einsame Spitze; um die Umsetzung sollen sich dann gerne andere irgendwann kümmern. Bestenfalls lässt sich das auf die nächste Generation verschieben, und wir machen weiter Party, stellen hier und da zur Beruhigung ein Windrad und/oder ein paar PV-Module auf. Diese Strategie ist leichter zu ertragen und lässt sich von der Politik sowie einer wachstumsorientierten Wirtschaft auch viel besser der Bevölkerung vermitteln. JK



GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit Detlef Fischer.

Bild: Theresa von Hassel

serstoffherstellung einen Elektrolyseur mit 5.000 kW Leistung sowie Batteriespeicher mit einer Speicherkapazität von 3.000 Kilowattstunden (kWh) (entspricht rund 3.000 herkömmlichen Autobatterien in Verbrennern). Ergänzend dazu wären viele neue Leitungen und hunderte neuer Umspannwerke nötig. Das aber ist nur die elektrische Seite der Energiewende. Zusätzlich müsste die Erdgaswirtschaft auf eine klimaneutrale Wasserstoff- und Biomethanwirtschaft umgebaut werden, um die Öl- und Kohlewirtschaft bis 2040 weitestgehend zu ersetzen. Auch die treibhausgasrelevanten Emissionen in der Landwirtschaft und aus der Landnutzung (z. B. den Mooren und der Waldbewirtschaftung) müssten wir uns vorknöpfen, ebenso die CO₂-Emissionen aus den Produktionsprozessen der Industrie, Beispiel Zementherstellung. Und nicht vergessen werden dürfen die real existierenden Mengen an CO₂ aus dem internationalen Flugverkehr, die in kaum einer Statistik berücksichtigt werden. Momentan fliegt jeder in München startende Flieger ab der Landesgrenze angeblich treibhausgasneutral. Diese Verschleierung resultiert aus der amtlichen CO₂-Quellenbilanz und ist natürlich reine Schönfärberei.

GZ: Wie soll das Geschilderte in der Realität umgesetzt werden?

industrie. Wichtig wäre, dass gleichwertige neue Arbeitsplätze entstehen, vorausgesetzt, die Betroffenen sind zum Umlernen bereit. Sicher ist, dass es zu Umbrüchen kommen muss, sonst funktioniert es tatsächlich nicht, dass wir bis 2040 total grün sind. Ein „Weiter so wie bisher“ ist keine Option. Das wäre eine Illusion, ein Energiewendemärchen mit Betonung auf Märchen. Ich bin zu tiefst davon überzeugt, dass das Projekt „Klimaneutrales Bayern 2040“ alternativlos ist. Der besonders auch in Bayern spürbare Klimawandel ist schon heute unübersehbar.

GZ: Wie wollen Sie die Bevölkerung von dem Projektziel überzeugen?

Fischer: Für die Menschen in Bayern wird das herausfordernder als die Corona-Pandemie; da bestand ja die berechtigte Hoffnung, dass sie auch mal wieder vorbeigehen wird. Klimaneutrales, richtig nachhaltiges Wirtschaften wird uns auf Dauer extrem beschäftigen. Wir müssen unbedingt und zeitnah lernen, unsere nicht nachwachsenden Ressourcen bestmöglich im Kreislauf zu fahren. Wie eine hemmungslos konsumorientierte Gesellschaft mit den unausweichlich kommenden Veränderungen klarkommen wird, müssen wir abwarten. Die derzeit laufenden emotionalen Diskussionen zur Wärmewende



„Wenn wir gehen ist die Luft rein!“

Wartung und Reinigung von:

- Lüftungsanlagen nach DIN 18017 Teil 1 u. 3
- Prozesslufttechnische Anlagen
- Kontrollierte Wohnraumlüftung



GZ: Was erwarten Sie von der Kommunalpolitik?

Fischer: Jeder politisch Verantwortliche muss der Bevölkerung klarmachen, dass eine Windkraftanlage, eine Photovoltaikanlage,

Lüftungs-Reinigungs-Service

Franz Sedlmeier GmbH

Wolfratshauer Straße 9a

82049 Pullach im Isartal

Telefon: (089) 74 44 24 98

Fax: (089) 74 44 24 99

eMail: info@l-r-service.de

Internet: www.l-r-service.de

DWA-Politikmemorandum:

Wasserwirtschaft in Krisenzeiten

Weiterentwicklung der europäischen Kommunalabwasserrichtlinie, Anpassung an den Klimawandel und Erhöhung der wasserwirtschaftlichen Resilienz gegenüber Starkregen und Trockenheit: In ihrem aktuellen Politikmemorandum, das an die wasser- und umweltpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen übergeben wurde, setzt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) klare Schwerpunkte.

National beziehen sich die Forderungen der DWA im Politikmemorandum vor allem auf die Klimaanpassung und die Umsetzung der Nationalen Wasserstrategie. Gefordert wird vom Bundestag eine unterstützende Entscheidung, um für die Umsetzung der Nationalen Wasserstrategie auch über die Legislaturperiode hinaus eine hohe Verbindlichkeit zu schaffen.

„Wir brauchen ein verpflichtendes Starkregenrisikomanagement (SRRM), vergleichbar mit dem europarechtlich vorgegebenen Hochwasserrisikomanagement. Beide müssen zwingender Bestandteil der Bauleitplanung werden“, heißt es. „Das SRRM muss auf einer flächendeckenden

den Analyse und Kartierung von Starkregengefahren basieren, die auf bundeseinheitlichen Bewertungsstandards aufbauen – wie im Koalitionsvertrag angekündigt – und für die Bevölkerung ‚lesbar‘ sind. Auf dieser Basis ist die Risikokommunikation gegenüber der Bevölkerung zu verbessern und es braucht mehr Anreize zur Eigenvorsorge der Bürger. Der Schutz von Menschenleben ist das Ziel.“

Versicherungspflicht für Wohngebäude prüfen

Parallel dazu sollte jedoch eine Versicherungspflicht für Wohngebäude geprüft werden. In besonders gefährdeten Gebie-

ten müsse ein generelles absolutes Bauverbot durchgesetzt werden. Dies könne Bestandteil eines Zonenmodells nach Gefährdungslagen mit unterschiedlich strengen Anforderungen sein. Daneben seien der technische Überflutungsschutz in Form von Hochwasser-, Regenrückhaltebecken oder Deichen und Mauern auszubauen und die dazu nötigen Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Beiträge zum Hochwasserschutz

Talsperren leisteten in Abhän-

Mitgliederversammlung der RAL-Gütegemeinschaft Kanalbau:

Endlich wieder in Präsenz!

In der Hansestadt Lübeck fand die 36. Mitgliederversammlung der RAL-Gütegemeinschaft Güteschutz Kanalbau statt – nach drei Jahren Pandemie und Online-Treffen endlich wieder in Präsenz. Die Lübecker Musik- und Kongresshallen bildeten dabei den Rahmen für das Netzwerken, Diskutieren und den Informationsaustausch der Mitglieder, die sich bereits am Vortag beim Gesellschaftsabend trafen.

Der festliche Auftakt hat ebenso Tradition wie das Programm der Mitgliederversammlung, das mit einem Festvortrag von Ulrich Ueckerseifer begann. In seiner bekannten pointierten Art ging er aus Radio und Fernsehen bekannte Journalist auf die Suche nach Fachkräften und stellte Ideen für ein zielgerichtetes Rekrutierung vor. Damit griff er ein brandaktuelles und wichtiges Thema auf, welches auch die Mitglieder der Gütegemeinschaft Kanalbau zunehmend vor Herausforderungen stellt. Was folgte, waren die Berichte des Vorstandsvorsitzenden der Gütegemeinschaft, Dipl.-Ing. MBA Ulf Michel, des Obmanns des Güteausschusses, Dipl.-Ing. Uwe Neuschäfer, des Beiratsvorsitzenden, Dipl.-Ing. Gunnar Hunold, sowie des Geschäftsführers, Dr.-Ing. Marco Künster. Darüber hinaus wurde unter anderem über Änderungen der Gütesicherung RAL-GZ 961 sowie über Änderungen der Ver- einssatzung abgestimmt.

Positive Bilanz

Vorstandsvorsitzender Michel ging in seinem Bericht insbesondere auf die Mitgliederentwicklung und den aktuellen Stand im Bereich der Gütezeichenverleihung ein. Darüber hinaus ließ er die Vorstandsarbeit des vergangenen Geschäftsjahres Revue passieren. „Die Mitgliederzahl hat sich 2022 um 30 zusätzliche Mitglieder auf 4.198 erhöht; hiervon zählen 2.630 zur Mitgliedsgruppe 1 (ausführende Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Ingenieurbüros), 1.523 zur Mitgliedsgruppe 2 (öffentliche Auftraggeber und Ingenieurbüros) und 45 zur Gruppe 3 (Freunde und Förderer)“, zog Michel eine positive Bilanz. Auch nach mehr als 30 Jahren Gütegemeinschaft Kanalbau halte der erfreuliche Trend an – und dass trotz aller Einschränkungen und ungewöhnlichen Rahmenbedingungen wie etwa die Corona-Krise oder der Ukraine-Krieg. Der Vorstandsvorsitzende wertete das als gutes Signal für das Thema Qualität, denn Qualität würde insbesondere dort erreicht, wo Auftraggeber diese als klare Zielvorstellung definierten. Weiteres Entwicklungspotenzial sieht Michel vor allem bei der Gütesicherung für Ingenieurleistungen: „Hier wünschen wir uns eine deutlich dynamischere Entwicklung als in den Vorjahren“, so Michel. Deshalb stünde das Thema ganz oben auf der To-do-Liste von Vorstand und Gütegemeinschaft und es würden Konzepte erarbeitet, um die Entwicklung

gigkeit von ihrer Funktionalität schon heute einen erheblichen Beitrag zum Hochwasserschutz. Eine stärkere Verfügbarmachung der bereits bestehenden meteorologischen und hydrologischen Daten und der flächendeckende Aufbau von Hochwasserprognosemodellen könnten einen zusätzlichen Beitrag zur Steuerung von Hochwasserrückhalten leisten. Das Katastrophenmanagement sollte priorisiert und fortentwickelt werden sowie in einen Wissenstransfer mit der Wasserwirtschaft eingebunden sein.

Einen vollständigen Schutz gegen Überflutungen werde es nicht geben können. Für eine notwendige Risikominderung ist es aus Sicht der DWA besonders wichtig, die Vorsorge bereits mit dem Rückhalt in der Flä-

che zu beginnen. Ein naturnaher Landschaftswasserhaushalt mit speicherfähigen Böden und renaturierten oder reaktivierten Auen sollte geschaffen werden, weil damit nicht nur die Überflutungsvorsorge, sondern auch die Vorsorge gegen Trockenheit und Dürre und der Biodiversitätsschutz gestärkt wird.

Regeneration des Landschaftswasserhaushalts

Eine wasserbewusste Stadt schützt nicht nur vor den Folgen von Starkregen, die wasserbewusste Stadt hält Wasser auch in der Stadt zurück. Denn eine nachhaltige Klimaanpassung bedingt auch die Vorsorge gegen Dürre und Trockenheit. „Um auch langfristig in Deutschland allen Nutzergruppen jederzeit und sicher Wasser in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung stellen zu können, brauchen wir zudem eine Regeneration des Landschaftswasserhaushalts“, heißt es. „Die Flächenversiegelung muss deutlich verringert, Moore müssen renaturiert und wieder vernässt werden. Für eine ökologische Gewässerentwicklung müssen entsprechende Flächen bereitgestellt werden, Uferstreifen zur Kühlung der Gewässer müssen durchgehend bewachsen sein. Und auch die Wiederverwendung von Wasser, auch von gereinigtem und speziell aufbereitetem Abwasser, muss bundesweit in Landwirtschaft, Industrie und auch in Kommunen zur Bewässerung von öffentlichen Grünanlagen möglich sein.“

Kommunalabwasserrichtlinie

Bei der Weiterentwicklung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie, die derzeit von der EU-Kommission vorangetrieben wird, steht für die DWA vor allem die erweiterte Produktverantwortung im Fokus. Schädliche Spurenstoffeinträge in die Gewässer müssten vermieden, wenigstens aber reduziert werden. Der Kommissionsvorschlag, weitergehende sog. vierte Reinigungsstufen auf Kläranlagen vorzugeben, sei grundsätzlich richtig. Mit Blick auf die hohen Kosten und die

deutlich steigenden Energiebedarfe, die damit verbunden sind, sei eine flächendeckende Einführung jedoch nicht sinnvoll. Richtig sei ein risikobasierter Ansatz, diese Reinigungsstufen dort vorzusehen, wo sie gewässer- und nutzungsbezogen einen substantiellen Beitrag zum Gewässerschutz leisten.

Da die Vermeidung von schädlichen Einträgen sinnvoller ist als ihre aufwändige Elimination, seien flankierende Maßnahmen mit einem ganzheitlichen Blick auf Produktionsketten und Eintragspfade unerlässlich. Die Entwicklung und Implementierung einer erweiterten Herstellerverantwortung für Stoffe, die im Wasserkreislauf Probleme bereiten, sei notwendig und müsse mit Vorgaben zur Spurenstoffelimination verknüpft sein. Die auf europäischer Ebene diskutierten neuen Vorgaben für Stickstoff und Phosphor seien anspruchsvoll. „Zu streng sind sie, wenn es in Deutschland beim nationalen Sonderweg der Überwachung mittels Kurzzeitproben bleibt. Hier muss es zu einer Vereinheitlichung nach den europarechtlich vorgesehenen Überwachungsmethoden kommen, um eine Vergleichbarkeit der Anforderungen zu gewährleisten.“

Als „richtig“ wird die Einführung der Abwasserüberwachung für Gesundheitsparameter bewertet. Sie sollte für Krankheitserreger vorgesehen werden können, die nach der Beurteilung der WHO eine besondere Bedrohung darstellen. Im Rahmen der Umsetzung sei die Finanzierung über die Gesundheitsvorsorge zu sichern.

„Anspruchsvolle Vorgaben, ausreichende Finanzmittel und moderne Anlagen sind für den nachhaltigen Gewässerschutz absolut notwendig, aber nicht ausreichend“, so die DWA. Die Wasserwirtschaft benötige gut ausgebildete Fachkräfte in den Betrieben, Büros und Behörden. Der Fachkräftemangel sei seit langem in der Wasserwirtschaft sehr spürbar. Deshalb brauche es eine nationale Fachkräfteoffensive, die von Bund, Ländern und Verbänden gemeinsam getragen wird. **DK**

BDEW zum Pestizid-Bericht der EEA:

„Hersteller an den Beseitigungskosten für Pestizide beteiligen“

Die EU-Umweltagentur EEA hat eine Analyse zum Einfluss von Pestiziden auf die Gesundheit und Ökosysteme in Europa veröffentlicht. Hierzu hat Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser, Stellung bezogen.

„Die Analyse der EEA zeigt die Notwendigkeit, endlich Maßnahmen gegen die steigende Menge von Pestiziden in unserer Umwelt zu ergreifen. Auch für unsere Trinkwasserressourcen sind Pestizide eine zunehmende Belastung. Der BDEW unterstützt daher die Forderungen der EEA, dass EU und Mitgliedstaat-

ten deutlich mehr dafür tun müssen, die EU-Ziele unter anderem zur Verringerung des Gebrauchs und der Risiken chemischer Pestizide um 50 Prozent bis 2030 zu erreichen – zum Beispiel durch alternative Landwirtschaftsmodelle“, stellte Weyand fest.

Erweiterte Herstellerverantwortung

Darüber hinaus wurden die Güte- und Prüfbestimmungen in einigen Punkten redaktionell überarbeitet. Eine wesentliche Änderung betrifft den Vorschlag für eine eigene Beurteilungsgruppe für den grabenlosen Stollenbau bzw. die bergmännische Bauweise. Diese Bauverfahren, die bisher unter einer anderen Beurteilungsgruppe zusammengefasst waren, werden zukünftig durch eine eigene Beurteilungsgruppe dargestellt. Das neue Gütezeichen wurde von den Mitgliedern ebenso einstimmig verabschiedet, wie einige Anpassungen in den Durchführungsbestimmungen. **□**

Um den Einsatz von Pestiziden nachhaltig zu verringern, sollten Hersteller aus Sicht des BDEW aber auch verursachergerecht an den Kosten für deren Beseitigung beteiligt werden. Dies schlägt auch die EU-Kommission in ihrem Entwurf für die Novelle der kommunalen Abwasserrichtlinie vor. Die Umsetzung einer solchen sogenannten erweiterten Herstellerverantwortung würde Anreize für die Entwicklung umweltschonender Grundstoffe und Produkte schaffen, um zukünftig kritische Einträge von vornherein zu vermindern und zu vermeiden. **□**

Projekt ARSINOE:

Resilient trotz Klimawandel

Mit dem Projekt ARSINOE unterstützen die LMU München und die VKU Landesgruppe Bayern die Resilienz von Kommunen im Klimawandel. Über einen Innovationswettbewerb werden kreative Ideen zum Schutz des Wasserhaushalts und zur nachhaltigeren Wasser- nutzung finanziell gefördert.

Der Klimawandel hat Bayern erfasst und die bei den Kommunen angesiedelten Leistungen der Daseinsvorsorge geraten zusehends unter Druck. Saisonal veränderte Niederschlagsverhältnisse und steigende Temperaturen wirken sich negativ auf die Wasserverfügbarkeit und -qualität für die Wasserversorgung aus. Hohe Temperaturen und längere Trockenheit lassen Spitzenbedarfe beim Wasser in die Höhe schnellen. Die eingeschränkte Verfügbarkeit von Wasser und Biomasse hat Konsequenzen für die Energieversorgung. Wegen häufigeren Extremereignissen steigt die Wahrscheinlichkeit wetterbedingter Infrastrukturschäden. „Bayerische Kommunen und ihre Unternehmen sehen sich immer häufiger mit der Frage konfrontiert, wie sie mit den Folgen des Klimawandels umgehen und eine leistungsfähige Daseinsvorsorge erhalten.“ erklärt Gunnar Braun, Geschäftsführer der VKU Landesgruppe Bayern. „Mit ARSINOE haben wir ein Projekt nach Bayern geholt, das die Suche nach Antworten und das Entwickeln neuer Lösungsansätze unterstützt.“

Das Projekt ARSINOE: Aktiv am bayerischen Main

Im Rahmen von ARSINOE unterstützen 41 Partner aus ganz Europa vier Jahre lang, wie die Anpassung an den Klimawandel in europäischen Regionen gelingen kann, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind. In Deutschland leiten die LMU München und der Verband kommunaler Unternehmen e.V. eine Fallstudie im bayerischen Main-einzugsgebiet. „Die Region Unterfranken gehört zu den wärmsten und niederschlagsärmsten Regionen Deutschlands und ist jetzt schon stark vom Klimawandel betroffen. Steigende Jahresdurchschnittstemperaturen, eine zunehmende Anzahl von Hitzetagen und veränderte Niederschlagsmuster wirken sich auf das Leben in der Region aus. Die Fallstudie soll zeigen, welche Innovationen erforderlich sind, um Emissionsreduktionsziele zu erreichen, Klimaresilienz aufzubauen und gleichzeitig die Sicherheit von Wasser- und Energieversorgung sowie die Integrität der

Ökosysteme zu gewährleisten.“, erklärt Prof. Ralf Ludwig von der LMU München. Dabei setzt das Projektteam auf einen systemischen Ansatz, denn die Herausforderungen des Klimawandels sind komplex und vernetzt. So betrifft beispielsweise eine vorschreitende Wasserknappheit in der Region nicht nur die Wasserversorgung, sondern auch die Interessen der Energiewirtschaft, Land- und Forstwirtschaft sowie der Ökologie.

Innovationen für die Klimaanpassung

Mit ARSINOE wollen LMU und VKU praktische Veränderungen anstoßen. So wird die LMU hydroklimatische Services für die Region entwickeln. „Wir wollen Kommunen und kommunale Unternehmen befähigen, Klimainformationen in ihren Planungsprozessen zu nutzen, indem wir ihnen die dafür notwendigen Werkzeuge an die Hand geben.“ erklärt Prof. Ludwig. Dafür fördern VKU und LMU ausgewählte Innovationen zur Klimaanpassung finanziell. Wegen des Engagements des VKU steht diese Innovationssuche als Teil von EU-Projekten kommunalen Unternehmen offen, denn es wird nicht die europäische KMU-Definition angewendet, die kommunale Unternehmen regelmäßig ausschließt. Noch bis zum 23. Juli können Interessierte am ARSINOE-Innovationswettbewerb teilnehmen.

Gefördert werden Innovationen, die auf den Schutz des Wasserhaushalts im bayerischen Einzugsgebiet des Mains angesichts des fortschreitenden Klimawandels abzielen und zu einem nachhaltigen Ressourcenmanagement beitragen. Besonderes Interesse besteht an Projekten, die zur Umsetzung konkreter Wässerschutzmaßnahmen beitragen, den Wasserrückhalt in Böden und bebauter Umwelt stärken, die Wertschätzung von Wasser in der Gesellschaft unterstützen und zum Wassersparen motivieren. Willkommen sind Projekte zur Kaskadennutzung von Wasser und zum effizienten Wassereinsatz. Details der Ausschreibung gibt es online unter: www.arsinoe-project.eu/open-calls **□**

Umweltminister Glauber:

Moor-, Gewässer- und Hochwasserschutz stärken

Der Moorschutz in Bayern wird weiter gestärkt. Zum Erhalt und zur Verbesserung der einzigartigen Lebensräume startet der Landkreis Wunsiedel mit Unterstützung des Bayerischen Umweltministeriums ein Förderprojekt. Es stärkt die Moorachse Häuseloh – Breiter Teich – Wunsiedler Weiher, die den bedeutendsten Komplex an Mooren in Oberfranken bildet. Hier hat das Umweltministerium bereits 2020 für den Erwerb des Breiten Teichs Fördermittel in Höhe von über 350.000 Euro bereitgestellt.

In den kommenden Jahren sollen Flächen angekauft werden, anschließend Gräben verschlossen und ein naturnaher lichter Moorwald geschaffen werden. Laut Umweltminister Thorsten Glauber „gibt es hier ein breites Bündnis, das den Moorschutz vor Ort vorantreibt: Die Stadt Selb und der Landkreis Wunsiedel steuern Grundstücke bei. Der Bund Naturschutz hat mit dem Breiten Teich einen wichtigen Baustein im Biotopverbund gesichert. Die Bayerischen Staatsforsten führen im angrenzenden Häuseloh Renaturierungsmaßnahmen durch. Der Naturpark und der Landschaftspflegeverband bringen den Naturschutz und die naturverträgliche Erholung voran.“ Das Umweltministerium unterstützt das Projekt am Wunsiedler Weiher mit 108.000 Euro. Damit ist Glauber zufolge auch hier der Grundstein zum Erhalt von über 15 Hektar Premium-Moorboden gelegt.

Bayern verfügt insgesamt über rund 220.000 Hektar Moorflächen. Der Freistaat will diese kostbaren Lebensräume noch besser schützen. Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist es, bis 2040 insgesamt 55.000 Hektar wieder zu vernässen.

Inn-Studie

Stichwort Hochwasserschutz: Verschiedene Maßnahmen entlang von Inn und Salzach haben das Potenzial, den Schutz der Menschen dort deutlich zu verbessern. Das ist das Ergebnis der sog. Inn-Studie, die jetzt veröffentlicht wurde. Dabei handelt es sich um eine Potenzialstudie und nicht bereits um eine konkrete Planung. Untersucht wird, welche Maßnahmen zum Hochwasserschutz denkbar sind und welche Wirkungen diese Maßnahmen haben können. Im Zentrum der Studie standen die Themen Flutpolder, Deichrückverlegungen und Stauraumbewirtschaftung.

Mit Hilfe eines digitalen Modells wurden in einem technisch hochkomplexen Verfahren an

Inn und Salzach verschiedene Rückhalteräume identifiziert, die in vier Flussabschnitten im Hinblick auf die jeweilige Wirkung analysiert wurden. Ergänzt durch weitere technische und wirtschaftliche Bewertungen sowie eine naturschutzfachliche Übersichtsbewertung wurden insgesamt zehn potenzielle Standorte für Flutpolder identifiziert. Die beste Gesamtbewertung erzielte dabei der Standort Feldkirchen bei Rosenheim. Mit diesem Flutpolder wäre beispielsweise eine Scheitelabsenkung am Pegel Wasserburg um bis zu 15 Prozent möglich.

Die zweitbeste Gesamtbewertung erzielte der Standort Inzing, mit dem eine Absenkung der Scheitelwelle am Pegel Passau-Ingling um 18 Prozent möglich wäre. Für die zehn potenziellen Flutpolderstandorte ist als nächster Schritt vorgesehen und erforderlich, die Frage der Wirtschaftlichkeit noch detaillierter zu untersuchen. Erst anschließend sind weitere Aussagen möglich, welcher Standort weiterverfolgt werden kann.

Bei den ebenfalls untersuchten Deichrückverlegungen zeigte sich dagegen, dass die Auswirkungen auf die Hochwasserscheitel gering sind. Mögliche Deichrückverlegungen werden deshalb vorrangig im Hinblick auf eine lokale Wasserspiegelabsenkung sowie einen ökologischen Nutzen weiter geprüft.

Durch eine Vorabsenkung der untersten acht Stauanlagen am Inn und einen dortigen gezielten Wiederaufbau der durchlaufenden Hochwasserwelle kann am Pegel Passau-Ingling eine Abflussminderung von bis zu neun Prozent erreicht werden. Damit ist die Stauraumbewirtschaftung am Inn eine zusätzliche Maßnahme des Hochwasserschutzes. Sie kann ohne größere bauliche Maßnahmen umgesetzt werden. Staustufen und Flutpolder ergänzen sich außerdem in ihrer Wirkung.

In einem nächsten Schritt soll deshalb eine Vorplanung zur Stauraumbewirtschaftung bei Spielhaft für zunächst zwei Stau-

stufen am Unteren Inn (Egglfing-Obernberg und Ering-Frauenstein) erfolgen. In diesem Rahmen werden Aspekte wie etwa Fragen des Naturschutzes und der Standsicherheit der Staustämme näher untersucht.

Die Inn-Studie besteht aus sechs Teilprojekten, die unter Federführung des Bayerischen Landesamts für Umwelt von der TU München, der TU Wien und der Universität Kassel erarbeitet wurden. Untersucht wurden der Inn ab Oberaudorf auf einer Länge von rund 210 Kilometern sowie die Salzach ab der Saalachmündung auf einer Länge von rund 60 Kilometern.

Nach Glaubers Angaben zeigt die Inn-Studie „große Potenziale für den Hochwasserschutz, die wir zum Schutz der Menschen jetzt im Detail weiter untersuchen lassen. Wir setzen auf Transparenz und eine enge Beteiligung der Region. Dazu werden Informationsveranstaltungen und Dialoge vor Ort folgen.“

„Auf zu lebenswerten Bächen“

Kleine Fließgewässer spielen im gesamten Gewässersystem eine große Rolle. Um den ökologischen Zustand von kommunalen Bächen weiter zu verbessern, hat das Bayerische Umweltministerium im Jahr 2021 das Pilotprojekt „Auf zu lebenswerten Bächen“ gestartet. Wie Glauber bei der Besichtigung des Saulobachs im oberfränkischen Goldkronach betonte, zeige das Pilotprojekt schon jetzt: „Mit engagierten Kümmerern können wir bayernweit mehr gesunde Bäche schaffen. Vorsorge beginnt vor Ort.“

Am Saulobach hat die Stadt Goldkronach die massive Sohlsicherung und Sohlwellen weitgehend entfernt, Störsteine und Weidenstämme als Sicherung und Strukturelement eingebaut sowie Kiessubstrat und Erlenwurzeln eingebracht. Dadurch ist ein kleinräumiges Mosaik aus verschiedensten Lebensräumen für Tiere und Pflanzen entstanden.

Fließgewässer sind dynamische Landschaftselemente, die nicht an der Gemeindegrenze stoppen. Um intakte, widerstandsfähige Gewässer zu schaffen, spielen neben der finanziellen Unterstützung engagierte, interkommunale Kümmerer, wie die Landschaftspflegeverbände und Naturparke, eine bedeuten-

de Rolle. Ziel von „Auf zu lebenswerten Bächen“, das im Mainbezugsgebiet durchgeführt wird, ist die naturnahe Entwicklung von kommunalen Gewässern, um die gesetzten Umweltziele nach der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen.

Über einen Zeitraum von fünf Jahren sollen möglichst viele Gemeinden, begleitet von den Regierungen Oberfranken und Unterfranken und den örtlichen Wasserwirtschaftsämtern, Renaturierungsmaßnahmen an kommunalen Gewässern des Mainbezugs planen und umsetzen. Erfahrungen und Erkenntnisse werden anschließend anderen interessierten Kommunen in Bayern als Handlungsempfehlung zur Verfügung stehen. Im Rahmen der fünfjährigen Projektlaufzeit stellt das Umweltministerium insgesamt knapp 1,8 Millionen Euro in Ober- und Unterfranken für das Projekt zur Verfügung.

Der Freistaat fördert Gewässerunterhaltungs- und Ausbauvorhaben zur naturnahen Entwicklung und Gestaltung von Gewässern und ihrer Auen, insbesondere Projekte, die im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit umgesetzt werden. Maßnahmen nach den Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas 2021) können mit bis zu 90 Prozent gefördert werden. Unter die geförderten Maßnahmen fallen etwa die Herstellung und Verbesserung der Durchgängigkeit von Gewässern für Fische, die Beseitigung von Ufer- und Sohlbefestigungen oder die Herstellung von Ufergehölzsäumen. Ziel sind vielfältige Lebensräume und Strukturereichtum im Gewässer.

Klärwerk Erlangen

Stichwort High-Tech im Klärwerk Erlangen: Dort wurde eine neue innovative Trocknungsanlage offiziell in Betrieb genommen. Das Vorzeigeprojekt zählt Glauber zufolge zu den modernsten Klärwerken Europas und vereint Gewässerschutz mit den Herausforderungen von Energiewende und Klimaschutz. „Die neue Trocknungsanlage ist High-Tech pur. Weniger Klärschlamm bedeutet weniger LKW-Transporte. Das führt zu weniger CO2 und weniger Lärm. Das Klärwerk Erlangen zeigt vorbildlich: Nur wer investiert, bleibt an der Spitze.“

In den vergangenen 20 Jahren investierte die Stadt Erlangen rund 100 Millionen Euro in die Zukunftsfähigkeit ihres Klärwerks. Die dort eingesetzte neue Technik führt zu einer effizienten Kreislaufwirtschaft, die gleichzeitig klimafreundlich und ressourcenschonend ist. Mit der neuen

Ministerrat zur Schwimmbadförderung in Bayern:

Bessere Bedingungen für Kommunen

Die Zahlen sind alarmierend: Deutschlandweit hat sich nach Angaben der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) die Zahl der Grundschüler, die nicht schwimmen können, von 10 auf 20 Prozent verdoppelt. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und wurden durch die Schließung der Schwimmbäder während der Corona-Pandemie noch verstärkt. Vor diesem Hintergrund beschloss der bayerische Ministerrat nun ein Maßnahmenpaket zur Erhöhung der Investitionen in Bayerns Schwimmbäder. Außerdem wurde das Gutscheinprogramm „Mach mit – Tauch auf“ („Seepferdchenprogramm“) neu aufgelegt.

Im Grundschulalter ist es auch Aufgabe der schulischen Bildung und als solche im Lehrplan verankert, aber wegen mangelnder Schwimmbäder kann der Schwimmunterricht nicht überall gewährleistet werden. Deshalb nimmt die Schwimmfähigkeit bei Kindern immer mehr ab, wie DLRG und Schwimmvereine schon seit langem beklagen. Der Staatsregierung ist es nach den Worten von Staatskanzleichef Florian Herrmann „ein wichtiges Anliegen, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, damit Kinder in Bayern unabhängig von ihrer sozialen oder finanziellen Situation die Möglichkeit haben, das sichere Schwimmen zu lernen.“

Förderung der Schwimmbadinfrasturktur

Das beschlossene Sofortprogramm sieht zunächst eine Förderung der Schwimmbadinfrasturktur vor. So soll die Förderung von Kommunen beim Bau von Schulschwimmhallen weiter verbessert werden (kommunale Hochbauförderung). Kommunen, die ein Schulschwimmbad in interkommunaler Zusammenarbeit errichten, erhalten künftig einen

Anlage reduziert sich die zu wertende Menge an Klärschlamm im Klärwerk um rund 70 Prozent.

Insbesondere durch wegfallende LKW-Transporte können jährlich rund 1.200 Tonnen CO2 eingespart werden. Im Fall einer nachfolgenden thermischen Behandlung des getrockneten Klärschlammes ist es zudem möglich, knapp 920.000 Kubikmeter Erdgas pro Jahr einzusparen. Der getrocknete Klärschlamm kann darüber hinaus als Ersatzbrennstoff regional verwertet werden, da der Heizwert vergleichbar mit dem von Braunkohle ist. Bereits seit 2019 ist das Klärwerk energieautark: Die ausschließlich regenerative Energieerzeugung liegt deutlich über dem Energiebedarf der Kläranlage. Auch der neue Bandtrockner kann so CO2-neutral betrieben werden. **DK**

Fördersatzzuschlag von 10 Prozentpunkten. Zudem sollen die Kostenrichtwerte, d.h. die Grundlage für die Förderungshöhe, nach einer baufachlichen Prüfung erhöht werden, um so den spezifischen Kostenentwicklungen beim Bau von Schulschwimmbädern besser Rechnung zu tragen.

Modernisierung kommunaler Bäder

Deutlich erhöht wird auch die Förderung der Sanierung, Modernisierung und barrierefreien Umgestaltung kommunaler Bäder – überwiegend Freibäder, in denen Schulschwimmen oder Schwimmkurse angeboten werden (Sonderprogramm Schwimmbadförderung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr). Der Förderrahmen wird verdoppelt und beträgt somit bis zu 80 Prozent. Für finanzschwache Kommunen wird der Höchstfördersatz auf bis zu 90 Prozent angehoben.

Überdies wird die Deckelung der zuwendungsfähigen Ausgaben von derzeit 5,8 Mio. Euro auf 8 Mio. Euro angehoben. Durch diese Maßnahmen werden die bayerischen Kommunen insbesondere beim Bau von Freibädern künftig noch besser unterstützt. Auch die Förderung vereinseigener Schwimmbäder wird durch Anpassung der Förderkategorie im Rahmen der Sportförderung verbessert und die Fördersätze werden angepasst.

Darüber hinaus wird Herrmann zufolge das Schwimmförderprogramm „Mach mit – Tauch auf!“ („Seepferdchenprogramm“) fortgeführt. Zu Beginn des neuen Schul- und Kindergartenjahres 2023/2024 erhalten alle Erstklässler bzw. Vorschulkinder einen Gutschein über 50 Euro für einen Schwimmkurs zum Erwerb des Frühschwimmerabzeichens „Seepferdchen“. Ab dem Kindergartenjahr 2024/2025 werden schließlich alle Vorschulkinder jährlich zu Beginn des jeweiligen Kindergartenjahres einen entsprechenden Gutschein erhalten. **DK**

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de



TV BAYERN
LIVE

SPORT
KULTUR
POLITIK
WETTER
LOKALE
NACHRICHTEN
GESELLSCHAFT
WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS
Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern
Alle Sendungen in der TV Now Mediathek



Campus Vivorum: Das Experimentierfeld zur Friedhofsentwicklung der Zukunft.

Bild: Raum für Trauer

Friedhofsentwicklung:

Kommunales und kirchliches Erfolgsprojekt der Zukunft

„Campus Vivorum“ der Initiative „Raum für Trauer“ vor der Eröffnung

Erstes Experimentierfeld zum Friedhof der Zukunft soll Erkenntnisse zur besseren Unterstützung Trauernder vermitteln

Welche Voraussetzungen müssen in einer Kommune geschaffen werden, damit Menschen in Trauer die notwendige Unterstützung erhalten? Wie können Kommunen und Kirchen ihrer Fürsorgeverantwortung für Menschen in Lebenskrisen besser gerecht werden? Die Initiative „Raum für Trauer“, Süßen (Baden-Württemberg), möchte eine Veränderung in der Wahrnehmung von und im Umgang mit der Trauer in der Gesellschaft erreichen. Hierbei kommt ihren Erkenntnissen zufolge den Friedhöfen eine besondere Rolle für das Wohlbefinden der Bürger zu. Diese könnte wiederum einen wesentlichen Einfluss auf die Zukunft der Friedhöfe selbst haben. Mit dem weltweit ersten Experimentierfeld zur Friedhofsentwicklung der Zukunft macht die Initiative ihre Anregungen nun zunächst der Fachwelt zugänglich, um einen gesellschaftlichen Wandel anzustoßen.

Welchen Beitrag können die Friedhöfe für das Wohlbefinden der Bürger leisten? Wohin sollen sie sich weiterentwickeln, um Trauernde im Sinne der Daseinsfürsorge von Kommunen und Kirchen besser unterstützen zu können? Wie müssen die Verantwortlichen Orte gestalten, die trauernde Menschen gerne und bewusst aufsuchen, um dort Erfahrungen machen zu können, die sie als heilsam empfinden?

Trauer Ausdruck verleihen

In den letzten Jahren hat die Initiative „Raum für Trauer“ erforscht lassen, ob und wie Friedhöfe diese Herausforderungen

erfüllen können. Dabei wurde gemeinsam mit Wissenschaftlern aus Psychologie, Soziologie, Trauer- und Trendforschung, Landschaftsarchitektur, Architektur und mit den Experten sämtlicher am Friedhof tätiger Berufe umfassendes Grundlagenwissen erarbeitet. Eine wesentliche Erkenntnis ist dabei, dass auch pflegefreie Gräber stärker als bisher gedacht als Trauerorte für Hinterbliebene gestaltet werden sollten. Viele Trauernde brauchen den Studien zufolge die Möglichkeit, ihrer Trauer direkt am Grab Ausdruck zu verleihen, damit sie sie nach und nach beruhigen und in liebendes Gedenken wandeln können.

„Raum für Trauer“ setzt die entsprechenden architekturpsychologischen Gestaltungsprinzipien jetzt in einem weltweit ersten Experimentierfeld zur Friedhofsentwicklung um: Im Süssener „Campus Vivorum“ sollen sie in Kürze erlebbar sein. Hier sollen sie Friedhofsverwaltern und allen anderen am Friedhof Tätigen Anregungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung von Friedhöfen geben.

Der Campus Vivorum wird konsequent dem Gedanken des „heilsamen Trauerns“ folgend gestaltet. Er wird Lösungen vorstellen, die sich auch bei pflegefreien Gräbern an den Bedürfnissen der Hinterbliebenen orientieren – ihnen beispielsweise die Möglichkeit geben, persönliche Grüße direkt am Beisetzungsort abzulegen. Durch die Ausgestaltung unterschiedlicher Bereiche sollen sich Trauernde auf Friedhöfen eingeladen und verstanden fühlen. So zeigt der Campus Vivorum „Räume des Abschiednehmens“ mit Beisetzungsorten, die ein selbstbestimmtes Handeln ermöglichen, jedoch keine Verpflichtungen beinhalten.

Lindner Traktoren:

Auch in herausforderndem Umfeld robuste Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2022/2023 setzte Lindner erstmals in der Firmengeschichte mehr als 100 Millionen Euro um, das Investitionsvolumen lag bei mehr als drei Millionen Euro. Vor 75 Jahren hat Lindner den ersten Traktor ausgeliefert, mittlerweile wurden 80.000 Fahrzeuge gebaut, die auf der ganzen Welt unterwegs sind.

Das Tiroler Familienunternehmen Lindner blickt positiv auf ein herausforderndes Geschäftsjahr 2022/2023 zurück (Stichtag 31. März). Lindner produziert Traktoren und Transporter für die alpine Berg- und Grünlandwirtschaft, die Kulturlandwirtschaft und den Kommunalbereich. „Das abgelaufene Geschäftsjahr war wieder von beträchtlichen Störungen in den Lieferketten gekennzeichnet, die wir aber mit großem Engagement in der Produktion abfedern konnten“, berichtet Geschäftsführer Hermann Lindner. Der Umsatz stieg 2022/2023 um 13 Prozent auf 112 Millionen Euro. Für dieses Jahr strebt Lindner ein Plus von sieben Prozent und die Steigerung der Produktion um ein Fahrzeug pro Woche an. 2022/2023 hat Lindner mit 249 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 1.200 Lintrac- und Unitrac-Modelle gefertigt – 65 Prozent für den Agrarbereich, 25 Prozent für den Kommunalsektor. Der Rest geht für Spezialeinsätze an Seilbahnen, Industriebetriebe und Dienstleister.

Positiv entwickelt haben sich der Heimmarkt und der Export: „Im Jahr 2022 konnten wir den Marktanteil in Österreich auf mehr als zehn Prozent steigern. Starke Zuwächse haben wir dank der Unitrac-Transporter auch in Südtirol eingefahren. In der Schweiz platzierten wir uns mit

einem leicht erhöhten Marktanteil von fünf Prozent unter den Top-10“, bilanziert Exportleiter David Lindner. Die wichtigsten Exportmärkte sind Frankreich, Deutschland und die Schweiz.

17 Prozent des Strombedarfs

Im Geschäftsjahr 2022/2023 hat Lindner mehr als drei Millionen Euro investiert und u.a. die Photovoltaikanlage in Kundl ausgebaut. „Wir können jetzt 17 Prozent unseres Strombedarfs selber produzieren und wollen diesen Anteil weiter ausbauen“, sagt Hermann Lindner. Außerdem wurde der Energieverbrauch in der Produktion pro Fahrzeug um neun Prozent reduziert.

Stufenlosgetriebe und TraLink sehr gefragt

Große Nachfrage ortet Lindner nach stufenlosen Getrieben – im Kommunal- und im Agrarbereich. Mehr als die Hälfte der Fahrzeuge wird mit stufenlosem Antrieb ausgeliefert. Ein Drittel der produzierten Traktoren und Transporter ist außerdem mit dem TraLink-System ausgestattet. Dieses sorgt nicht nur für die automatische Einstellung der verschiedenen Anbaugeräte, sondern auch für eine automatische Einsatzdokumentation. Weitere Ausstattungstrends sind Front-

lader, die 4-Rad-Lenkung sowie Komplettlösungen mit Schneepflug, Salzstreuer oder Ladekran für den kommunalen Bereich.

Mit Innovationen ins Geschäftsjahr 2023/2024

Im laufenden Geschäftsjahr verzeichnet Lindner eine hohe Nachfrage im Kommunalbereich sowie erneut eine gute Entwicklung im Export. Weiterhin sehr gefragt sind die Unitrac-Transporter mit sechs Tonnen Nutzlast, u.a. bei Seilbahnkunden im gesamten Alpenraum. Beim Lintrac erweitert Lindner die Zusatzausstattungen wie spezielle Vorheizsysteme für extrem kalte Temperaturen, die etwa in Kanada vorkommen. Den Lintrac mit Norem, der für die professionelle Pflege von Straßenrändern maßgeschneidert ist, bietet Lindner ab diesem Jahr auch in Österreich und Deutschland an. Weitere Spezialfahrzeuge hat Lindner für den Hopfen- und Weinbau oder den Forstbereich im Programm.

Jubiläums-Werksausstellung im Oktober

Vor genau 75 Jahren hat Lindner mit dem S14 den ersten Traktor produziert – heute zählt Lindner 40.000 Kunden in ganz Europa und hat 80.000 Fahrzeuge produziert. „Wir feiern dieses besondere Jubiläum vom 19. bis 21. Oktober bei unserer Werksausstellung rund um das Innovationszentrum in Kundl“, kündigt David Lindner an. □

Sie werden ergänzt von Bereichen des Erinnerns, des Begehens sowie der Beobachtung und des Erlebens der Natur. „So wird der Friedhof der Zukunft ein akzeptierter und wertgeschätzter Bestandteil der kommunalen Infrastruktur und erhält die Chance, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Wie das geht, zeigen wir mit dem Campus Vivorum“, kündigt der Sprecher der Initiative Günther Czasny an.

Initiative „Raum für Trauer“

Die Initiative „Raum für Trauer“ entstand unter Federführung der Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e.V. in Kooperation mit Institutionen, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden der Trauer-, Bestattungs- und Friedhofskultur. Das Familienunternehmen Strassacker, das sich als Kunstgießerei schon seit über 100 Jahren intensiv mit der Trauer- und Erinnerungskultur beschäftigt, hat mit unterschiedlichen Aktionen und Maßnahmen wie auch Forschungsprojekten mit dazu beigetragen, die Initiative zu entwickeln und zu realisieren.

Programm und Anmeldung

Die Eröffnung des Campus Vivorum findet am 29. und 30. Juni sowie am 1. Juli 2023 statt. Kommunale Entscheider, wie Friedhofsverwalter, sind für den 29.6. eingeladen (Programm und Anmeldung: <https://raum-fuer-trauer.de/eroffnung-vivorum/>).

Vertreter aller am Friedhof tätigen Berufe sind für die Zukunftstage am 30.6. und 1.7. nach Süßen eingeladen. (Programm und Anmeldung: <https://raum-fuer-trauer.de/zukunftstage/>). Der Eintritt ist frei.

Hintergrund

Die Initiative „Raum für Trauer“ stützt sich auf Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Arbeiten zu den Themen Trauer, Trauerverarbeitung und Trost. Diese sind u.a. in dem Buch „Raum für Trauer“ zusammengefasst. Es ist, ebenso wie die „Acht Thesen zur Trauerkultur im Zeitalter der Individualität“ von Matthias Horx, über www.raum-fuer-trauer.de zu beziehen. Zu den Projekten der Initiative zählt auch die Online-Plattform www.trauer-now.de bzw. @trauernow. □

In Moosbach und Vilsbiburg:

Startschuss für Generationenparks

Im Markt Moosbach, gelegen inmitten des Naturparks „Nördlicher Oberpfälzer Wald“, ist der Generationenpark Gruberbach wiedereröffnet worden. Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bezeichnete ihn bei der Einweihung als „ein Vorzeigebispiel für Naherholung in der Heimat und Anziehungsmagnet für Touristinnen und Touristen“. Mit zahlreichen Möglichkeiten zum Erleben, Bewegen und Entspannen gehe der ehemalige Kurpark auf die Bedürfnisse aller Altersgruppen ein.

Der Generationenpark Gruberbach bietet auf 13 Hektar Erholung, Spielraum und Bewegungsraum für Jung und Alt. Für dessen Sanierung wurden gemäß Förderbescheid aus dem Jahr 2019 über 529.000 Euro von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE) bereitgestellt. Insgesamt belaufen sich die Sanierungskosten auf 810.000 Euro.

Errichtet wurde der Generationenpark von 1979 bis 1995 östlich des staatlich anerkannten Erholungsortes. Ab 2020 erfolgten umfangreiche Sanierungen. Die Situation von Zufahrt und Zugang verbesserte sich durch Anbringung überörtlicher Wegweiser, Schaffung neuer Parkplätze, Übersichtstafeln an Zugängen, bauliche Aufwertung der Zufahrten und Zugänge – insbesondere barrierefreie Wege – und Infotafeln im Park. Als Maßnahmen für ökologische Bildung wurden der Baumlehrpfad aus Bestandsbäumen und Neupflanzungen sowie der ehemalige Felsenkeller als Fledermausquartier mit bedarfsgerechten Toren und Infotafeln ausgestattet.

Der Generationenpark erhielt einen neuen Kiosk im Bereich der Minigolfanlage und des Biergartens sowie eine neue überdachte Bühne für Musikaufführungen und Theateraufführungen. Durch Anschaffung neuer und Sanierung alter Spielgeräte erstrahlt der Kinderspielplatz in neuem Glanz. Der Kneippbereich direkt am Gruberbach verwandelte sich in einen Gesundheitsbereich und Fitnessbereich mit einem kleinen Wasserspielbereich für Kinder und einen Barfußpfad.

Bei der Einweihung des Generationenparks am Vilsbiburger Balkspitz, der Halbinsel am Zusammenfluss der Großen Vils mit dem Vilskanal, beglückwün-

schte Bayerns Bauminister Christian Bernreiter die niederbayerische Kommune zu ihrer „grünen Oase mitten in der Stadt“. Der neue Generationenpark lade zum Verweilen ein. Dabei werde auf Ökologie und Nachhaltigkeit großer Wert gelegt. 600.000 Euro beträgt für den Park samt neuer Brücke die Förderung des Freistaats Bayern.

Fitness-Trail

Entlang des Rundweges dienen zahlreiche Aktionsflächen und Holzskulpturen als Sitz- und Klettermöglichkeiten und bieten sich als Verweilmöglichkeiten an. An der Spitze der Halbinsel entstand eine befestigte Fläche, die als Liegeplatz und kleine Bühne genutzt werden kann. Im südlichen Bereich stehen Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Senioren mit einem Kletterwald, einer Kugelbahn und einem überdimensionalen Vogelnest zur Verfügung. Abgerundet wird das Sportangebot von einem Fitness-Trail mit einer Laufstrecke von 430 Metern Länge und drei Stationen für Fitnessübungen, an denen Kraftübungen mit Ausdauertraining kombiniert werden können.

Bürgermeisterin Sibylle Entwistle sprach von einem wichtigen Momentum für die Stadt Vilsbiburg, einem wichtigen architektonischen Baustein der Innenstadt. Das Ergebnis sei ein Park im Herzen der Stadt, „auf den wir alle stolz sein können“. Er sei nicht nur ein Ort der Erholung, sondern auch der Begegnung und sogar der Pädagogik. Geplant sei die Durchführung von Bildungsveranstaltungen und Umweltprojekten für Kinder und Erwachsene, um das Bewusstsein für die Bedeutung des Naturschutzes zu fördern. DK



Ganzjährig im Einsatz

„Mehrzwecker“-Übergabe in Eggenfelden

Die Henne lieferte an das Team des Bauhofs Eggenfelden einen neuen Hansa APZ 1003 L aus. Dieser wurde mit dem Streugerät Bucher Husky W15 konfiguriert. Bei der Übergabe am Henne Standort in Eggenfelden gab es zusätzlich noch eine Fahrzeugeinweisung. Das Sole-Streugerät von Bucher kann FS 0-100 ausbringen und hat ein Fassungsvermögen von ca. 1,5 m³. Dadurch ist es auch im Sommer, dank der mitgelieferten Schlauchhaspel, zum Reinigen und Gießen nutzbar. Es besteht die Möglichkeit, einen Tank mit ca. 800 l in den FS 30-Streuer einzuhängen, sodass insgesamt 1500 l Sole oder Wasser mitgeführt werden können.

HANSA APZ 1003 L Das vielseitige Mehrzweck- und Kommunalfahrzeug Hansa APZ 1003 L kann seine Stärken im Ganzjahreseinsatz unter Beweis stellen. Durch die hohe Nutzlast, das effiziente Hydrauliksystem und die Autobahnzulassung kann der Geräteträger flexibel als kommunales Räum- und Streufahrzeug, in der Straßenpflege oder als Transportfahrzeug eingesetzt werden. Durch das intelligente Load-Sensing-Hydraulik-System ist das Hansa APZ 1003 L besonders kraftstoffsparend.

Eigenschaften auf einen Blick

- Vollgefedertes Fahrwerk
- Schmale Spur mit Außenbreite von max. 1,5 m
- Leistungsstarker IVECO-Motor mit 175 PS
- Allradlenkung für maximale Wendigkeit
- Hydrostatischer Fahrtrieb
- Leistungsstarke Load-Sensing-Arbeitshydraulik bis 400 bar
- Hohe Nutzlast (über 4,0 t)

Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Unternehmensporträt Bauer-Dienstleistungen, Ergertshausen/Egling:

Wir sind Problemlöser

Ende Mai 2019 hatte ein Hochwasser ein Kabel der Telekom, das bei Geretsried unter der Isar verläuft, abgerissen und den Ortsteil Ascholding der Gemeinde Dietramszell mehrere Tage vom Internet abgehängt. Das konnte schnell provisorisch oberirdisch ersetzt werden. Schlimmer jedoch war, dass auch die Abwasserleitung, die Ascholding an die Kläranlage in Wolfratshausen angeschlossen hatte, ebenso beschädigt war. Das konnte nicht so leicht „geflickt“ werden. Die Abwässer von 1.200 Einwohnern mussten also zweimal täglich entweder zu einem Sammler ins etwa acht Kilometer entfernte Bairawies oder – der Aufwand blieb sich gleich – direkt ins Klärwerk gefahren werden.

Bei derartigen Spezialeinsätzen ist es nur gut, einen Profi vor Ort zu haben, der diesen Job schnell und unkompliziert übernimmt, und zwar solange wie die Sache eben dauert. In diesem Fall, die Baustelle lag in einem Naturschutzgebiet und die Leitungen sollten nun doppelt so tief wieder unter der Isar vergraben werden, zog sich der Auftrag über ein Jahr hin. Es war die Firma Bauer-Dienstleistungen aus Ergertshausen bei Egling im südlichen Oberbayern, die den „Karten mit dem Dreck“ jeden Tag, auch an Weihnachten und Sylvester, zuverlässig fuhr. Ein großes Glück für die betroffene Gemeinde Dietramszell und den Ortsteil Ascholding.

gertshausen bei Egling im südlichen Oberbayern, die den „Karten mit dem Dreck“ jeden Tag, auch an Weihnachten und Sylvester, zuverlässig fuhr. Ein großes Glück für die betroffene Gemeinde Dietramszell und den Ortsteil Ascholding.

Leistungsspektrum

Bauer-Dienstleistungen ist ein familiengeführter Betrieb, der



Schreddern ohne Schwierigkeiten: Grünschnitt wird zur weiteren Verwertung in der Kompostierung vorbereitet. Bild: Bauer Dienstleistungen

seinen Ursprung in der Landwirtschaft hat. Aus den Arbeiten, die im heimatischen Bauernhof anfielen, entwickelte sich ab 1962 das Dienstleistungsunternehmen. Spezialisiert auf Transporte zählen auch Kommunen bis ins 80 Kilometer entfernte Freising zu den Kunden. 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten inzwischen in dem Unternehmen, fünf von ihnen bereits seit über 30 Jahren.

Neben Transporten aller Art – von Feststoffen wie Kompost, Grünschnitt, Hackschnitzel, Gärresten aus Biogasanlagen, Futtermittel und aber auch von Flüssigkeiten – z.B. aus kleineren Kläranlagen, die zum Zentrifugieren in größere Anlagen gebracht werden müssen – erledigt Bauer Dienstleistungen die Aufbereitung von Grünschnitt, Schredder- oder Siebarbeiten und das alles mobil. Auch Wegebau und Wegeinstandsetzung bzw. Oberbodenaufbereitung können und machen die Fachleute. Aussat oder das Ausbringen von Düngemitteln gehören zum Leistungsspektrum. In Zusammenarbeit mit der Wertstoffgewinnungs- und Verwertungsgesellschaft (WVG) Quarzbühl sowie dem Maschinenring Wolfratshausen betreibt die Firma Grün- und Gartentechnik. „Wir sind Problemlöser“, sagt Anton Bauer. „Und wir arbeiten dem Nutzen entsprechend“, ergänzt Geschäftsführer Georg Bauer. „Deshalb unterstützen wir auch die Freiwillige Feuerwehr, wenn etwas zu entsorgen ist. Schließlich will jeder, dass im Notfall jemand kommt und so tun auch wir das



Familie Bauer aus Ergertshausen.

Bild: Bauer Dienstleistungen

unsrige, das ist selbstverständlich“, fügt Anton Bauer an. Auch im Winter können verschiedene Kommunen und Unternehmen auf Bauer Dienstleistungen zählen. Dann übernehmen sie den Winterdienst, 7 Tage die Woche, 24 Stunden am Tag.

Kleinod im Oberland

Die Familie Bauer hat sich nach und nach mehrere Standbeine aufgebaut. Die Landwirtschaft gibt es nach wie vor. 80 Milchkuhe und 120 ha Land bewirtschaftet Xaver Bauer, Anton Bruders. Ca. 80 Mitarbeiter hat das Schwester-Unternehmen Weismann GmbH, ein Gar-

ten- und Landschaftsbaubetrieb, den die Familie 2001 übernahm. Seit 2021 betreibt die Bauer Bio-Energie GmbH eine Biogasanlage bei Reichersbeuern, in der 1,2 MW grundlastfähiger Strom aus Grünschnitt, Koppelschnitt, Landschaftspflegegras und hauptsächlich aus Pferdemist gewonnen wird. „Unser Ziel ist es, Strom zu 100 Prozent aus Reststoffen zu erzeugen, nur mit Material, das in der nächsten Umgebung anfällt“, erklärt Christian Stemmer, Geschäftsführer der Bio-Energie, das Unternehmensziel, und führt fort: „Wir sind angetreten, alles besser zu machen und das gelingt uns auch.“ Momentan wird der Gärrest aus der An-

lage als organischer Ersatz für mineralischen Dünger in der Landwirtschaft verwertet. Laut Georg Bauer kann auf diese Weise mineralischer Dünger eingespart werden. Langfristig soll die bei der Stromerzeugung entstehende Abwärme die Gärreste trocknen, die im Anschluss wiederum als Einstreu, Heizmaterial oder organischer Dünger verwendet werden.

Alle diese Unternehmenszweige greifen präzise ineinander, wie gut geschmierte Zahnräder. Dieses wahre Kleinod, das die Familie Bauer geschaffen hat, sorgt inzwischen für über 120 Arbeitsplätze. Weitere Infos unter www.bauer-dl.de. CH

Stadt Marktrechwitz:

1. Bayerische Schneepflugmeisterschaft

Im Mai veranstaltete die Stadt Marktrechwitz unter der Schirmherrschaft des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder die 1. Bayerische Schneepflugmeisterschaft. Rund um die Wettkämpfe, die im städtischen Bauhof stattfanden, lud ein fröhliches Familienfest mit viel Musik und zahlreichen Attraktionen die Besucherinnen und Besucher zum Genießen, Verweilen und natürlich zum Mitfeiern bei den spannenden Wettkämpfen ein. Hintergrund der Veranstaltung ist, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die psychischen und physischen Belastungen im Winterdienst zu schaffen. Der Berufsstand soll mit der Meisterschaft aus einem anderen Blickwinkel gezeigt werden – auch in Hinblick auf die Nachwuchsgewinnung.

Kinder konnten sich in der Hüpfburg austoben oder im Verkehrsparcours der Polizeiinspektion Marktrechwitz ihr Können unter Beweis stellen. Jugendliche und Erwachsene testeten im Schneepflug-Fahrsimulator unter Realbedingungen, wie viel Fingerspitzengefühl die Fahrer brauchen. Lustige Fotos zur Erinnerung an einen erlebnisreichen Tag gab es kostenlos in der Fotobox am historischen Feuerwehrfahrzeug. Eine Ausstellung rund um das Thema Winterdienst war sicher nicht nur für das Fachpublikum interessant.

20 Teams aus ganz Bayern

20 professionelle Teams der Straßenmeistereien, Kreisbauhöfe und Kommunen aus ganz Bayern traten in einem spannenden und nervenaufreibenden Geschicklichkeitswettbewerb gegeneinander an. Die Fahrer mussten mit einem Unimog und vorne montiertem Räumschild möglichst zügig und fehlerfrei den Parcours, der reelle Situationen des Winterdienstes abbildete, vorwärts und rückwärts bewältigen – angefeuert von ihren mitgereisten Fanclubs und den

Besucherinnen und Besuchern.

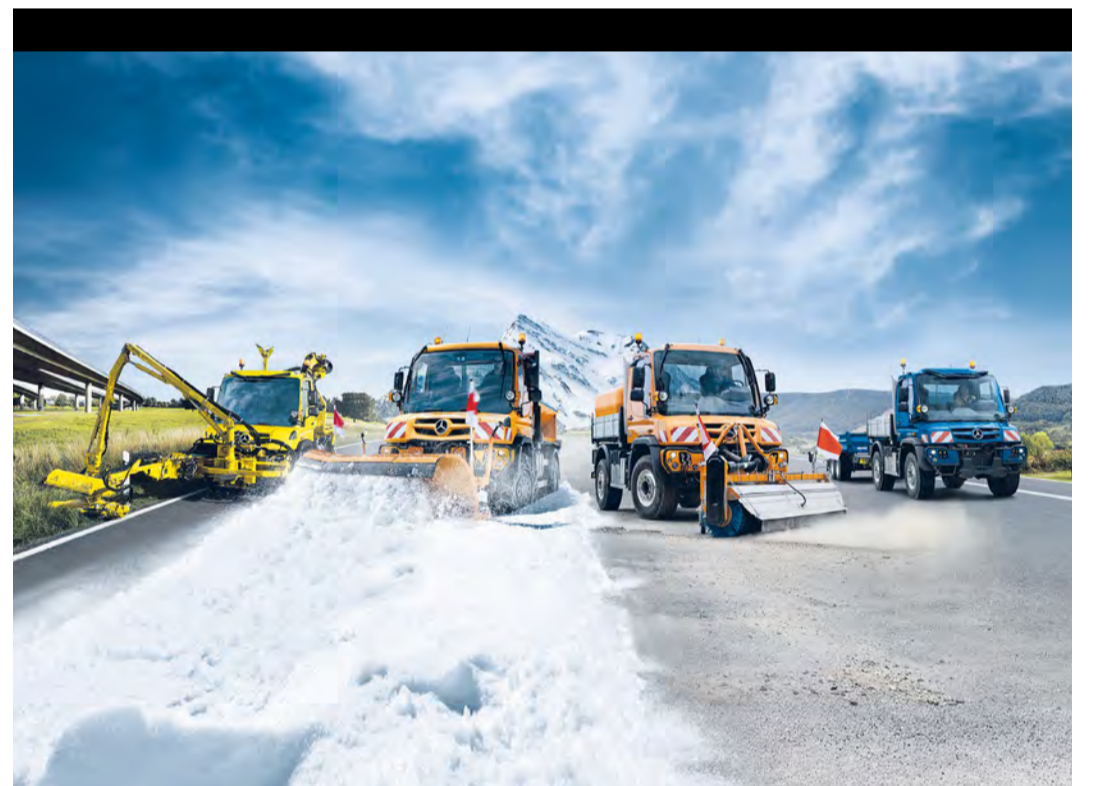
Geschicklichkeit, Präzision, Sicherheit und Schnelligkeit waren dabei siegentscheidende Bewertungskriterien und wurden bei perfekter Ausführung nicht selten mit La-Ola-Wellen und Begeisterungstürmen gefeiert. Die Siegerehrung übernahm Staatsministerin Melanie Huml gemeinsam mit Oberbürgermeister Oliver Weigel. Die 1. Bayerische Schneepflugmeisterschaft ist gleichzeitig der Vorentscheid für die Deutsche Meisterschaft – es werden aber auch eine Europameisterschaft und eine Weltmeisterschaft ausgetragen.

Podiumsplätze:

- 1. Platz: Racingteam Markt Schönberg
- 2. Platz: Team MAK (Bauhof Stadt Marktrechwitz)
- 3. Platz: Bauhof Stadt Freilassing



V.l.: Dr.-Ing. Horst Hanke (Vorsitzender des VKU-Fachausschusses Winterdienst), Roland Sommer (Bauhofleiter Stadt Marktrechwitz und Initiator), Oliver Weigel (Oberbürgermeister Stadt Marktrechwitz), Staatsministerin Melanie Huml, die drei Siegerteams, Peter Berek (Landrat des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge), Landtagsabgeordneter Martin Schöffel. Bild: Stadt Marktrechwitz



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Gemeinde Roden mit Ortsteil Ansbach, die im wunderschönen Landkreis Main-Spessart liegt. Unsere Gemeinde hat insgesamt knapp über 1.000 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Bürgermeister seit 01.05.2020, ehrenamtlich.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Zuvor war ich als Verwaltungsfachangestellter in der VG Marktheidenfeld angestellt. Diesen Beruf übe ich derzeit aufgrund der Bürgermeistertätigkeit in Teilzeit aus.



Johannes Albert

Erster Bürgermeister der Gemeinde Roden

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Einsatz zum Wohle der Bürger

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Durch meine Tätigkeit in der VG hatte ich bereits im Vorfeld umfassende Kenntnisse. Mein Interesse für Kommunalpolitik und das Geschehen in der Gemeinde sind, möglicherweise auch durch das Beschäftigungsverhältnis in der VG, sehr groß.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Der Amtsantritt fiel genau in die Pandemiezeit. Das hat natürlich vieles verkompliziert. Feste, Veranstaltungen und Versammlungen, um mit den Bürgern in Kontakt zu treten, fielen aus. Im Gegenzug mussten diverse Vorschriften beachtet und umgesetzt werden.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

In unserer Gemeinde laufen derzeit die Planungen für einige langfristige Objekte: Windpark-Erweiterung, Sanierung der Saug- und Hochbehälter, Feuerwehrhaus Neubau und Beschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeugs.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Siehe voriger Punkt 😊 Sanierung der Ortsdurchfahrt, Erneuerung Wasser/Kanal von diversen Straßenzügen, Ausweisung eines neuen Baugebiets.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Da ich selbst erst 34 Jahre alt bin, kann ich nur jedem raten, sich nicht verbiegen zu lassen und von älteren Kollegen und/oder Bürgern auch nicht einschüchtern zu lassen. Als junger Bürgermeister bringt man dafür auch frischen Wind mit; neue Ideen sollte man nutzen und umsetzen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Kolleg/innen: hier hilft das Netzwerk „Junge Bürgermeister“, ein bundesweites, parteiunabhängiges Netzwerk für Bürgermeister <40 Jahre. Hierzu findet ein monatlicher Onlinestammtisch statt, bei dem verschiedene Themen besprochen werden.

Bürger/innen: Bürgerversammlungen, persönliches Gespräch.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Immer mehr. Digitalisierung spielt eine große Rolle, das geht schon bei einfachen Anträgen los.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Never give up. Ich bin fast immer gut gelaunt.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Eigentlich soll nicht die Person im Mittelpunkt stehen, sondern gute Taten und Ergebnisse, die den Bürgern – auch nachfolgenden Generationen – zugute kommen.

Schöngestig sein, ist zu wenig

Würzburger Museologen wollen Vermittlungsarbeit der Museen stärken

Wer heute ins Museum geht, will sich nicht unbedingt neue Kenntnisse einverleiben. Museumsbesucher möchten etwas erleben. Und sie wollen sich selbst einbringen. Eben darauf hebt das Projekt „Cultural Dynamics: Museums and Democracy in Motion“ der Professur für Museologie an der Uni Würzburg ab. Projektstart war Mitte Mai. Gearbeitet wird in einem internationalen Team aus deutschen und britischen Forscherinnen und Forschern.

Seit 2010 bietet die Universität Würzburg den Bachelor-Studiengang „Museologie und materielle Kultur“ an. Inzwischen kann man auch einen Masterabschluss in Museumswissenschaft sowie einen Master „Museum und alte Kulturen“ erwerben. Im Mittelpunkt aller Studiengänge steht die Forschungsfrage, wie Museen mehr Gesellschaftsrelevanz erlangen können – etwa dadurch, dass sie öffentliche, mediale und soziale Begegnungsräume werden.

„Jedes Museum ist eine politische Institution“

Für Guido Fackler, Inhaber der Würzburger Professur für Museologie, taucht ein ganzer Fragenkomplex auf, denkt er in Bezug auf Museen an das Thema „Demokratie“. „Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass Museen schöngestig, neutral, unpolitisch und objektiv sind“, sagt er. Jedes Museum sei letztlich eine politische Institution. Egal, ob das Politische bewusst ausagiert wird oder nicht. Kommen zum Beispiel in einer Ausstellung so gut wie keine Frauen vor, sei dies heutzutage „enorm politisch“. Auch großes oder, im Gegenteil, nur geringes Engagement für den Umweltschutz sei letztlich als eine politische Aussage zu verstehen.

Vor dem Hintergrund dieser Einsichten kann es nicht länger um die kluge Integrierung besonderer Objekte in raffiniert gestaltete Ausstellungsräume gehen. Die Vermittlungsarbeit muss laut Fackler eine viel wich-

tigere Rolle spielen: „Wir möchten untersuchen, wie man das Thema ‚Demokratie‘ in Ausstellungen einfließen lassen kann.“ Und zwar soll dies so geschehen, dass Besucher aktiv einbezogen werden. Vor allem dies sei für viele Museen ein neuer und auch reichlich ungewohnter Gedanke: „Der natürlich auch bedeutet, dass Museen ein Stück weit ihre Deutungshoheit abgeben müssen.“

Viele Museen versuchen schon jetzt, Kinder- und Jugendarbeit zu machen. Auch im Sinne politischer Bildung und Erziehung zur Demokratie. Wie sie dies tun, ist nach den Beobachtungen von Fackler jedoch nicht immer adäquat. Der Museologe besichtigte kürzlich ein Museum, in dem eine „schöne“ Kreativecke für Kinder eingerichtet worden war. An sich eine klasse Idee: „Nur malt dort offenbar so gut wie nie ein Kind.“ Die Ecke war schlicht und einfach viel „zu schön“ gestaltet. So schön war sie gestaltet, dass Eltern befürchteten, ihre Kinder könnten dort irgendwas verklecksen. An solchen kleinen Unüberleglichkeiten könne Partizipation scheitern.

Für Würzburgs Museologen ist es großartig, dass sie drei Jahre lang an einer neuen Methode knöbeln dürfen, demokratische Werte über Museen und Erinnerungsorte zu vermitteln. Von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sowie vom englischen Pendant der DFG fließen insgesamt fast eine halbe Million Euro in das Projekt. Dadurch konnten allein in Würzburg zwei neue Mitarbeiterinnen engagiert

werden. Das Würzburger Trio kooperiert mit einem britischen Team an der britischen Universität Newcastle.

Gesunkenes Vertrauen in Politik

Die Thematik selbst ist hochrelevant, gibt es inzwischen doch eine erkleckliche Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern, für die das, was hierzulande unter „Demokratie“ firmiert, eine einzige Lüge ist. Das betrifft nicht nur sogenannte Reichsbürger. Auch Bürger, die sich keiner „rechten“ Gruppierung zuzählen, beklagen zunehmenden Lobbyismus, dreist gebrochene Wahlversprechen und immer massivere Interessenskonflikte bei politischen Entscheidungen. In Umfragen wird regelmäßig sichtbar, kann in Köln bei einem Planspiel zum Thema „Demokratie“ erlernt werden. Dieses Planspiel zählt zu den ersten Best-Practice-Beispielen, die im Projekt „Cultural Dynamics: Museums and Democracy in Motion“ an möglichst vielen Orten in Deutschland und Großbritannien gesammelt werden sollen. Schüler, die es in diesem Spiel auf eine einsame Insel verschlägt, stehen vor der Aufgabe, das Inselleben komplett neu zu organisieren. Das betrifft zum Beispiel die Art und Weise der Ernährung. Die Arbeit. Das Wohnen. Die Kultur.

Planspiel „Demokratie“

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. So ist es in Artikel 20 des Grundgesetzes festgeschrieben. Was das ganz konkret bedeutet, kann in Köln bei einem Planspiel zum Thema „Demokratie“ erlernt werden. Dieses Planspiel zählt zu den ersten Best-Practice-Beispielen, die im Projekt „Cultural Dynamics: Museums and Democracy in Motion“ an möglichst vielen Orten in Deutschland und Großbritannien gesammelt werden sollen. Schüler, die es in diesem Spiel auf eine einsame Insel verschlägt, stehen vor der Aufgabe, das Inselleben komplett neu zu organisieren. Das betrifft zum Beispiel die Art und Weise der Ernährung. Die Arbeit. Das Wohnen. Die Kultur.

Pat Christ



Die Teilnehmenden des ISAR-Fachtags in Taufkirchen.

Bild: LRA München

Taufkirchen:

ISAR-Fachtag stärkt sozialraumorientierte Arbeit

Fachtag für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie des Bildungs- und Erziehungswesens

Mitte Mai fand in Taufkirchen ein Fachtag unter Beteiligung der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe und dem Bildungs- und Erziehungswesen im Rahmen des Projektes ISAR – Integrierte, Sozialraumorientierte Arbeit – statt.

Das Ziel des Projekts besteht darin, die Soziale Arbeit im Landkreis München beteiligungsorientiert und sozialraumorientiert zu gestalten. Aufgrund der hohen Fachlichkeit der vielfältigen Akteurinnen und Akteure im Sozialraum und bereits starken Vernetzung der Fachkräfte wurde Taufkirchen als eine von drei Modellgemeinden für das Pilotprojekt im Kreisjugendamt München ausgewählt. Zu Beginn des Fachtags überreichte der Referatsleiter des Kreisjugendamts München, Uwe Hacker, an den Zweiten Bürgermeister der Gemeinde Taufkirchen, Michael Lilienthal, ein entsprechendes Zertifikat.

Lilienthal betonte den Mehrwert des Projekts und verwies auf bereits daraus hervorgegangene Initiativen wie die Flexible Trainingsklasse und die Sozialpädagogischen Lernhilfen an mehreren Grundschulen.

Fachkonzept Sozialraumorientierung

Im Rahmen des Fachtags präsentierte Prof. Dr. Stefan Godehardt-Bestmann, Professor für Soziale Arbeit an der IU Internationale Hochschule mit umfangreicher Erfahrung in der Umsetzung des Fachkonzepts Sozialraumorientierung, eine Einführung in das fachliche Selbstverständnis sozialräumlicher Arbeit. Dabei betonte er, dass der Wille der Menschen im Mittelpunkt stehen sollte. Eigeninteresse und per-

Landkreis München:

KulturPass für 18-Jährige

Budget von 200 Euro

Alle jungen Menschen, die in diesem Jahr 18 Jahre alt werden, erhalten vom Bund ein Budget von 200 Euro, um Kultur vor Ort zu erleben. Der KulturPass soll auch die Kulturbranche unterstützen, die weiterhin sehr unter den Auswirkungen der Pandemie leidet. Im Landkreis München haben sich bereits elf Anbieter registriert.

Das Budget erhalten die jungen Erwachsenen unter www.kulturpass.de. Dort kann das Guthaben auch direkt eingelöst werden. Der Kulturbeauftragte des Landkreises München, Rainer Klier, wirbt bei den ansässigen Kultureinrichtungen für die Aktion und ermuntert teilzunehmen: „Kultur ist für alle da ... Kultureinrichtungen, die bislang noch nicht registriert sind, kann ich nur ermutigen mitzumachen.“

sönliche Beziehungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Aktivität, Eigeninitiative und Selbsthilfe. Die Familie soll so begleitet werden, dass sie so früh wie möglich ohne professionelle Hilfe in den Regelsystemen des Alltags leben kann. Dabei sind die Angebote des Lebensumfelds und des Sozialraums ohne oder gemeinsam mit den Ressourcen des Jugendamts zu nutzen. Die Expertise der Fachkräfte liegt darin, kommunikative sowie kreative Ermöglicheräume herzustellen, in denen die Familien selbst für sich Klärungen herbeiführen können, wie ein zukünftiger Lebensweg und Alltag aus ihrer je eigenen Sicht, eben ihrem eigenen Willen, ein gelingender werden kann.

Eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit und enge Kooperation der Akteure im Sozialraum sind dabei von großer Bedeutung, um voneinander zu lernen und Expertise auszutauschen. Dieser kooperativen Ansatz bildet einen Grundgedanken des Projekts ISAR.

Das Projekt strebt deshalb die Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses aller Fachkräfte aus Taufkirchen als ein Sozialraumteam an. Das Team setzt sich aus verschiedenen Akteuren des Kinder- und Jugendbereichs zusammen und arbeitet gemeinsam mit den Familien an möglichen Unterstützungsmaßnahmen im Sozialraum. Durch die Zusammenarbeit im Team können die Fachkräfte ihre Ressourcen bündeln und effektiver einsetzen. Das Sozialraumteam wird durch ein Sozialraummanagement unterstützt und begleitet, um schneller auf Veränderungen im Sozialraum reagieren und bedarfsgerechte Angebote entwickeln zu können.

Selbstreflexion und gemeinsame Ausrichtung

Im Rahmen des Fachtags erhielten die Fachkräfte eine wertvolle Gelegenheit, ihre individuelle Handlungspraxis in moderierten Workshops zu reflektieren und die Bedürfnisse für eine verstärkt sozialraumorientierte Arbeitsweise zu identifizieren. Der Austausch war von fachlicher Expertise geprägt und führte zu einer intensiven Diskussion über die Umsetzung des Sozialraummanagements und die dafür erforderlichen Erfolgsfaktoren. Insbesondere wurde auch die Weiterentwicklung der bereits in Taufkirchen durchgeführten Sozialraumdialoge vorangetrieben, um Bedarfe auf einer übergeordneten Ebene zu erkennen und zu erfüllen. Ein zentraler Aspekt war die Etablierung von partizipativ-kollegialen Beratungen, bei denen Fachkräfte aus

verschiedenen Handlungsfeldern gemeinsam mit den Familien an einem Tisch sitzen, um eine ganzheitliche und niederschwellige Unterstützung zu gewährleisten.

Der Fachtag bot den Fachkräften auch Raum für Vernetzung und trug dazu bei, ein gemeinsames Verständnis der Sozialen Arbeit im Sozialraum Taufkirchen zu fördern. Es herrschte eine positive Aufbruchsstimmung und der Tatendrang der Fachkräfte war spürbar. Der Fachtag markiert den Beginn einer Trainingsreihe im Rahmen von ISAR, die im Jahr 2023 den Fachkräften in Taufkirchen angeboten wird.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheber-

rechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2023

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Verleihung des Heimatpreises Nordbayern:

Ausgezeichnete Verdienste

Als Anerkennung für ihr „unermüdetes und wichtiges Engagement“ hat Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei einer Festveranstaltung in Nürnberg den Heimatpreis Bayern an acht Preisträger vergeben. „Sie verleihen ihrer Heimatverbundenheit unter anderem Ausdruck in den Bereichen Naturschutz, Kultur, Erhalt und Pflege der Heimatgeschichte sowie multikultureller Austausch“, betonte Füracker.

Mit dem Heimatpreis Nordbayern geehrt wurde das 1999 in Nürnberg gegründete Forum für jüdische Geschichte und Kultur e.V., Mittelfranken. Ziel ist es u.a., Begegnungsmöglichkeiten für Juden und Nicht-Juden jenseits von konfessionellen und gesellschaftlichen Gruppierungen zu schaffen. Gemeinsam wird ein Beitrag für eine gemeinsame Zukunft in der Stadt geleistet. Das ganze Jahr über bietet das Forum unterschiedliche Veranstaltungen, wie etwa Vorträge, Exkursionen, Konzerte und Filmvorführungen an und pflegt Kooperationen mit zahlreichen Museen.

Das Leitziel des 1985 gegründeten Hutangerprojekts des Naturschutzzentrums Wengleinpark e. V., Mittelfranken, ist der Erhalt und die Entwicklung der landschaftsprägenden Elemente und der Vielfalt der Lebensräume durch Beweidung. Der Hutanger, eine historisch gewachsene Weidefläche, ist charakteristisch für das Nürnberger Land. Heute ist er an mächtigen Eichenbeständen, alten Obstbaumstrukturen oder an vielfältig blühendem Magerrasen zu erkennen. Er umfasst eine Gesamtfläche von circa 500 Hektar und über 120 Einzelflächen. Projektträger ist das Naturschutzzentrum in Zusammenarbeit mit dem Landschaftspflegeverein und ortsansässigen Landwirten. Inhalte des Projekts sind vor allem Bildungsangebote, Exkursionen, Fachtagungen und Symposien, Naturschutzforschungen und praktische Landschaftspflege.

Konzerte in der Atmosphäre historischer Gemäuer

Seit 42 Jahren verpflichtet sich die Capella Antiqua Bambergensis in Oberfranken der Wiederbelebung der Musik längst vergangener Epochen, dem Mittelalter und der Renaissance. Im Vordergrund steht dabei die Authentizität: Instrumente, die es eigentlich nicht mehr zu kaufen gibt, werden in der eigenen Werkstatt hergestellt und Konzerte in der Atmosphäre historischer Gemäuer abgehalten. Das Publikum wird während der Konzerte, beispielsweise durch Erläuterungen zu den über 50 gespielten mittelalterlichen Instrumenten, mit einbezogen und informiert. Die musikalischen Reisen in die Geschichte werden durch renommierte Autoren, Schauspieler und Sprecher unterstützt.

Sein Vereinsziel äußerst erfolgreich verfolgt seit seiner Gründung im Jahr 1994 der Fränkische Theatersommer e.V. – Landesbühne Oberfranken: Professionelles Theater und Kleinkunst wird in den ländlichen Raum getragen. Es handelt sich um ein Freilicht-Wandertheater mit rund 70 ausgewählten Spielorten in Oberfranken und weit darüber hinaus. Seit einiger Zeit saniert der Verein zusätzlich ein festes Quartier im denkmalgeschützten Gutshof Kutzenberg bei Ebensfeld. Neben Vorführungen gibt es eine Vielzahl an Workshops und weiteren Angeboten für Jugendliche und Erwachsene. Ermöglicht wird dies durch eine Vielzahl an Sponsoren und Spender. Rund 230 Menschen aus ganz Franken sind überwiegend ehrenamtlich im Einsatz.

Generationenübergreifendes Miteinander

Der Sandstein aus Wermelshausen war ein begehrtes

Baumaterial für Kirchen, Amtsgebäude und die Residenz in Würzburg. Eine weitere Besonderheit des Ortes ist der fast vollkommen erhaltene historische Ortsgrundriss. Die Dorfgemeinschaft hat sich der Pflege und des Erhalts dieses wertvollen, aber auch anspruchsvollen Erbes verschrieben. Seit Jahrzehnten werden Denkmäler aus Sandstein mit Sandstein aus den dortigen Steinbrüchen saniert. Diese kontinuierliche Arbeit und der verantwortungsvolle Umgang mit den Denkmälern ihrer Heimat tragen zur Dorfverschönerung und Sichtbarmachung bei. Die Einnahmen aus den Veranstaltungen der Dorfgemeinschaft werden in den Erhalt der Gebäude und Anlagen des Ortes reinvestiert. Durch das gemeinsame Engagement entsteht ein generationsübergreifendes Miteinander im Ort.

Größte Spielwiese Bayerns

Überregional bekannt ist das Internationale Kinderfest Würzburg. Jedes Jahr wird die Innenstadt am ersten Sonntag im Mai zur größten Spielwiese Bayerns. Beim 45. Jubiläum in diesem Jahr drehte sich alles um Kinder und Familien. Rund 35.000 Besucher entdeckten über 50 Programmstationen. Veranstaltet wird das familien- und generationenfreundliche sowie multikulturelle Kinderfest in Kooperation zwischen der Deutschen Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V. (DAHW), dem BR und der Stadt Würzburg. Als Ausdruck von Solidarität mit allen Kindern und Familien dieser Welt ermöglichen über 80 Vereine, Gruppierungen, Verbände und Initiativen mit zahlreichen Ehrenamtlichen diese Benefizveranstaltung. Der Erlös geht an die DAHW. Vielfältige Mitmachangebote, Bühnenprogramm und kulinarische Köstlichkeiten tragen dazu bei, dass die Stadt erlebbar, „erspielbar“ und so zur Heimat wird.

Positive Zwischenbilanz:

Innovationsprogramm „Kreative Zentren“

Aiwanger: „Modellkommunen haben Grundstein für die Entwicklung kreativer und schnell übertragbarer Lösungen gelegt“

Drei Monate nach dem Start ziehen das Bayerische Wirtschaftsministerium und die Modellkommunen Neustadt a.d. Saale, Bayreuth und Hauzenberg eine positive Zwischenbilanz zur Umsetzung des Innovationsprogramms „Kreative Zentren“. Bei einem Netzwerktreffen wurden die Ergebnisse der Bestandsanalysen präsentiert und erste Ideen für übertragbare Modellprojekte diskutiert. Diese befassen sich zum Beispiel mit der kreativen Nutzung und Inwertsetzung von Leerständen, der Schaffung von konsumfreien Orten für die junge Bevölkerung sowie der Sichtbarmachung der Gründerszene in zentralen Lagen.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Von der Datenerhebung über partizipative Planungsformate bis hin zur Abstimmung mit politischen Gremien: Die Projektteams haben in wenigen Wochen eine tiefgehende Bestandsanalyse durchgeführt und sich dabei mit den jeweiligen räumlichen Gegebenheiten auseinandergesetzt. In der Analysephase wurden der strategische Rahmen für die künftige Zentrenentwicklung abgesteckt und Entwicklungsziele priorisiert. Damit ist der Grundstein gelegt, um im nächsten Schritt kreative und schnell auf andere Städte übertragbare Lösungen zur Innenstadtentwicklung auf den Weg zu bringen. Mit unserem Netzwerkevent konnten wir nochmals aktiv den Wissens- und Ideentransfer fördern, bevor die Projektteilnehmer mit der Ausar-

beitung der innovativen Modellprojekte beginnen.“

Seit 1830 besteht die Diözesanfußwallfahrt Regensburg e.V., die größte Fußwallfahrt Deutschlands. Traditionell startet sie kurz vor Pfingsten. Seit den 1970er Jahren ist ein kontinuierliches Wachstum des Pilgerstroms feststellbar: Mittlerweile sind bis zu 8.000 Pilger aus dem gesamten deutschsprachigen Raum unterwegs, im Jahr 2004 waren es sogar rund 10.000 Menschen. Die umfangreiche Organisation des Vereins erfolgt ausschließlich ehrenamtlich, sämtliche Kosten werden durch Spenden finanziert. Die Pilger sind auf den 111 Kilometern von Regensburg nach Altötting in drei Tagen auf der Suche nach Stille, Anstrengung, Gespräch, Meditation und Aufbruch. Unabhängig von der persönlichen Motivation, sei sie religiöser Natur oder sportliche Herausforderung, ist es das Gemeinschaftserlebnis, das den Teilnehmern nach eigener Aussage Kraft für den Alltag schenkt.

Die Krippenschneitzkunst ist eine 200 Jahre alte Tradition in Plößberg (Oberpfalz) mit besonderer Ausprägung und Bekanntheit. Das Handwerk wurde ursprünglich von Plößberger Glasofenbauern von ihren Reisen mitgebracht und von sogenannten Stückmachern gepflegt und stetig weitergegeben. Seit 1970 veranstaltet der Oberpfälzer Waldverein Plößberg alle fünf Jahre eine sogenannte Krippenschau. Dabei handelt es sich um eine Sammlung von Hauskrippen der ortsansässigen Familien, die oft von mehreren Generationen in den Wintermonaten geschnitzt wurden. Ziel ist es, die Tradition der Krippenschneitzkunst unter anderem durch den jährlichen Krippenweg lebendig zu erhalten. Die 11. Krippenschau im Winter 2022/2023 gilt als inoffizieller Weltrekord der größten Krippe der Welt: 70 Meter langer Krippenberg, 8.000 handgemachte Figuren, 4.500 Stunden ehrenamtliche Arbeit. Ein für wahr herausragendes Beispiel eines gelebten Brauches. DK

Gezungen umzudenken

Gudrun Donaubaier, Bürgermeisterin von Hauzenberg, erklärte: „Gerade die Bestandsanalyse durch Modul5 hat gezeigt, dass sich die wesentlichen Aussagen von Strategiepapieren der letzten Jahre – mit wenigen Änderungen – nicht sehr verändert haben. Doch auch gerade das hat klargemacht, dass man mit bisherigem Denken und einer konventionellen Einzelhandelsstruktur vielleicht nicht mehr den gewünschten Erfolg erzielen kann und man dadurch auch ‚gezwungen‘ wird umzudenken und neue kreative Wege auszuprobieren. Es war während unseres Kunst- und Kulturwochenendes auch schön zu sehen, dass bei vielen

GZ PINOS WELT



Ich freue mich, Sie heute wieder bei dieser Kolumne begrüßen zu dürfen. Sie sind auf der vorletzten Seite der Gemeindezeitung angelangt und haben sich in den letzten Minuten umfassend über das kommunale Geschehen in Bayern informiert, für Sie relevante Informationen aufgenommen und sind nur flüchtig über einen Artikel gehuscht, wenn das Thema für Sie nicht relevant war. Klassischer Medienkonsum also, wie Sie es mutmaßlich auch mit Ihrer Heimatzeitung oder zusätzlich noch einer überregionalen Publikation tun.

Für mich ist diese Art Mediennutzung eine der unverzichtbaren Säulen der Demokratie, denn so bleibt der demokratische Prozess beteiligte Mensch informiert, kann sich eine fundierte Meinung bilden und mitreden.

Interessanterweise stören sich die meisten Menschen nicht daran, dass Nachrichten-

Pino, wo bleibt das Positive!

sendungen oder Zeitungen meist nur Negatives zu berichten haben. Das hat wohl evolutionäre Gründe: Die frühen Menschen waren darauf angewiesen, ihre Umwelt so wahrzunehmen, dass sie Gefahren schnell erkennen konnten. Diese Art der Informationsverarbeitung, also von Nachrichten über Gefahren oder drohendem Ungemach, gehört somit in die menschliche DNA, auch wenn schon Erich Kästner in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts die Sehnsucht der Menschen nach dem Positiven zu thematisieren wusste.

Aber in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts scheint es ein anderes Problem zu geben: News avoidance. Ja, verehrte Sprachpuristen, alles muss einen englischen Ausdruck haben – vor allem weil es sich um ein globales Phänomen handelt. Auf Deutsch könnte man es wohl nachrichtermüde nennen oder den Hang zur Vermeidung, Nachrichten zur Kenntnis zu nehmen. Nur die Hälfte der erwachsenen Deutschen ist sehr an Nachrichten interessiert, so der Digital News Report 2023, nochmals 5 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. 10 Prozent der Befragten versuchen sogar aktiv, Nachrichten aus dem We-

ge zu gehen, stecken also den Kopf in den Sand und wollen nicht wissen, was um sie herum vorgeht.

Tatsächlich scheint es vor allem darum zu gehen, Nachrichten zu vermeiden, die Angst machen oder einen runterziehen. In den letzten Jahren haben Menschen vor allem Nachrichten zu Covid und allem drum herum vermieden.

Heute sind es wohl vor allem Nachrichten zum Ukrainekrieg und die Folgen.

Gut, manchmal kostet es schon Überwindung, Nachrichten zu konsumieren. Etwa bei den Sendungen ‚heute‘ und ‚tagesschau‘, die immer noch rüberkommen wie die ‚Aktuelle Kamera‘ in Farbe, auch wenn die Moderator*innen (gender obligatorisch 😊) manchmal stehen oder sich bewegen. Der Verkündungsstil ist jedenfalls nordkorealike, auch wenn die nordkoreanischen Sprecher glänzende Augen bekommen, wenn sie über Kim Jong-un sprechen, während den deutschen die Worte Olaf Scholz so teilnahmslos über die Lippen kommen, wie der genannte regiert.

Statt nach Nachrichten zu suchen, landen viele lieber bei so genannten Influencern im Netz, die fleißig die eigene Meinungsblase bedienen und in Dauerschleife Selbstvergewisserung betreiben. Einige, wie der blaue Rezo, werden selbst zur Nachricht und dann wird es schon fast kabarettistisch.

Leute, man kann sich auch seriös und unterhaltsam informieren. Stichwort Zeitungen, die neben den ernststen Themen immer auch was zum Schmunzeln im Programm haben. Vor allem aber haben sie Hintergrund. Denn Nachrichten können Angst machen, ja. Aber doch vor allem, wenn man sie nicht einordnen kann, wenn man nur die Nachricht, nicht aber auch die Fakten dahinter geliefert bekommt. Also: Ein Hoch auf die Zeitung und die Nachrichtenmagazine!

Zum Schluss noch ein Tipp von Jörg Thomann, der für eine große Frankfurter Sonntagszeitung regelmäßig die Woche aus Sicht der Klatschpresse Revue passieren lässt, für alle, die Nachrichten vermeiden, weil sie ihnen Angst oder schlechte Laune machen: „Lesen Sie regelmäßig die Herzblätter. Angst machen uns nämlich im Grunde nur Nachrichten, die wahr sind, und das ist in den Herzblättern ja recht selten.“

Ihr Pino

Akteuren schon kreative Ideen da sind, die man mit der richtigen Unterstützung weiter ausbauen kann.“

Stärkeren Dialog

Laut Thomas Ebersberger, Oberbürgermeister von Bayreuth, wurde im Rahmen der Bestandsanalyse klar herausgearbeitet, dass „wie bunt und vielfältig unsere Bayreuther Stadtgesellschaft ist. Mit Hilfe des Innovationsprogramms ‚Kreative Zentren‘ wollen wir die Menschen aus den unterschiedlichen

Bereichen stärker in den Dialog und in den Austausch bringen. Ein weiterer Impuls für eine aktive und lebendige Stadt.“

Und Michael Werner, Bürgermeister von Bad Neustadt a.d. Saale, sagte: „Wir haben Potenziale, die nun von Profis entsprechend ausgearbeitet werden. So können wir eine starke und zukunftsfähige Kulturarbeit etablieren!“

Inspiration für Kommunen

Im Rahmen des Innovationsprogramms erarbeiten die drei Modellkommunen Bad Neustadt

a.d. Saale, Bayreuth und Hauzenberg zusammen mit einem Gutachterbüro für Stadt- und Regionalplanung eigenständige kommunale Entwicklungskonzepte. Parallel dazu begleitet ein Marketingbüro die Erarbeitung dieser Entwicklungskonzepte und kommuniziert die ersten Umsetzungsschritte ausgewählter Modellprojekte multimedial. Mit diesem Vorgehen sollen andere Kommunen in Bayern dazu inspiriert werden, selbst Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Die Ergebnisse werden im Spätsommer 2023 vorliegen. □



Gemeinsam mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder nahm Familienministerin Ulrike Scharf an der Eröffnungsfeier der AWO Kita Brunn teil. Scharf gratulierte zur Eröffnung: „Die Kita in Brunn ist ein naturnaher Wohlfühlort, an dem Zukunft gemacht wird!“ Und Ministerpräsident Dr. Markus Söder ergänzte: „Bayern wächst. Wir wollen, dass unsere Kinder bestmöglich betreut sind und die Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf optimal gestalten können. Deshalb bauen wir Kinderbetreuung aus und investieren wie nie zuvor. Der Freistaat unterstützt den Kita-Neubau in Brunn mit rund 1,9 Mio. Euro. Ein großes Kompliment und Dankeschön geht an alle Erzieherinnen und Erzieher, die sich täglich liebevoll um unsere Kinder kümmern. Das ist ein ganz besonderer Beruf, der oft zu wenig wertgeschätzt wird.“

Das Bild zeigt als 3.v.l. Marcus König, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Ina Schönwetter-Cramer, Vorstandin der AWO Nürnberg, Michael Schobelt, Vorstandsvorsitzender der AWO Nürnberg sowie die Verantwortlichen der AWO Kita Brunn zusammen mit Familien und Kindern.

Arbeitstagung Bay. Landkreistag und Städtetag:

Mittelaufstockung bei Integrationsberatung

Die schwäbischen Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte haben sich gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag und dem Bayerischen Städtetag im Rahmen einer Arbeitstagung im Landkreis Lindau zu aktuellen Themen ausgetauscht. Die Flüchtlingssituation und die damit auch einhergehende Problematik in der Integrationsberatung haben die Tagungsteilnehmer besonders beschäftigt.

Aufgrund des starken Flüchtlingsstroms in den vergangenen Monaten hätten die Landkreise und kreisfreien Städte nicht nur mit erschöpften Wohnraumkapazitäten zu kämpfen, es fehle auch überall an ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfern zur Integrationsförderung. „Eine langfristige Integration der geflüchteten Menschen kann un-

serer Meinung nach nur gelingen, wenn diese von Anfang an dabei begleitet werden. Ein erster und sehr wichtiger Schritt, um später auch einen Arbeitsplatz zu finden, ist der Besuch von Sprachkursen – doch aufgrund von zu wenig Lehrpersonal scheitert es oft schon an dieser Stelle. Die Integrationsberatungen benötigen nicht nur dringend finanzielle Un-

terstützung, es muss auch unbedingt Personal aufgestockt werden, um diesen Mehraufwand, den der starke Flüchtlingsstrom mit sich bringt, stemmen zu können“, sagte der Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben, der Lindauer Landrat Elmar Stegmann.

Preissteigerung im Bau

Die Tagungsteilnehmer haben auch über die FAG-Förderung, die dazu beitragen soll die Kommunen bei ihren Baumaßnahmen finanziell zu unterstützen, gesprochen. Bei dieser Art der Förderung werde bislang generell keine Preissteigerung der Baukosten berücksichtigt, die Höhe bemesse sich immer nach den im Jahr des Förderbescheids geltenden Kostenrichtwerten. „Dass durch die Inflation die Materialkosten und somit auch die Baukosten in kürzester Zeit so extrem steigen werden, war für öffentliche Auftraggeber im Vorfeld in keiner Weise kalkulierbar und führt heute zu großen finanziellen Problemen“, so der Bezirksratspräsident und Augsburger Landrat Martin Sailer und weiter „Durch die bestehende Praxis



V.l.: Martin Sailer (Landrat Augsburg und Bezirkstagspräsident), Stefan Rößle (Landrat Donau-Ries), Dr. Klaus Metzger (Landrat Aichach-Friedberg), Markus Müller (Landrat Dillingen a. d. Donau), Stefan Bosse (Oberbürgermeister Kaufbeuren), Maria Rita Zinnecker (Landrätin Ostallgäu), Andrea Degl (Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Landkreistag), Bernd Buckenhofer (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bayerischer Städtetag), Elmar Stegmann (Landrat Lindau, Bodensee), Jan Rothenbacher (Oberbürgermeister Memmingen), Barbara Schretter (Regierungspräsidentin Regierung Schwaben), Indra Baier-Müller (Landrätin Oberallgäu), Thomas Kiechle (Oberbürgermeister Kempten), Alex Eder (Landrat Unterallgäu) und Dr. Hans Reichart (Landrat Günzburg).
Bild: Landkreis Lindau / Angela Wolf

ist der eigentlich gewünschte Umfang nicht mehr gewährleistet und am Ende können wichtige Projekte nicht realisiert werden oder ihre Fertigstellung wird verzögert, weil die Gelder fehlen. Die Förder-

praxis muss also dringend dahingehend verändert werden, dass sie auch etwaige Mehrkosten abdeckt.“ Weiterer Punkt war die Energiewende. Regierungspräsi-

den Barbara Schretter berichtete, dass dazu künftig die Kompetenzen bei der Regierung von Schwaben gebündelt werden sollen, um die Energiewende noch besser voranzubringen. □

Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13/2023, die am 6. Juli 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Abfall, Entsorgungsmanagement, technische Lösungen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-552723

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 087 73 18-0
 F 087 73 18-113
www.erlus.com

ERLUS
 Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung



Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
 Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
 Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
 Maste
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

Glasfaserausbau

GLASFASER
 Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

UG
 Unsere Grüne Glasfaser
 Adalperstraße 82-86
 85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.

Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2023 sichern unter: **0800 4101 410 111**

powered by Allianz

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!

DSGVO ext. DSB
 ext. ISB
 LSI-Siegel
 BSI Kommunal CISIS12
 Schulungen eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunale Fachmedien

Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de

schweitzer
 Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
 Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
 Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

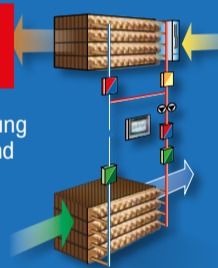
KFB

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ihre eigene Gas- und Strompreisbremse

- ✓ Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- ✓ Maximale Hygiene - keim- und schadstoffübertragungsfrei
- ✓ Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- ✓ Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- ✓ Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- ✓ Nachrüstung / Sanierung im Bestand



Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
 Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Softwarelösungen

M7I SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.
m7i-service.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de